

Wolfgang Taucher
Mathias Vogl
Peter Webinger
Franz Wolf-Maier

Fokus Naher Osten

Aktuelle Entwicklungen und
Migration nach Österreich

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

Mag. Wolfgang Taucher, M.A. | Bundesministerium für Inneres, Bundesasylamt

Dr. Mathias Vogl | Bundesministerium für Inneres

Mag. Peter Webinger | Bundesministerium für Inneres

Mag. (FH) Franz Wolf-Maier | Österreichischer Integrationsfonds

Bundesministerium für Inneres | Herrengasse 7, 1014 Wien; +43-(0)1-53126; post@bmi.gv.at

Österreichischer Integrationsfonds –

Fonds zur Integration von Flüchtlingen und Migrant/innen (ÖIF)

Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; +43 (0) 1 7101203 – 100; mail@integrationsfonds.at

Verlags- und Herstellungsort:

Österreichischer Integrationsfonds, Schlachthausgasse 30, 1030 Wien

Redaktion:

Mag. Lisa Fellhofer | Österreichischer Integrationsfonds

Mag. Alexander Schahbasi | Bundesministerium für Inneres

Mag. Thomas Schrott | Bundesministerium für Inneres, Bundesasylamt, Staatendokumentation

Lektorat: Mag. Gerald Dreveny, Mag. Barbara Gruber, Mag. Martin Kienl,

Mag. Sofia Kirilova, MA, Mag. Edith Vasilyev

Layout Cover: Aston Matters Grafik Design | Fischerstiege 1-7, 1010 Wien

Layout Kern: Marion Dörner Grafik Design | Czerningasse 17/2, 1020 Wien; www.mariondörner.com

Druck: Alwa und Deil Druckerei GmbH | Sturzgasse 1a, 1140 Wien; www.alwa-deil.at

Stand der Recherche Mai 2012

ISBN: 978-3-9502519-7-5

Grundlegende Richtung: Wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration

Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen. Weder der Österreichische Integrationsfonds, das Bundesministerium für Inneres noch andere, an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte, haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen.

Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter, ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche insbesondere politische Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Inneres. Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesasylamtes und des Österreichischen Integrationsfonds wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat definierten Standards erstellt. Das Produkt erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und es ergeben sich hieraus keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Asylverfahrens. Das vorliegende Produkt kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesasylamtes gewertet werden. Das gegenständliche Produkt basiert zur Gänze auf den zitierten Quellen.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Zukunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

© 2013 Österreichischer Integrationsfonds / Bundesministerium für Inneres

INHALT

VORWORT _____ 7

Mag. Wolfgang Taucher, Dr. Mathias Vogl,

Mag. Peter Webinger, Mag. (FH) Franz Wolf-Maier

KAPITEL 1

ZWISCHEN DEMOKRATISIERUNG UND BÜRGERKRIEG: URSACHEN UND KONSEQUENZEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS _____ 9

Dr. Walter Posch

1.1	Proteste und ihre Ursachen	10
1.2	Regimestarre und Regimesturz	13
1.3	Strategische Aspekte	16
1.4	Konfrontation in Syrien	23
1.5	Was bleibt vom Arabischen Frühling?	25

KAPITEL 2

MIGRATIONSSTRÖME AUS SYRIEN, IRAK, IRAN UND TÜRKEI IN DIE EU UND NACH ÖSTERREICH _____ 27

Mag. Martin Hofmann und Mag. David Reichel

2.1	Einleitung	27
2.2	Migrationsgeschichte(n) und Migrationsmuster	29
2.3	Migrationsbewegungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU	32
2.4	Wanderungen aus Syrien, Irak, Iran und der Türkei in die EU	35
2.5	Bevölkerungsbestände von Staatsangehörigen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in der EU	38
2.6	Fluchtbewegungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU	45
2.7	Irreguläre Migration und Rückführungen	48
2.8	Die Situation in Österreich	50
2.9	Zusammenfassung	52

KAPITEL 3

TÜRKEI _____ 55

Mag. Katharina Baumschlager

3.1	Einleitung	55
3.2	Historischer Abriss	56
3.3	Aktuelle Lage	61
3.4	Ausblick	73

KAPITEL 4
SYRIEN 75

Mag. Sabina Catar

4.1	Einleitung – zur Informationslage	75
4.2	Syriens innenpolitische Geschichte im Schatten der Assad-Familie	77
4.3	Syriens Arabischer Frühling als Ausdruck einer soziopolitischen Krise	80
4.4	Die aktuellen Entwicklungen	85
4.5	Conclusio	101

KAPITEL 5
IRAK 103

Mag. Sabina Catar

5.1	Einleitung	103
5.2	Der Irak seit 2003	103
5.3	Die Lage der religiösen Minderheiten	111
5.4	Aktuelle Lage und Ausblick	113

KAPITEL 6
IRAN 117

Mag. Simone Langanger

6.1	Einleitung	117
6.2	Geschichte des modernen Iran unter den Pahlawis	118
6.3	Aktuelle Lage	129
6.4	Konfessionelle Situation	135
6.5	Lage der afghanischen Flüchtlinge	137
6.6	Ausblick	139

VORWORT

Seit dem „Arabischen Frühling“ wird den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas wieder verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei ist vor allem die geopolitische Nahebeziehung dieser Länder zu Europa ausschlaggebend und legt eine intensive Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in den Ländern des Nahen Ostens nahe. Der vorliegende Sammelband bietet einen Überblick über die Entwicklungen nach dem Arabischen Frühling, detaillierte Analysen ausgewählter Länder der Region sowie eine Analyse der Migrationsbewegungen nach Österreich und Europa.

Walter Posch, Nahost Experte an der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, resümiert in seinem Artikel die bisherigen Entwicklungen in der Region und ermöglicht dadurch eine globale Einschätzung gegenwärtiger Trends und möglicher weiterer Szenarien. Um die Implikationen – vor allem hinsichtlich der Migrationsbewegungen – für Österreich und Europa darzustellen, zeichnet der Beitrag von Martin Hofmann und David Reichel vom International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) die quantitativen Aspekte dieser Migrationsströme nach. Für die Detailanalysen wurden die Türkei, Syrien, der Irak und der Iran ausgewählt, also jene Länder, die aus österreichischer Sicht von besonderer Relevanz sind. Diese Länderberichte wurden von Katharina Baumschlager, Sabina Catar und Simone Langanger von der Staatendokumentation des Bundesasylamtes erstellt.

Der Sammelband ist zum einen als Unterstützung für die tägliche Arbeit im Asylbereich konzipiert, um hier eine kompakte und qualitativ hochwertige Länderinformation zur Verfügung zu stellen und stellt zum anderen – im Sinne einer umfassenden Integrationspolitik – Informationen zu den Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

Mag. Wolfgang Taucher, M.A.

Direktor des Bundesasylamtes
Bundesministerium für Inneres

Dr. Mathias Vogl

Leiter der Sektion III
Bundesministerium für Inneres

Mag. Peter Webinger

Stv.-Leiter der Sektion III
Bundesministerium für Inneres

Mag. (FH) Franz Wolf-Maier

Geschäftsführer
Österreichischer Integrationsfonds

KAPITEL 1

ZWISCHEN DEMOKRATISIERUNG UND BÜRGERKRIEG: URSACHEN UND KONSEQUENZEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS

Dr. Walter Posch

1.1 Proteste und ihre Ursachen

1.2 Regimestarre und Regimesturz

1.3 Strategische Aspekte

1.4 Konfrontation in Syrien

1.5 Was bleibt vom Arabischen Frühling?

Nach wie vor herrscht Uneinigkeit darüber, wie die dramatischen Umwälzungen der letzten beiden Jahre im Nahen Osten zu bewerten sind. Dabei sagen vermeintlich neutrale Werturteile über die Ereignisse oft weit mehr über deren Urheber bzw. über Wunschvorstellungen aus, als über den tatsächlichen Charakter der Ereignisse. Spricht man im Westen vom „Arabischen Frühling“, heißt es im Iran „Islamisches Erwachen“ und ägyptische Intellektuelle nennen es „sunnitischen Tsunami“. Alle drei Interpretationen haben in gewissem Maße ihre Berechtigung – abhängig davon, wie man sich den Endstatus dieser Entwicklungen vorstellt. Wer vom arabischen Frühling spricht, glaubt in Analogie zum Prager Frühling an eine Demokratiebewegung und fürchtet deren gewaltsame Niederwerfung, wer von einem islamischen Erwachen spricht, hofft auf eine Stärkung des politischen Islams und wer die Ereignisse als sunnitischen Politstunami sieht, will den Iraner/innen jegliche politische Rolle in der Region versagen. Die drei Standpunkte sind also Paradigmen, strategisch-politische Zielvorstellungen, und keine Analysen.

Die genannten Paradigmen tragen letztlich wenig zum Verständnis der Entwicklungen bei. Sie sind jedoch insoweit hilfreich, als sie auf die Ursache (Bürgerprotest bzw. die Forderung nach Demokratie), die unmittelbare Folge (politischer Islam) und die möglichen strategischen Konsequenzen der Proteste hinweisen. Im Folgenden sollen die politischen und sozialen Grundlagen, vor allem die Bedeutung der Bürgerproteste und der sozialen Proteste, analysiert werden. Die beiden Elemente müssen gemeinsam, aber dennoch unabhängig voneinander betrachtet werden. Das wiederum ergibt eine Erweiterung unseres Blickfelds in geographischer und zeitlicher Hinsicht.

Der rasche Ablauf der Ereignisse und die zunehmende Gewalt verdecken manche gesellschaftspolitischen Entwicklungen und legen andere umso deutlicher frei. Beides trägt zur Verwirrung bei Regionalexpert/innen, Strateg/innen und Politiker/innen gleichermaßen bei. Im Folgenden will ich eine neue Interpretation der Ereignisse versuchen und diese in einen breiteren Kontext stellen. Im Vordergrund stehen dabei weniger der ereignisgeschichtliche Ablauf, als vielmehr die Deutung des Geschehens sowie die strategischen Konsequenzen und Herausforderungen, mit denen sich die Region und Europa in den nächsten Jahren konfrontiert sehen werden.

1.1 Proteste und ihre Ursachen

Bürgerproteste unterscheiden sich deutlich von Brot-, Arbeitslosen- und Hungerrevolten. Bürger/innen wollen den Staat bzw. die Gesellschaft verändern, um sich und ihre Fähigkeiten zu verwirklichen. Daher stellen sie zivilgesellschaftliche Forderungen nach den bürgerlichen Freiheiten wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und in weiterer Folge Demokratie (oft auch soziale Gerechtigkeit im Sinne der Besitzstandswahrung). Aufgrund ihrer sozialen Herkunft sind Studentenproteste eine der reinsten Formen des Bürgerprotests, in vielen Fällen sind die Student/innen der Ausgangspunkt für eine größere Bewegung, wie es im Iran 2009 der Fall war.

Bürgerproteste entstehen meistens nach dem Bruch des Gesellschaftsvertrags zwischen den Regierenden bzw. Herrschenden (dem „Regime“) und der Bevölkerung. Der Gesellschaftsvertrag kann implizit und explizit sein. „Implizit“, wenn man zum Beispiel ein gewisses Verhalten von einem politischen Akteur (Partei oder Diktator) erwartet oder nicht erwartet. Das geschah im Sommer 2007, als

Millionen Türk/innen auf die Straße gingen, um gegen Islamisierungstendenzen und Machtmissbrauch bei der regierenden AKP zu protestieren. Ähnlich verhielt es sich in Ägypten im Hinblick auf die Versuche Mubaraks, seinen Sohn Gamal als Nachfolger aufzubauen. „Explizit“ kann es sich um den Bruch verfassungsmäßiger oder gesetzlich verbrieftter Rechte und Prozeduren handeln. Das war bei den Präsidentschaftswahlen 2009 im Iran der Fall. Den Protestierenden war zwar bewusst, dass Wahlen in der Islamischen Republik nur mit Abstrichen mit freien und demokratischen Wahlen verglichen werden können, doch galten selbst manipulierte Wahlen im Iran bis zu diesem Zeitpunkt als im Großen und Ganzen repräsentativ. Die Wiederwahl Präsident Ahmadineschads war jedoch so umstritten, dass sie eine der schwersten innenpolitischen Krisen der Islamischen Republik Iran zufolge hatte. Besonders deutlich wurde dieser Bruch eines Gesellschaftsvertrags in Bahrain. Die Selbsterhöhung des Emirs zum König von Bahrain im Jahr 2002 war mit dem Versprechen weitgehender Reformen und der Öffnung des politischen Raums verknüpft gewesen. Die Proteste des Jahres 2011 in Bahrain lassen sich also vor dem Hintergrund eines knappen Jahrzehnts enttäuschter politischer Versprechen verstehen.

Soziale Proteste und Hungerrevolten sind von den Bürgerprotesten zu unterscheiden. Für die verelendeten Massen in den Slums sind die Forderungen der Bürger/innen oft politischer Luxus. Ihre Proteste sind aus der Verzweiflung geboren und daher oft gewalttätig, aber kurzlebig. Politisch gehen sie oft ins Leere, da sie sich auf materielle Forderungen (Gehaltserhöhung, Regelung der Brotpreise) beschränken und die Machtfrage vermeiden. Im Normalfall gelingt es den Regimen im Nahen Osten soziale Proteste von Bürgerprotesten zu trennen. So gelang es dem ägyptischen Regime die heftigen Arbeits- und Gewerkschaftsunruhen der Jahre vor dem Ende Mubaraks regional zu beschränken, die Entstehung einer effizienten, landesweit aktiven Protest- und Gewerkschaftsbewegung zu verhindern und so ihre Aktivist/innen von zivilgesellschaftlichen Gruppen getrennt zu halten. Eine Zeitlang gelang es Regimen auch von ihrer Verantwortung für die soziale Misere abzulenken, indem sie die soziale Wut der Armen gegen die bürgerlichen Schichten umleiteten. Bestes Beispiel hierfür ist der Iran, wo das Regime die Diskurshegemonie über die Anti-Establishment bzw. Anti-Bürgerliche Polemik der Unterschicht hält (sogenannte *hezbollahis*) und so die säkularisierte Mittelschicht einschüchtert. Damit gelang es Teheran, die Entstehung einer alle gesellschaftlichen Schichten umfassenden „grünen Bewegung“ im Keim zu ersticken.

Die Separierung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen entlang gesellschaftlicher Bruchlinien darf als Grundprinzip der Herrschaftsausübung nahöstlicher Regime gelten. Das Auseinanderdividieren der Gesellschaft entlang ethnischer, konfessioneller und tribaler Bruchlinien, wie es im Irak, Syrien, Libyen, dem Jemen und den Golfstaaten – insbesondere Bahrain – der Fall ist, gehört ebenfalls in diese Kategorie. In den meisten Fällen steht einer solchen unstrukturierten Gesellschaft ein Staat gegenüber, der sich am besten als „Sicherheitsstaat“ definieren läßt. Das heißt, dass Politik in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit betrieben wird und der Sicherheitsapparat eine dementsprechend bedeutende Rolle spielt. In extremen Fällen, wie im heutigen Syrien oder im Irak des Saddam Hussein (und in einem geringeren Ausmaß auch in Algerien), wird die Politik vom Sicherheitsapparat dominiert, der wiederum von Vertrauensleuten und Verwandten beherrscht wird, sodass die eigentliche Regierung mehr verwaltet als regiert. Die Vertrauensleute stammen in den meisten Fällen aus den Reihen der Staatspartei (Baath in Irak und Syrien, Nationaldemokraten in Ägypten), während andere Parteien eher von symbolischer Bedeutung sind und als „loyale Opposition“, ähnlich den Blockparteien der DDR, ins politische System integriert wurden. Wichtig sind diese Staats- oder Systemparteien vor allem als Patronage- und Verteilungsmechanismus, der oft mit einer überbordenden Bürokratie ausgestattet wurde, sodass der Unterschied zu den staatlichen Institutionen oft verschwimmt.

Die Machtkonzentration in den Händen eines „starken Mannes“ bei gleichzeitiger Entmachtung aller anderen Strukturen – auch der der Parteien – führt zur langsamen Implosion des Staates, sodass die staatlichen Strukturen zum Anhängsel des „Regimes“ verkommen. Am deutlichsten war dies im Libyen Ghaddafis der Fall. Ähnliches trifft aber auch auf die letzten Jahre des Irak unter Saddam Hussein, die Herrschaft der nordirakischen Kurden sowie die Herrschaft Baschar al-Assads in Syrien zu. Setzt sich die derzeitige Entwicklung im Iran fort, dann wird dies auch auf den Iran zutreffen, indem nämlich die republikanisch-staatlichen Strukturen mit dem Büro des Revolutionsführers verschmelzen. Der Staat wird dann also im Regime aufgegangen sein. Mit Abstrichen lässt sich dieses System auch auf die meisten Monarchien in der Region übertragen (Marokko, Jordanien, Saudi-Arabien, Oman, Bahrain). Etwas anders verhält es sich dort, wo die einheimische Bevölkerung zur Minderheit geworden ist, wie in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dort spielt die gesamte einheimische Bevölkerung die Rolle einer Herrscherschicht gegenüber den oft rechtlosen Immigrant/innen.

1.2 Regimestarre und Regimesturz

Repression und Separation sowie Kontrolle der Gesellschaft reichen zur Machtausübung, aber nicht zur Legitimation derselben. Alle Staaten des Nahen Ostens beriefen sich daher auf Ideologien, die aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Zeit der Entkolonialisierung, stammen und die dereinst über eine Massenbasis in der Bevölkerung verfügten. Bei diesen Ideologien – Baathismus, Nasserismus, Kemalismus in der Türkei, Spielarten des revolutionären Marxismus u.ä. – spielten sowohl die Solidarität mit Palästina als auch der Antiimperialismus eine zentrale Rolle. Sie dienten oft zur populistischen Mobilisierung der Bevölkerung, mit der die jeweiligen Regime gerne von ihren eigenen Schwächen ablenkten. Der zunehmende Widerspruch zwischen ideologischer Verheißung und politischer Realität trug sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch bei den eigenen Anhänger/innen maßgeblich zum Legitimationsverlust der Regime bei – man beachte, dass keine einzige amerikanische oder israelische Fahne bei den Protesten verbrannt wurde und die Ursachen für die eigene Misere nicht im Ausland, sondern zuhause gesucht wurden. Der Verlust der ideologischen Legitimation wirkt sich auf die Arbeit der Funktionäre aus, deren Handeln nicht mehr von idealistischer Begeisterung sondern vom bloßen Machterhalt motiviert ist.

Das wiederum hat zur Folge, dass das Regime die Fähigkeit verliert, auf gesellschaftspolitische Veränderungen rechtzeitig und innovativ zu reagieren. Es wird starr und unflexibel und herrscht mit einer gewissen brutalen Routine (Zensur, Ausnahmezustand, Allmacht des Sicherheitsapparats) oft jahrzehntelang über eine eingeschüchterte Bevölkerung. Mit anderen Worten: Es tritt eine Regimestarre ein, die durch Reformunfähigkeit gekennzeichnet ist und die nur durch einen Wechsel des Regimes überwunden werden kann. Denn notwendige Reformen finden nicht statt oder werden bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Wirtschaftsreformen brachten meist nur eine kurze Blüte, wie im Falle Syriens unmittelbar nach dem Amtsantritt Baschar al-Assads im Jahr 2000 („Damaszener Frühling“).

Die Ereignisse der Jahre 2010/2011 sind vor dem Hintergrund der Regimestarre zu verstehen und lange erwartet worden. Schließlich blieben Korruption in den Eliten, soziale Not, Menschenrechtsverletzungen und mangelnde bürgerliche Freiheiten sowie die Unfähigkeit der Eliten, ihrer Bevölkerung eine Perspektive zu geben aufmerksamen Beobachter/innen nicht verborgen. In Tunesien war die

Selbstverbrennung des 26-jährigen Mohammad Bouazizi am 17. Dezember 2010 jenes auslösende Moment, das zu einer Protestbewegung führte, deren Forderungen von Vertreter/innen aller sozialen Schichten unterstützt wurden: dem Regime gelang es nicht mehr, die politisch interessierte Bevölkerung entlang bürgerrechtlicher und sozialer Forderungen zu spalten, sein Sturz erfolgte dann binnen weniger Wochen. Ähnlich verliefen die Proteste in Ägypten, wo der Sicherheitsapparat in erster Linie politisch versagte. Zwar war die ägyptische Zensur und Internetüberwachung technologisch auf dem neuesten Stand, doch konnte sie politische Fehler nicht wettmachen. So wollte Staatschef Hosni Mubarak nichts von Veränderungen und Protesten hören und unterschätzte die Fähigkeit der bürgerlichen Protestierer/innen, die Ereignisse für ein nationales und internationales Publikum zu deuten. Hier spielt auch das Internet eine wichtige Rolle: die jungen ägyptischen Studentinnen und Studenten, die im Internet oder gegenüber angelsächsischen TV Stationen ihre Ansichten – idealerweise auf Englisch – erklären konnten, hatten eine Breitenwirkung, die das Informationsmonopol der Regierung infrage stellten. Sie führen auch zu Nachfragen und Präsenz in internationalen Medien, die über die „globale Öffentlichkeit“ wiederum Druck auf die Regierung bzw. das Regime ausübten. Ähnliches ließ sich 2009 im Iran beobachten, wo dem Regime für kurze Zeit die Berichterstattung über die Wahlen in den internationalen Medien entglitt.

Der Sturz der Regime in Tunesien und Ägypten inspirierte die Protestbewegungen in Libyen, Jemen und Syrien. Bei den Protesten in Libyen spielten soziale Aspekte eine geringere Rolle, die Proteste begannen als Bürgerproteste und richteten sich gegen die Willkür des Regimes. Zu den Forderungen gehörte auch der Wunsch, Anteil an der politischen Macht zu nehmen. Da von vornherein feststand, dass Libyens Langzeitdiktator Muammar al-Gaddafi darauf nie eingehen würde, wurde daraus rasch die Forderung nach Regimewechsel, die in einem Bürgerkrieg und in der westlichen Intervention mündete. Im Gegensatz zu Libyen spielte im Jemen die Armut der Bevölkerung eine wichtige Rolle, für die Jemens Diktator Abdullah Saleh verantwortlich gemacht wurde. Saleh verließ nach komplizierten Verhandlungen, an denen die Golfstaaten teilnahmen, Ende 2011 das Land. Im Februar 2012 wurde neu gewählt, um den Transformationsprozess einzuleiten. Nach wie vor heißt es jedoch, dass Saleh zwar außer Landes sei, das von ihm eingesetzte Regime jedoch noch immer regiert, die Proteste hätten also nur einen Teilsieg errungen. Dennoch darf man ein leicht positives Bild von den Verhältnissen im Jemen zeichnen: Obwohl das Land in zahlreiche Stämme, zwei Konfessionen und

mehrere Regionen geteilt ist und Waffen im freien Umlauf sind, verliefen die Proteste weitgehend friedlich, wobei Frauen eine beeindruckende Rolle spielten. Die Fokussierung der Bürgerproteste auf die Ablöse Salehs und die Bereitschaft, internationale Vermittlung anzunehmen, überraschten die meisten Beobachter/innen. Bemerkenswert ist vor allem, dass weder Al-Kaida noch die schiitischen (zaiditischen) Huthi-Rebellen Teil der Protestbewegung wurden bzw. es diesen nicht gelang, die Bewegung für sich zu instrumentalisieren.

Wenigstens bis jetzt stellt der Jemen eine Ausnahme dar. Denn in allen anderen gemischtkonfessionellen Regionen werden diese Unterschiede zum Zwecke des Machterhalts manipuliert und instrumentalisiert. So werden den Schiit/innen in der Golfregion immer umstürzlerische Intentionen unterstellt, Demokratiebewegungen als Machtprojektion einer Konfession dargestellt (Bahrein) oder allgemein vor dem Sieg der Anhänger/innen einer anderen Konfession gewarnt, wenn das eigene Regime fällt (Syrien, Irak unter Saddam Hussein). Die schlimmste Form der Konfessionalisierung von Konflikten wurde bislang in Syrien erreicht. Das offizielle Syrien war immer stolz auf das Zusammenleben verschiedener Religionen und islamischer Konfessionen, doch war schon vor der Niederschlagung eines sunnitischen Aufstandes in Hama im Jahr 1982 bekannt, dass das Regime die wichtigsten Spitzenpositionen im Sicherheitsapparat überwiegend mit Angehörigen der Minderheit der Alawit/innen besetzte. Diese Situation veränderte sich auch nicht während des Damaszener Frühlings 2001, als sich nach der Machtübernahme durch Baschar al-Assad ein Teil der sunnitischen Unternehmer dem Regime annäherte.

Die Ursachen für den Ausbruch der syrischen Protestbewegung im April 2011 sind im Wesentlichen dieselben wie in den anderen arabischen Staaten: Misswirtschaft und Armut, notorische Menschenrechtsverletzungen und die Forderung nach politischer Mitsprache, die bald von der Forderung nach dem Sturz des Regimes abgelöst wurde. Auslösendes Moment waren auch hier Menschenrechtsverletzungen, nämlich die schweren Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Deraa im März 2011, welche spontane und zunächst unkoordinierte Proteste in fast allen syrischen Städten zufolge hatten. Gegen Ende 2011/Anfang 2012 versprach Assad „Reformen“ wie eine neue Verfassung, in der die Führungsrolle der Baath-Partei aufgegeben wurde, ohne jedoch an einen Machtverzicht seinerseits zu denken. Das Regime trug wesentlich zur weiteren Eskalation bei, da es von allem Anfang an auf Härte setzte und sich überwiegend alawitischer Truppen der syrischen Armee

bediente. Daraufhin gründeten sunnitische Deserteure die „Freie Syrische Armee“, die anfangs freilich nur in ihren Heimatorten Gruppen zur Selbstverteidigung ausbildete. Die Konfessionalisierung des Konflikts war die logische Folge dieser Konstellation, wahrscheinlich war sie auch vom Regime beabsichtigt. Ab dem Zeitpunkt der Eskalation der Gewalt im Sommer 2011 muss von einem Bürgerkrieg in Syrien gesprochen werden, der spätestens mit der Rücktrittsaufforderung des türkischen Premierministers R. Tayyip Erdogan an die Adresse Assads auch eine strategische Dimension hat.

1.3 Strategische Aspekte

Im Zuge der dramatischen Umwälzungen in der arabischen Welt übersieht man gerne die strategischen Konstanten: Dazu gehören die vom Iran initiierte „Widerstandsachse“ und – eng mit dieser verbunden – die saudisch-iranische Rivalität. Eine dritte Konstante ist das Fortbestehen pro-westlicher strategischer Ausrichtungen in Staaten des arabischen Frühlings.

1.3.1 Nordafrika

Obwohl in den drei nordafrikanischen Ländern Tunesien, Libyen und Ägypten islamische oder islamistische Regierungen an die Macht kamen, traten im sicherheitspolitischen Verhältnis zum Westen nur wenige Veränderungen ein. So musste zwar Frankreich aufgrund seiner engen Kooperation mit dem gestürzten Regime einen Rückschlag in der Sicherheitszusammenarbeit mit Tunesien hinnehmen doch bedeutet dies nicht, dass Tunesien seine Kooperation mit anderen europäischen Partnern oder gar den USA einstellen würde. In Libyen wiederum wurde von einigen europäischen Mächten in Kooperation mit den USA das Prinzip der Schutzverantwortung „R2P“ (*responsibility to protect*) angewandt und die Aufständischen gegen Gaddafis Truppen aus der Luft unterstützt. Das Problem besteht nun im Aufbau eines Staates und damit einhergehend, eines neuen Sicherheitsapparats. Dennoch handelt es sich um keine Verschiebung im strategischen Sinn, denn Gaddafi hatte sich vor einigen Jahren bereits mit den USA und Großbritannien geeinigt und unter anderem das eigene Nuklearprogramm eingestellt sowie im Bereich des islamistischen Terrorismus kooperiert – er betrieb also keine gegen den Westen gerichtete Politik mehr. Selbst der dramatische Sturz Mubaraks in Ägypten änderte nichts an der engen Sicherheitskooperation des Landes mit den USA.

In keinem der drei nordafrikanischen Länder ist mittelfristig eine strategische Abkehr von den USA zu erwarten. Nicht einmal dann, wenn die Opposition dies fordern sollte, was bisher noch nicht der Fall war. Eine Veränderung der strategischen Landkarte ist aber im Fall Syriens zu erwarten, das mehrere Trümpfe hält, was wiederum das Interesse von Regionalmächten am syrischen Bürgerkrieg erklärt.

1.3.2 Die „Widerstandsachse“

Syrien bildet(e) gemeinsam mit dem Iran, der libanesischen Schiitenpartei Hisbollah und einigen palästinensischen Gruppen wie der HAMAS die sogenannte „Achse des Widerstands“, ein gegen Israel gerichtetes Bündnis. Die Feindschaft gegen Israel ist dabei das einzig wirkliche Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Akteuren.

Grundlage für dieses Bündnis ist eine strategische Allianz zwischen Iran und Syrien, die diese beiden Staaten Anfang der 1980er Jahre gegen den Irak Saddam Husseins eingingen. Daraus entwickelte sich eine Sicherheitszusammenarbeit auch auf anderen Gebieten wie der „Kurdenfrage“ und im Libanon. Die Kooperation ist strategischer Natur, ideologisch trennt die iranischen Islamisten viel von den säkularen, sozialistisch inspirierten Baathisten Syriens. Von Seiten anderer arabischer Staaten, vor allem Saudi-Arabiens, wurde daher immer wieder versucht, Syrien aus dieser Allianz herauszubrechen. Die Umdeutung des strategischen Bündnisses als Widerstandsachse ging vom Regime in Teheran aus und sollte die ideologischen Differenzen verschleiern und die Gemeinsamkeiten betonen. Für Syrien hatte dieses Bündnis den Vorteil, dass es dem Land mehr militärisches Gewicht gegenüber Israel gab, von dem es die Rückgabe der Golanhöhen verlangt. Für Iran erleichterte es den direkten Zugang zum Libanon und zur Hisbollah. Der Iran griff auch immer wieder vermittelnd in das mitunter spannungsgeladene Verhältnis zwischen Hisbollah und Damaskus ein.

Die libanesische Hisbollah ist ideologisch und in einem nicht exakt definierbaren Ausmaß auch organisatorisch mit dem iranischen Regime, genauer mit dem Büro des Revolutionsführers und dem Sicherheitsapparat, verwoben. Hisbollah gilt als „Abschreckungswaffe“ Irans, doch ist das Verhältnis partnerschaftlicher als allgemein angenommen: So sind die Vertreter der libanesischen Organisation an allen wichtigen, die Organisation betreffenden Entscheidungen des Iran beteiligt. In militärischer und politischer Hinsicht ist Hisbollah ohne Zweifel die beste strategische Investition des Iran, immerhin gelang es ihr im Jahre 2006 als einzige

arabische Organisation einen israelischen Angriff zurückzuschlagen, wodurch nicht nur ihr Prestige sondern auch das Prestige, der Islamischen Republik Iran als Schutzmacht der Muslim/innen gestärkt wurde.

Die Partnerschaft mit der Hisbollah erlaubt es dem Iran, sich in der Levante als politischer Akteur zu etablieren. Dies reichte jedoch nicht, um dem Iran eine Rolle in der „Palästinafrage“, die aus revolutionär-ideologischen Gründen für das Regime wichtig ist, zu geben. Hier spielten zwei Organisationen eine wichtige Rolle: der Palästinensische Islamische Dschihad (PIDsch) und die HAMAS. Der PIDsch wurde in den 1980er Jahren von einer Gruppe palästinensischer Aktivisten gegründet, die sich von der Islamischen Revolution im Iran inspirieren ließen und von sich aus den Kontakt zum Iran suchten. Teheran war am Aufbau und der Ausbildung der Organisation beteiligt und benutzte den PIDsch als Druckmittel gegen Israel. Doch der PIDsch war zu klein, um die Rolle der schiitischen Islamischen Republik unter den sunnitischen Palästinenser/innen zu propagieren. Erst die Partnerschaft mit der HAMAS machte den Iran zur Partei im Nahostkonflikt und damit zu einem wichtigen geopolitischen Akteur. Die HAMAS benutzte die Partnerschaft mit dem Iran ihrerseits, um die arabischen Finanziere in den Golfstaaten zu beschämen und jene Waffensysteme zu bekommen, die von arabischen Staaten nicht geliefert wurden. Das betraf vor allem das aus iranischer Produktion stammende Raketenarsenal der HAMAS. Die im Exil in Damaskus befindliche Führung der HAMAS spielte geschickt die beiden politischen Sponsoren Syrien und Iran gegeneinander aus, um nicht in einseitige Abhängigkeit zu geraten. Gleichzeitig hielten sie Kontakte und Gesprächskanäle zu anderen arabischen Staaten offen, vor allem zu Katar. Das genaue Ausmaß der politischen und militärischen Kooperation und Koordination zwischen HAMAS, Syrien und Iran lässt sich nicht mit Sicherheit rekonstruieren. Doch ist davon auszugehen, dass die HAMAS sowohl die operative als auch politische Kontrolle über ihre Aktivitäten behielt.

Die Unabhängigkeit der HAMAS wurde im Sommer 2011 offensichtlich, als die Organisation aus der Widerstandsachse ausscherete, ihre Büros in Damaskus schloss und nach Katar zurückging. Die Ursache für diesen Schritt lag in den unterschiedlichen Interpretationen des Arabischen Frühlings vor allem hinsichtlich des Aufstands in Syrien. Während Iran und Syrien den populären Charakter des Aufstands herunterspielten, sah die HAMAS in den Aufständen eine wirkliche revolutionäre Volksbewegung und ging davon aus, dass das syrische Regime früher oder später stürzen wird,

was, wie zu erwarten, Syrien provozierte. Für den Iran bedeutete dieser Schritt der HAMAS eine ideologische und strategische Katastrophe, zerstörte er doch das eigene Narrativ der Widerstandsachse, das vor allem für die radikalen Anhänger/innen des Regimes wichtig war. Das Regime in Teheran spielte diesen Schritt der HAMAS in den staatlichen Medien nach Möglichkeiten herunter, doch sah man sich alsbald auch mit innenpolitischen Protesten konfrontiert. So tauchten in der iranischen Presse immer wieder Fragen nach der Sinnhaftigkeit der Unterstützung des syrischen Regimes auf. Offen wurde hinterfragt, ob der Iran nach wie vor die Interessen Palästinas vertreten soll, wenn die HAMAS auf iranische und syrische Unterstützung verzichtet. Diese Debatte wurde in Teheran sofort unterbunden und das Regime entschied, das Narrativ von der Widerstandsachse um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Die israelische Konfrontation mit der HAMAS im Oktober 2012 gab dem Teheraner Narrativ der Widerstandsachse wieder mehr Glaubwürdigkeit, da die HAMAS das iranische Raketenpotential für seinen Kampf gegen Israel einsetzte. Dennoch bleibt die Realität, dass die Widerstandsachse in dieser breiten Form nicht mehr existiert und Teheran zum ersten Mal vor dem Problem steht, dass die strategische und ideologische Ambition im krassen Widerspruch zur Realität steht.

1.3.3 Iran und Saudi-Arabien

Ihre regionalpolitischen und ideologischen Ambitionen brachten die Islamische Republik Iran in Gegensatz zu Saudi-Arabien. Der strategische Gegensatz wird meist in religiöser und politischer Sprache formuliert. Die Zunahme schiitisch-sunnitischer Spannungen in der Region wird mit den Schwankungen im saudisch-iranischen Verhältnis in Zusammenhang gebracht. Nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 entfiel der aus saudischer Sicht wichtigste Gegenspieler Teherans. Die anschließenden Wahlerfolge schiitischer Gruppen in Irak und Libanon, sowie der Erfolg der HAMAS bei den Wahlen in Palästina wurden ebenfalls als Gewinne für den Iran aufgefasst. Was aus iranischer Sicht ein demokratischer Erfolg der Widerstandsachse war, wurde von den Saudis als „schiitischer Halbmond“ uminterpretiert. Übergeordnetes Ziel war dabei den iranischen Prestigegewinn als Bedrohung darzustellen, indem an die antischiitischen Ressentiments der überwiegend sunnitischen arabischen Bevölkerung appelliert wurde. Gleichzeitig kämpften im Irak mit dem Iran verbündete schiitische Gruppen gegen Sunniten, die von Saudi-Arabien unterstützt wurden. Die Konfessionalisierung der saudisch-iranischen Rivalität entwickelte dadurch eine brutale Eigendynamik, die auf lange Sicht gesehen den Iran benachteiligen wird.

Teheran betrieb seit den 1990er Jahren keine konfessionalisierte Außenpolitik mehr, weil iranische Versuche, die Schiit/innen der Golfregion zu revolutionieren und zum Aufstand gegen ihre sunnitischen Herrscher zu bewegen, in den 1980er Jahren scheiterten. Die folgende konfessionsneutrale Politik gegenüber den Nachbarstaaten Irans wie Kuwait, Bahrain, die Emirate oder Katar zielte dabei darauf ab, das eigene Prestige bei den Schiit/innen zu wahren, aber gleichzeitig gute Beziehungen zu den Herrschern der Region zu unterhalten. So unterstützte Teheran die Reformversuche des Königs von Bahrain gegen seinen pro-saudischen Premierminister und hielt sich gleichzeitig Kommunikationskanäle zur überwiegend schiitischen Opposition offen, überließ aber direkte Kontakte zu schiitisch politischen Aktivist/innen den arabischen Schiit/innen der Hisbollah oder den Netzwerken der Kleriker in Nadschaf, Karbala und Qom.

Die Präsenz der Hisbollah in Bahrain und die potentielle Gefahr, dass diese Organisation Kontakte zu den Schiit/innen in den saudischen Ostprovinzen aufnehmen könnten sowie die Furcht davor, dass der König von Bahrain der Herausforderung nicht gewachsen sei, bewogen die saudische Führung im April 2011 zur Intervention. Damit erreichten die Saudis zweierlei: Erstens zwangen sie die anderen Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrats zur Kooperation und unterstrichen die eigene Rolle als Führungsmacht am Golf. Zweitens wurde dadurch sichergestellt, dass die anderen Golfstaaten durch ihre Mitarbeit die Gleichstellung von Demokratisierung mit Schiitisierung und Revolution akzeptierten und demokratische Experimente von vornherein diskreditiert wurden. Schließlich konnte Riad dadurch auch den schiitischen Gemeinden in der Region zeigen, dass der Iran nicht in der Lage ist, sie militärisch zu schützen.

Für die iranische Seite bedeutete die saudische Intervention in Bahrain einen verkräftbaren strategischen Rückschlag, schließlich muss auch die neue Regierung in irgendeiner Form Beziehungen zum Iran unterhalten. Wirklich problematisch für den Iran war jedoch die Unfähigkeit der eigenen Nachrichtendienste und politischen Analytiker die saudischen Intentionen rechtzeitig zu erkennen und richtig zu deuten. Außerdem verstand der Iran lange nicht, dass Riad diesen Entschluss für sich alleine getroffen hat und die USA in dieser Entscheidung keine Rolle spielt. Teheran erkannte zu spät und mit offensichtlicher Überraschung, wie groß die Saudis die Bedrohung durch den Iran und die vermeintliche fünfte Kolonne der arabischen Schiit/innen beurteilten. Dennoch ging man in Teheran davon aus,

dass der politische Schaden für die Islamische Republik relativ gering und Saudi-Arabien in der Region isoliert sei. Immerhin verurteilte die Türkei das Vorgehen Bahrains und Saudi-Arabiens. Der iranische Außenminister Salehi versuchte im Frühjahr 2011 zu deeskalieren, indem er einerseits die Bedeutung guter Beziehungen zu Saudi-Arabien betonte und andererseits den Wert der iranisch-türkischen Beziehungen unterstrich.

1.3.4 Türkei und die Kurdenfrage

Im Mai 2011 hatten die iranischen Entscheidungsträger den Eindruck gewonnen, dass sich die türkische Golfpolitik am Iran orientierte oder im Falle Bahrains wenigstens an Teheran anlehnte. Doch eine derartige Positionierung der Türkei konnte von vornherein nur von kurzer Dauer sein. Denn damit hätte sich die Türkei den Golfstaaten und vor allem Saudi-Arabien und den gesamten, sunnitischen islamistischen Bewegungen gegenüber diskreditiert. Ebenso wichtig war jedoch, dass in Ankara das Verhältnis zu Teheran vor einer einfachen Kosten-Nutzen Analyse neu überdacht wurde. So nahmen sowohl der amerikanische Druck als auch die diplomatischen Interventionen Saudi-Arabiens und Katars in Ankara zu, während sich die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran immer komplizierter gestalteten und die Installation eines NATO Radars in Diyarbakir (Türkei) zu weiteren Irritationen in Teheran führte.

Zwei Gründe führten dann zum Schwenk in der türkischen Außenpolitik: die zunehmende Gewalt in Syrien und das Verhalten Teherans in der Kurdenfrage. Die Türkei und der Iran kooperierten schon in osmanischer Zeit in der Kurdenfrage, die aus heutiger Sicht der betroffenen Staaten aus drei miteinander verknüpften Aspekten besteht: erstens die innerstaatliche Dimension, zweitens die Situation im Nordirak und ihre Ausstrahlung auf die Region und drittens die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Die iranisch-türkische Sicherheitskooperation bestand vor allem aus Informationsaustausch auf nachrichtendienstlicher, diplomatischer und militärpolitischer Ebene. So wäre 1995 die Beendigung des innerkurdischen Bürgerkriegs zwischen den kurdischen Fraktionen im Nordirak ohne iranisch-türkische Kooperation kaum möglich gewesen. Nach der amerikanischen Invasion in den Irak 2003 setzten der Iran und die Türkei diese Kooperation fort. Unter anderem beschloss Teheran immer wieder Stellungen der PKK im Kandilgebirge, die für die türkischen Truppen

unerreichbar waren und deren Koordinaten der Türkei von den zuständigen amerikanischen Stellen zur Verfügung gestellt worden sein sollen. Teheran hatte seinerseits mit der Präsenz eines „PKK-Klons“, der „Partei für ein freies Leben Kurdistan“ (PJAK), zu kämpfen und gemeinsam mit Damaskus und Ankara beobachtete man besorgt die Zunahme junger irakischer, syrischer und iranischer Kurden in den Reihen der PKK-Kämpfer. Für den Iran bedeutete die Entstehung der PJAK in den späten 1990er Jahren eine dramatische Veränderung der Sicherheitslage. Denn mit der PJAK war erstmals seit der Vertreibung der kurdischen Oppositionsgruppen, wie der „Demokratischen Partei Kurdistan-Iran“ (DPK-I), und der Eliminierung ihrer Führungskader im Ausland (Ghassemlou, Mykonos), eine bewaffnete kurdische Oppositionsgruppe im Land aktiv. Die iranischen Sicherheitskräfte, namentlich das Informationsministerium (d.h. der iranische Geheimdienst), waren negativ überrascht, als sie erkannten, dass es der Organisation um 2010 gelungen war, auch außerhalb der eigentlichen Kurdenregion im Landesinneren Anschläge zu verüben. Es war daher zu befürchten, dass nach einiger Zeit auch Teheran betroffen sein würde. Damit bestand die Gefahr, dass die PJAK jene Publizität bekommen könnte, die ihr bis dato mittels Nachrichtensperre und kontrollierter Öffentlichkeitsarbeit verwehrt worden war. Das weitere Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte bis zum September 2011 liegt im Dunkeln. Die überwiegend von türkischer Seite veröffentlichten Informationen besagen, dass es iranischen Sicherheitskräften, die auf Basis nachrichtendienstlich gelieferter Erkenntnisse von der Türkei operierten, gelang, Murat Karayılan, den Führer der PKK im Nordirak gefangen zu nehmen. Doch statt ihn wie erwartet an Ankara auszuliefern, hätte der Iran mit ihm ein Abkommen über die PJAK getroffen und ihn wieder auf freien Fuß gesetzt. Tatsächlich konnte man gegen Jahresende 2011 ein Absetzen der PJAK Kämpfer in Richtung Irak und von dort nach Syrien beobachten, wo sie sich einem Konkurrenten Karayılans, Bahooz Erdal, unterstellten. Damit war es dem Iran gelungen die PJAK im eigenen Land zu neutralisieren. Die heftigen türkischen Reaktionen darauf lassen sich zum einen damit erklären, dass die in Norwegen geführten Friedensgespräche zwischen Vertretern der PKK und Abgesandten Erdogans scheiterten und dass zum anderen Bahooz Erdal von Syrien aus eine neue Offensive in der Türkei begann. Für Ankara bedeutete das Vorgehen Teherans daher einen Bruch der jahrzehntealten Verständigung in der Kurdenfrage.

1.4 Konfrontation in Syrien

Die Kurdenfrage wurde nun mit den Ereignissen in Syrien vermengt: Das bedrängte Regime in Damaskus begann 2011 die syrischen PKK Ableger unter Erdal still zu unterstützen, um mit ihnen Druck auf Ankara auszuüben. Die sich dramatisch verschlechternde Menschenrechtslage in Syrien, das brutale Vorgehen des Regimes und die Unwilligkeit Assads, substantielle Reformen durchzuführen, erleichterten Ankara den Entschluss, die Rebellen im Nachbarland offen zu unterstützen. Damit waren im Sommer 2011 die Linien der heutigen Konfrontation abgesteckt:

Auf der einen Seite stehen nach dem Ausscheren der HAMAS aus der Widerstandssachse des Iran, das syrische Regime und die Hisbollah, mit der PKK in Syrien als Trittbrettfahrer. Dabei wird das syrische Regime auf internationaler Ebene (bislang) von Russland und China gestützt. Auf der anderen Seite steht Ihnen eine internationale Koalition gegenüber, in der die maßgeblichen Akteure die Türkei, Saudi-Arabien und Katar sind und die von den USA und einigen europäischen Staaten aktiv und von der EU diplomatisch unterstützt wird. Der syrische Bürgerkrieg ist somit internationalisiert.

Innerhalb Syriens gelang es der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) erst gegen Ende 2012 eine überregionale Kommandostruktur zu geben und verschiedene Oppositionsgruppen in einer politischen Plattform zu vereinen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, doch mit der Anerkennung der syrischen Opposition als legitimen Vertreter des syrischen Volkes durch die EU und die USA war ihnen der diplomatische Durchbruch gelungen. Sorge bereiten den westlichen Unterstützer/innen jedoch die Aktivitäten radikal islamistischer und Al-Kaida affilierter Gruppen. Dabei handelt es sich, abgesehen von einigen kleinen und sehr erfahrenen Gruppen international aktiver *Dschihadis*, überwiegend um syrische Islamisten, die aus dem Irak zurückkehren und über deren Bereitschaft, sich den entstehenden Strukturen der FSA einzuordnen, widersprüchlich Angaben herrschen. Auf Seiten des syrischen Regimes kämpfen neben überwiegend alawitischen Truppen auch Freiwilligenmilizen, die sogenannten *Schabiha*. Zivilgesellschaftliche Akteur/innen haben zwischen den beiden Parteien kaum mehr eine Chance und der Konflikt hat längst die gefürchtete konfessionelle Identität angenommen, die Verhandlungslösungen so schwierig machen, da eine Seite – die Alawit/innen – im Falle einer Niederlage Vertreibung und Tod ihrer Gemeinschaft befürchten.

Die Konfessionalisierung des Konflikts wird in Teheran ebenfalls mit großer Sorge beobachtet. Einerseits, weil man Rückkoppelungen auf die eigenen sunnitischen Minderheiten in den Grenzprovinzen befürchtet und andererseits, weil die konfessionelle Karte den Iran in der islamischen Welt isoliert. Schließlich argumentiert man in Teheran auch dahingehend, dass die radikalsten salafistischen und Al-Kaida affilierten Gruppen ebenso anti-westlich wie anti-iranisch sind. Es wird diskutiert, ob der Westen aus opportunistischen Gründen – oder auf saudisch-katarischen Rat hin – diese Gruppen duldet oder gar unterstützt, um den Druck auf den Iran zu erhöhen, dass also der Sturz Assads in Syrien nur der Beginn sei und der Westen dann endgültig das Regime in Teheran stürzen wird.

Der Iran hoffte daher auf den Annan Friedensplan und auf Vierer-Konsultationen mit Ägypten, Saudi-Arabien und der Türkei, die der ägyptische Präsident Muhammad Mursi im Sommer 2012 zu vermitteln versuchte. Eine Friedenslösung für Syrien stellt sich Teheran so vor, dass die internationale Gemeinschaft Kontakte zwischen moderaten Elementen auf beiden Seiten herstellt, die dann die Modalitäten eines Waffenstillstands aushandeln, der die Grundlage für eine Friedenslösung bieten soll. Am Ende der Verhandlungen kann dann auch ein Machtverzicht Baschir al-Assads und seiner Entourage stehen.

Aus westlicher Sicht ist dieser Ansatz nicht praktikabel, weil Assad den Konflikt bewusst eskaliert und konfessionalisiert hat, bisher wenig Einsicht zeigte und seit einem Jahr nur mehr auf Zeitgewinn spielt, um eine militärische Lösung doch noch zu erzwingen. Der Rücktritt Assads ist also die Grundvoraussetzung für einen Friedensprozess in Syrien. Da dieser unwahrscheinlich ist, bleibt keine andere Wahl als durch diplomatische Unterstützung der Rebellen den Druck auf Assad zu erhöhen. Damit wird aber auch die militärische Option immer wahrscheinlicher. So fordern immer mehr Aktivistinnen und Aktivisten der syrischen Opposition bereits die Einrichtung von Schutzzonen (*safe havens*) und Flugverbotszonen an der syrisch-türkischen Grenze.

Mittelfristig ist zu erwarten, dass die Involvierung der Türkei in den Syrienkonflikt diesen nach Europa bringen wird. So nehmen innerhalb der Türkei und unter den türkisch-kurdischen Immigrant/innen Spannungen zwischen Alevit/innen die mit den syrischen Alawit/innen gleichgesetzt werden, und Sunnit/innen zu. Darüber hinaus, hat Syrien den mit der PKK affilierten Gruppen freie Hand gelassen in der

Hoffnung, der Konflikt möge auf türkisches Gebiet überschwappen und türkische Interessen weltweit bedrohen.

1.5 Was bleibt vom Arabischen Frühling?

Die Ereignisse in Syrien drohen von der weiteren Entwicklung des arabischen Frühlings abzulenken. Welche Erkenntnisse ergeben sich nun aus dem Arabischen Frühling und welche Maßnahmen soll Europa und die USA unternehmen, um die Kluft zwischen werte- und interessenorientierter Außenpolitik zu überbrücken?

- Die nationalen Sicherheitsstaaten, in denen pro- oder anti-westliche Diktatoren zwanzig oder dreißig Jahre lang das eigene Volk unter Kontrolle gehalten haben, sind an ihr historisches Ende gelangt. Strenggenommen waren sie das bereits 1992 mit dem großen Aufstand gegen Saddam Hussein, in den die USA aus strategischen Gründen nicht eingriffen, da sie den möglichen schiitisch-iranischen Einfluss im Irak fürchteten. In diesem Sinn waren alle ähnlichen Regime schon längst ein Anachronismus, der sich auf Dauer nicht halten konnte.
- Mit dem Ende der Diktatoren endet auch der nationalistisch-anti-imperialistische Diskurs in den arabischen Staaten. Das heißt nicht, dass Palästina unbedeutend wäre oder die Rolle der USA unkritisch betrachtet wird. Doch zum ersten Mal seit langem haben protestierende Massen die eigenen Herrscher zur Verantwortung gezogen und die Frage, ob der Herrscher nun pro- oder anti-westlich sei, als sekundär betrachtet.
- Damit verändern sich die Erwartungen der Bevölkerung an die Regierungen, von denen mehr Transparenz, Respekt vor der persönlichen Würde und vor allem ein Mitspracherecht verlangt wird.
- Der Wunsch endlich seine Stimme auch in politischen Angelegenheiten erheben zu dürfen, stärkt den Parlamentarismus und führt zu offeneren Debatten in den Massenmedien. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die immer nervöser werdenden Golfstaaten, wo gebildete Schichten zunehmend auf Mitsprache beharren und der alte Gesellschaftsvertrag, der politische Zurückhaltung gegen soziale Absicherung vorsah, aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Wirtschaftsentwicklung nicht mehr tragfähig ist. (Das gilt übrigens auch für Zentralasien!)
- Die Stärkung des Parlaments alleine garantiert noch keine Demokratie, ist

aber ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Realistischerweise ist eine lange Phase von Populismus zu erwarten, in der die parlamentarischen Spielregeln erst gelernt werden. Will der Westen die Demokratie in der Region auf Dauer stärken, muss der korrekte und faire Ablauf von Wahlen, weniger deren Ergebnis im Interesse der internationalen politischen Beobachtung stehen.

- Der Aufstieg des politischen Islam war abzusehen und lange erwartet bzw. befürchtet. Mit der Übernahme politischer Verantwortung wird es zu einer Diversifizierung des islamischen Spektrums entlang wirtschaftspolitischer (dirigistische und liberale Modelle) und politischer (radikale und gemäßigte) Bruchlinien kommen. Dadurch sollte die politische Landschaft offen bleiben und nicht-islamistischen Gruppen die Aktivitäten erlauben. Der Widerstand in Ägypten gegen die Dekrete Mursis, weist in diese Richtung.
- Der Westen muss sich darüber im Klaren sein, dass gewählte islamistische Akteure genauso legitim sind wie nicht-Islamisten. Weniger ihre Ideologie, als vielmehr ihre Taten müssen die Grundlage für die Kritik an ihnen bilden: also die Frage nach den bürgerlichen Freiheiten, wie Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, sowie ihre Leistungsfähigkeit im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier bietet sich ein reiches Feld an Kooperationen an, das zum Teil schon wahrgenommen wird (Tätigkeiten internationaler Stiftungen usw.).

Schließlich muss das Verhältnis zu den Staaten des Arabischen Frühlings pragmatisch versachlicht werden. In Libyen stehen der Aufbau staatlicher Strukturen und die Kooperation in der Flüchtlingsfrage im Vordergrund, in Ägypten und Tunesien Demokratisierung und die Wirtschaft. In allen Fällen hat man es auf Generationen gesehen mit schwachen formalen Demokratien in autoritär geprägten Gesellschaften zu tun, deren Regierungen kaum Erfahrung mit der internationalen Gemeinschaft haben. Diese Faktoren werden das Verhältnis zu Europa für die nächsten Jahre kompliziert gestalten – die Beziehungen zu den „starken Männern“ waren im Vergleich dazu leicht überschaubar. Sich danach zurückzusehnen wäre pure Nostalgie, vielmehr ist zu erwarten, dass der Herbst der Diktatoren auch in den anderen Ländern von einem Frühling der Unruhe abgelöst werden wird – mit oder ohne Lösung des Syrienkonflikts.

KAPITEL 2

MIGRATIONSTRÖME AUS SYRIEN, IRAK, IRAN UND TÜRKEI IN DIE EU UND NACH ÖSTERREICH

Mag. Martin Hofmann und Mag. David Reichel

2.1 Einleitung

2.2 Migrationsgeschichte(n) und Migrationsmuster

2.3 Migrationsbewegungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU

2.4 Wanderungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU

2.5 Bevölkerungsbestände von Staatsangehörigen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in der EU

2.6 Fluchtbewegungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU

2.7 Irreguläre Migration und Rückführungen

2.8 Die Situation in Österreich

2.9 Zusammenfassung

2.1 Einleitung

Der vorliegende Artikel untersucht Migrationsströme aus Syrien, dem Irak, dem Iran und der Türkei nach Europa und Österreich aus einer rein quantitativen Perspektive. Die Analyse stützt sich im Wesentlichen auf verfügbare Migrationsstatistiken, trifft ihre Aussagen auf Grundlage des bestehenden Datenmaterials und bietet nur auf eingeschränkte Weise qualitative Erklärungsansätze für die zahlenmäßigen Trends. Auf Basis von Asylstatistiken und allgemeinen Wanderungsstatistiken

sollen die Entwicklung und das Ausmaß der Migrationsströme aus den vier Ländern nach Europa seit 1998 dargestellt und das Ausmaß der Zuwanderung in verschiedene Zielländer analysiert werden. Obwohl der vorliegende Artikel darauf abzielt, entsprechende Trends quantitativ zu beschreiben und nicht hinsichtlich ihrer Gründe und Ursachen zu analysieren, soll doch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die vier untersuchten Ursprungsländer bezüglich ihrer Migrationsgeschichte und -struktur vollkommen unterschiedliche Voraussetzungen aufweisen. Die Türkei und bestimmte EU-Mitgliedsstaaten bilden ein traditionelles, wenn nicht „das“ traditionelle Migrationssystem¹ im europäischen Kontext. Die zahlenmäßig starke türkische Community in Europa hat ihren Ursprung in der Arbeitsemigration türkischer Staatsangehöriger zu Beginn der 1960er Jahre. Diese wurde im Rahmen der sogenannten „Gastarbeiterprogramme“ von den jeweiligen Aufnahmestaaten durchaus gewünscht und gefördert. Deutschland schloss 1961 das erste bilaterale „Gastarbeiter-Abkommen“ mit der Türkei ab und entwickelte sich in der Folge zum wichtigsten Zielland türkischer Emigration. Während 1960 lediglich 2.700 türkische Staatsangehörige in Deutschland lebten, waren es 1975 bereits mehr als eine Million. Das entsprach rund 70% aller türkischen Staatsangehörigen, die zu dieser Zeit nicht in ihrer Heimat lebten.² Türkische Migration nach Europa veränderte sich über die Jahre und andere Migrationsformen wie Familienmigration und Asyl traten stärker in den Vordergrund. Dennoch waren die entsprechenden Wanderungen weiterhin im Wesentlichen als Arbeitsmigration zu charakterisieren, auch wenn sich diese verstärkt auf indirekte Art vollzog, auf Familienzusammenführung und in geringerem Maß auf Asyl und ebenso auf irreguläre Migrationsformen auswich. Im Gegensatz dazu hat Zuwanderung aus dem Irak, dem Iran und Syrien eine wesentlich jüngere Geschichte, vollzog und vollzieht sich in quantitativ weniger bedeutsamen Größenordnungen und basiert auf gänzlich anderen Motiven. Die drei Herkunftsländer sind wesentlich stärker durch Fluchtbewegungen gekennzeichnet und erfolgten nach Europa überwiegend als Reaktion auf Kriege, Bürgerkriege, politische Verfolgung und die schlechte Sicherheitssituation in der Heimat. Aufgrund der Unterschiede in der Migrationsge-

¹ Grundannahme dieses Ansatzes ist, dass in der Regel ein Zielland oder eine Zielregion und mehrere Ursprungsländer oder -regionen ein spezifisches Migrationssystem bilden, innerhalb dessen sich der überwiegende Teil aller Ziel- und Ursprungsgebiete betreffenden Migrationsströme bewegen: Alejandro Portes, *Globalization from Below: The Rise of Transnational Communities*, Princeton University, September 1997, p. 8

² Sirkezi Ibrahim: *Turkish Diaspora*, in: Gibney, Matthew J. und Hansen, Randal (Hg.), *Immigration and Asylum. From 1900 to the Present*, Santa Barbara, 2005; S. 609

schichte, der Größe der Migrationsbewegungen und Migrant/innen-Communities und der zugrundeliegenden Migrationsmotive ist ein Vergleich zwischen den vier Ursprungsländern kaum möglich. Der vorliegende Artikel verzichtet daher bewusst auf einen solchen Vergleich und beschränkt sich auf die Darstellung quantitativer Entwicklungen in Bezug auf Wanderungen, Asyl, irreguläre Migration und Rückkehr insgesamt und in Bezug auf die jeweiligen Hauptzielländer syrischer, irakischer, iranischer und türkischer Migration innerhalb der EU.

2.2 Migrationsgeschichte(n) und Migrationsmuster

Wie bereits ausgeführt unterscheiden sich die vier untersuchten Ursprungsländer wesentlich in Bezug auf ihre Migrationsgeschichte mit Europa bzw. hinsichtlich der Migrationsmuster, die diese Geschichte prägen. Obwohl die Türkei heute als das Ursprungsland betrachtet werden kann, das die Geschichte der Zuwanderung nach Europa nach 1945 – und auch die damit verbundene öffentliche und politische Diskussion – am stärksten geprägt hat, stellt sie doch eine Migration ohne vorher bestehende historische oder kulturelle Anknüpfungspunkte dar. Sie hat ihren Ursprung in den Arbeitsmigrationsprozessen der 1960er Jahre und den von den westeuropäischen Staaten initiierten und geförderten bilateralen Rekrutierungsprogrammen (z.B. Deutschland 1961; Österreich, Belgien, Niederlande 1964; Frankreich 1965, Schweden 1967). Nach schleppendem Beginn nahmen diese Programme Fahrt auf und erreichten Anfang der 1970er Jahre ihren Höhepunkt. Mit der einsetzenden Rezession der 1970er Jahre änderten die europäischen Staaten ihre Zuwanderungspolitik. Nach dem Ölpreisschock von 1973/74 stoppten die Gastarbeiterprogramme offiziell. Es zeigte sich nun, dass die Mehrheit der türkischen Gastarbeiter/innen entgegen der Intentionen des „Rotationsprinzips“ nicht in die Heimat zurückkehrten, sondern versuchten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in den europäischen Zielländern zu erwerben, was ihnen zu einem Großteil auch gelang. Türkische Migrationsmuster veränderten sich in Richtung dauerhaftem Aufenthalt und Familiennachzug.³ Der Familiennachzug wurde in den 1980er Jahren dann ebenfalls rechtlichen Änderungen unterzogen. Mit Beginn der 1980er Jahre nahmen Asylanträge aus der Türkei in Europa stark zu, als Folge

³ HWWI: Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut, Focus Migration, Länderprofil Türkei, Nr. 5, April 2006, http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/LP_05_Tuerkei_2009.pdf; S. 3, (Zugriff am 12. Mai 2012)

des Staatsstreichs von 1980 und dem Konflikt mit der kurdischen Minderheit in der Türkei;⁴ nicht zuletzt auch ein Hinweis darauf, dass eine geänderte politische Situation in den Ursprungsländern eine eindeutige Auswirkung auf die Zahl von Asylsuchenden aus diesen Ländern hat.⁵ In den 1990er Jahren war dann eine Zunahme von irregulärer Migration aus der Türkei zu beobachten, eine Migrationsform, die sich nur schwer quantifizieren lässt, sich aber jedenfalls in quantitativ überschaubarem Umfang vollzieht.

Wanderungen aus Syrien nach Europa haben im Vergleich dazu eine jüngere Geschichte und einen wesentlich geringeren Umfang. Es lassen sich eine Reihe von Emigrationswellen für das Land identifizieren, die sich aber in der Regel in Richtung arabischer Staaten, vor allem in die der Golfregion, vollzogen. Ende der 1950er Jahre emigrierten vor allem Angehörige der Eliten und Hochqualifizierte, in den 1970er Jahren waren es Niedrigqualifizierte, die in die wachsenden Ökonomien der Golfstaaten wanderten. Europäische Staaten stellten keine wesentlichen Zielländer dieser Migrationsbewegungen dar. Das Bild änderte sich ab den 1980er Jahren als sich die Haltung gegenüber Zuwanderung in den Golfstaaten änderte bzw. die sich verschlechternde politische Lage im Libanon viele syrische Migrant/innen veranlasste, in die Heimat zurückzukehren bzw. in europäische Staaten auszuweichen. Rund 26% der für das Jahr 2010 geschätzten rund 415.000 syrischen Emigrant/innen lebten in Staaten der Europäischen Union.^{6,7} Die gewaltsame Unterdrückung der syrischen Opposition, die im Frühjahr 2011 ihren Ausgang nahm, resultierte in signifikanten Fluchtbewegungen in die Nachbarländer Türkei, Jordanien und Libanon, deren Gesamtzahl im Herbst 2011 auf rund 35.000 geschätzt

wurde. Im Jahr 2012 stieg die Zahl syrischer Flüchtlinge dramatisch an, für den Herbst dieses Jahres hatte UNHCR für die Nachbarländer Türkei, Libanon, Jordanien und Irak eine Gesamtzahl von 298.211 syrischen Flüchtlingen registriert.⁸

Insgesamt drei Emigrationswellen kennzeichneten die iranische Migrationsgeschichte nach 1945.⁹ Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Revolution im Jahr 1979 waren es vor allem die Mittel- und Oberschicht, die ihre durch die Ölexporte verbesserten finanziellen Möglichkeiten nutzten, um ihre Kinder im Ausland studieren zu lassen. Die Auslandserfahrung sollte vor allem dazu genutzt werden, nach erfolgter Rückkehr den Zugang zu ökonomischen und politischen Schlüsselstellungen im Iran zu gewährleisten. Es handelte sich in dieser Phase also um temporäre Migration Hochqualifizierter. Nach der Revolution verließen in einer zweiten Emigrationswelle viele Familienangehörige dieser Bildungsmigrant/innen, die mit dem Schah-Regime in Verbindung gebracht wurden, ihre Heimat, zusammen mit jungen Männern, die vor dem Militärdienst flohen, und Familien, die ihre Töchter nicht der Geschlechterpolitik des neuen Regimes aussetzen wollten. Wiederum verließen viele Hochqualifizierte das Land, auch diesmal planten die meisten Emigrant/innen zu einem späteren Zeitpunkt in die Heimat zurückzukehren. Die dritte Emigrationswelle, die ab 1995 einsetzte, schrieb vergangene Trends fort, ergänzte diese aber durch niedrigqualifizierte Arbeitsmigration bzw. Fluchtbewegungen, wobei sich sowohl die zugrundeliegenden Motive als auch die beiden Migrationsformen überlagerten. Den Höhepunkt erreichten die iranischen Asylanträge in den Jahren 2002 und 2003, für die die Gesamtzahl iranischer Flüchtlinge auf jeweils mehr als 130.000 geschätzt wurde. Im Falle des Iran ist es dabei besonders schwierig, eindeutig zwischen politischen und ökonomischen Motiven und Migrationsformen zu unterscheiden. Der Zusammenhang zwischen Fluchtbewegungen und späterer Familienzusammenführung ist jedenfalls stark und wird von den entsprechenden Wanderungsstatistiken bestätigt.

⁴ Castles/Loughna: Stephen Castles und Sean Loughna, Trends in Asylum Migration to Industrialized Countries, 1990 – 2001, Paper for United Nations University-World Institute for Development Economic Research (UNU-WIDER), Conference on Poverty, International Migration and Asylum, Helsinki, 27-28 September 2002, Draft 22 August 2002; S. 2

⁵ Jenissen: Roel Jenissen, Macro-Economic Determinants of International Migration in Europe, Amsterdam 2004, S. 158

⁶ Di Bartolomeo (2012): Anna di Bartolomeo, Thibaut Jaulin, Delphine Perrin, CARIM Migration profile Syria, Jänner 2012, S. 3

⁷ Die geschätzte Zahl von 106.000, die auf nationalen Registern beruht, liegt dabei doppelt so hoch wie die für das Jahr 2010 vorliegenden Eurostat-Zahlen. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit wurden für den vorliegenden Artikel dennoch hauptsächlich die Eurostat-Zahlen verwendet.

⁸ UNHCR: Syria Regional Refugee Response, <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> (Zugriff am 6. November 2012)

⁹ Hakimzadeh: Shirin Hakimzadeh, Iran: A Vast Diaspora Abroad and Millions of Refugees at Home, Migration Policy Institute (MPI) 2006, <http://www.migrationinformation.org/feature/display.cfm?ID=424> (Zugriff am 12. Mai 2012)

Flucht und Asyl kennzeichneten seit jeher auch die Migrationsbewegung aus dem Irak nach Europa bzw. in die EU. Krieg, Bürgerkrieg und staatliche Unterdrückung resultierten in massiver innerer Vertreibung bzw. Fluchtbewegungen in die Nachbarländer. Schätzungen sprechen davon, dass allein im Zuge der im Jahr 2006 zum offenen Bürgerkrieg eskalierten gewaltsamen Auseinandersetzungen „1,8 Millionen Iraker/innen aus dem Land flüchteten und 1,6 Millionen zu Vertriebenen im eigenen Land“¹⁰ wurden. Diese Fluchtbewegungen erreichten im weiteren Verlauf auch die Staaten der Europäischen Union, die sprunghaften Anstiege der Asylantragszahlen in den Jahren nach 2000 bzw. in den Jahren 2007/2008 stehen in einem eindeutigen zeitlichen Zusammenhang mit der Sicherheitslage im Irak. Verbesserungen in der Sicherheitslage, so etwa im Jahr 2008, zogen jeweils auch einen signifikanten Rückgang in den europäischen Antragsstatistiken nach sich, so in den Jahren 2008 bis 2011. Nach Schätzungen des UNHCR gab es 2010 allerdings noch immer rund 1.3 Millionen IDPs¹¹ im Irak, 1,6 Millionen irakische Flüchtlinge in der Region und auf globaler Ebene bzw. 23.500 Neuanträge irakischer Asylsuchender in den 44 so genannten hochindustrialisierten Staaten.¹²

2.3 Migrationsbewegungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU

Die Zuwanderung aus den vier Ursprungsländern nach Europa erfolgte in den letzten beiden Jahrzehnten entlang dreier Migrationsmuster: Legale Zuwanderung, Flucht bzw. Asyl und irreguläre Migration. Während letztere nur bedingt quantitative Aussagen zulässt, können legale Migration und Fluchtbewegungen auf Basis von Zuwanderungs- und Asylstatistiken gut abgeschätzt werden. Dabei zeigen sich in Bezug auf die vier Ursprungsländer unterschiedliche Grundmuster:

Irakische Migration war und ist überwiegend geprägt von Fluchtbewegungen mit geringeren Anteilen an legaler und irregulärer Migration. Asyl ist dabei von zahlen-

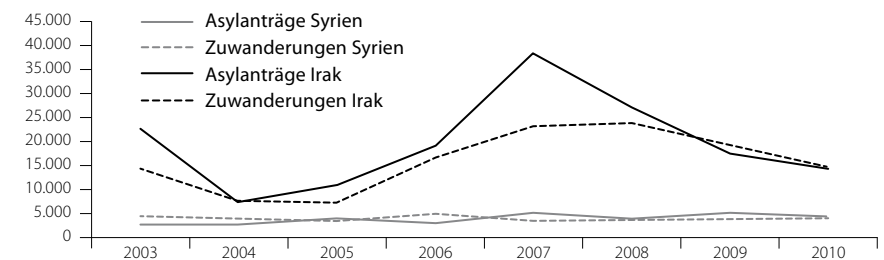
¹⁰ Baumschlager, Katharina/Catar, Sabina: Irak. In: Länderinformation nr.°14, Österreichischer Integrationsfonds, Wien. S. 13

¹¹ Internally displaced persons

¹² UNHCR: UNHCR country operations profile – Iraq, <http://www.unhcr.org/pages/49e486426.html#> (Zugriff am 12. Mai 2012)

mäßig größerer Bedeutung als allgemeine Zuwanderung, die Verlaufskurven der beiden Migrationsformen folgen dabei vergleichbaren jährlichen Entwicklungen und wiesen in den Jahren nach 2008 kontinuierlich negative Trends auf. Syrische Migration bestätigt ebenfalls einen starken Zusammenhang zwischen Asyl- und Zuwanderungszahlen. Im Gegensatz zu den beiden anderen Ursprungsländern weisen beide Migrationsformen positive Trends auf, wenngleich auf einem wesentlich geringeren zahlenmäßigen Niveau (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Einwanderungsstatistik und Asylansuchen von Personen aus Syrien und dem Irak in die EU-27¹³



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eurostat Datenbank und der Datenbank des UNHCR¹⁴

Türkische Migration nach Europa vollzog sich demgegenüber überwiegend als legale Migration (zunächst in Form von Arbeitsmigration, später in Form von Familienzusammenführung) bei signifikant geringeren Asylanträgen und irregulärer Migration. Die verfügbaren Zahlen zeigen, dass der Anteil an Asyl innerhalb der

¹³ Verfügbare Einwanderungs- und Asylzahlen sind lückenhaft. Falls nur ein Jahr fehlte wurde der Mittelwert des vorhergehenden und nachfolgenden Jahres genommen. Für EU-MS mit größere Lücken wurde auf Schätzungen verzichtet. Da sich die Wanderungen aus den drei Ursprungsländern auf einige wenige europäische Zielländer konzentrieren, für die Daten zur Verfügung stehen, können die dargestellten Trends dennoch als insgesamt aussagekräftig betrachtet werden.

¹⁴ Eurostat: Eurostat Datenbank International Migration and Asylum; <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>

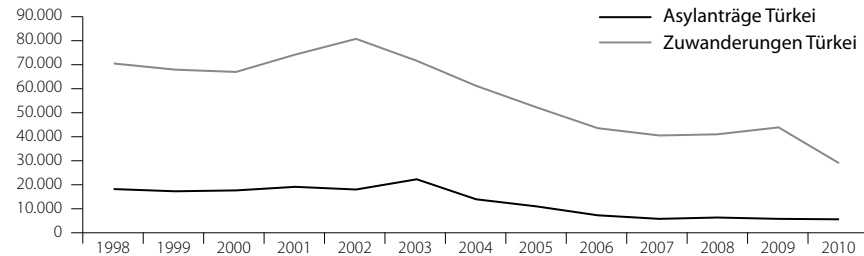
UNHCR: Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries, Statistical overview of asylum applications lodged in Europe and selected non-European countries, 2012

BAMF (2011): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2011, Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2011.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 12. Mai 2012)

Statistik Austria (2012): Internationale Wanderungen und Wanderungen in Österreich http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/index.html (Zugriff am 12. Mai 2012)

jährlichen Gesamtzuwanderung wesentlich geringer ist als bei den beiden anderen Ursprungsländern. Insgesamt nimmt die Neuzuwanderung aus der Türkei in die EU in den letzten Jahren kontinuierlich ab (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Einwanderungsstatistik und Asylansuchen von Personen aus der Türkei in die EU-27

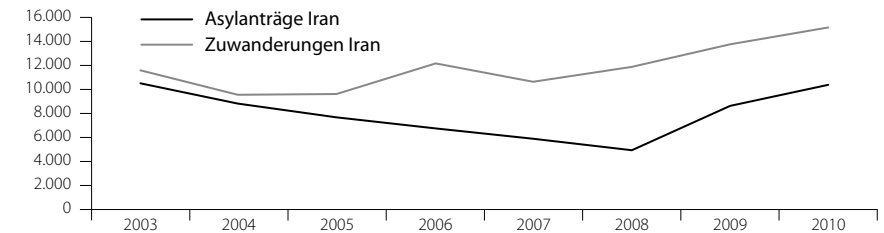


Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eurostat Datenbank, der Datenbank des UNHCR, Daten des BAMF und der Statistik Austria¹⁵

Bei iranischer Migration nach Europa überwog in den verfügbaren Statistiken ebenfalls legale Migration. Ursachen und Verlaufsmuster unterscheiden sich aber doch deutlich von jenen der früher einsetzenden und anders motivierten Zuwanderung aus der Türkei. In den Jahren 2003 bis 2005 belegten die Zahlen einen engen Zusammenhang zwischen Asyl und Zuwanderung. Danach geht die Schere zwischen den beiden Migrationsformen deutlich auseinander, wobei davon auszugehen ist, dass reguläre Zuwanderung in den Jahren 2005 bis 2008 vielfach Familienangehörige von zuvor als Flüchtlingen anerkannten iranischen Staatsangehörigen umfasst haben dürfte. In Folge der Proteste nach den Präsidentschafts-

wahlen 2009 stiegen die iranischen Asylanträge in der EU wieder deutlich an. Setzen sich vergangene Migrationsmuster fort, wird demnach auch die Neuzuwanderung von iranischen Staatsangehörigen in Zukunft weiter zunehmen.

Abbildung 3: Einwanderungsstatistik und Asylansuchen von Personen aus dem Iran in die EU-27



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eurostat Datenbank, der Datenbank des UNHCR, Daten des BAMF und der Statistik Austria¹⁶

2.4 Wanderungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU

Zwischen 2001 und 2010 wanderten im Durchschnitt rund 4.300 syrische Staatsangehörige pro Jahr in Mitgliedsstaaten der EU zu.¹⁷ Die jährlichen Immigrationszahlen zeigten dabei stabile Trends. 2001 waren insgesamt rund 5.000 Syrer/innen in die EU migriert, 2010 lag dieser Wert bei rund 4.600. In relativen Zahlen bedeutete das eine Abnahme von rund 7%. Syrische Wanderungen konzentrierten sich dabei auf einige wenige Zielländer innerhalb der EU, im Jahr 2010 entfielen

¹⁵ Eurostat: Eurostat Datenbank International Migration and Asylum; <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>

UNHCR: Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries, Statistical overview of asylum applications lodged in Europe and selected non-European countries, 2012

BAMF (2011): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2011, Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2011.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 12. Mai 2012)

Statistik Austria (2012): Internationale Wanderungen und Wanderungen in Österreich http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/index.html (Zugriff am 12. Mai 2012)

¹⁶ Eurostat: Eurostat Datenbank International Migration and Asylum; <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>

UNHCR: Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries, Statistical overview of asylum applications lodged in Europe and selected non-European countries, 2012

BAMF (2011): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2011, Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2011.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 12. Mai 2012)

Statistik Austria (2012): Internationale Wanderungen und Wanderungen in Österreich http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/index.html (Zugriff am 12. Mai 2012)

¹⁷ In Bezug auf 18 EU-Mitgliedsstaaten, für die Zuwanderungsstatistiken zur Verfügung stehen.

rund 88% der Wanderungen auf Deutschland, Schweden, Dänemark, Italien und Spanien. Deutschland und Schweden verzeichneten dabei rund zwei Drittel aller Neuzuwanderungen aus Syrien (rund 2.000 bzw. rund 1.000 in absoluten Zahlen). Wird unterstellt, dass die Sicherheitslage in Syrien zu einem Anstieg von Asylwerber/innen aus diesem Land in Europa führen wird, und jüngste Asylstatistiken deuten stark auf eine solche Entwicklung hin, so ist davon auszugehen, dass auch die Zuwanderung aus Syrien nach Europa in den nächsten Jahren ansteigen wird. Auf der Grundlage bisheriger Trends ist jedoch auch in diesem Fall von keinem exponentiellen Anstieg der entsprechenden Zahlen auszugehen.

Der Konzentrationsgrad auf einige wenige Zielländer ist im Fall irakischer Migration nach Europa noch größer als bei den drei anderen untersuchten Ursprungsländern. Im Jahr 2010 wurden rund 96% aller Zuzüge aus dem Irak in insgesamt fünf EU-Mitgliedsstaaten verzeichnet. Deutschland (55,6% Wert für 2008) und Schweden (27,8% Wert für 2010) waren dabei die wichtigsten Zielländer, danach folgten mit einigem Abstand Finnland (6,5%), die Niederlande (5,2%) und Italien (2,5%). Insgesamt nahmen die Zuzüge aus dem Irak zwischen 2001 und 2010 um rund 44% ab (von rund 29.500 auf rund 16.300). Sie waren dabei allerdings weit stärkeren Schwankungen unterworfen als die Zahlen der anderen untersuchten Ursprungsländer. An- bzw. Abstieg der Zahlen standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Situation im Irak selbst. Eine Verschärfung der Sicherheitslage hatte zunächst zur Folge, dass sich die Neuzuwanderung reduzierte, da es potentiellen Migrant/innen und/oder Flüchtlingen offensichtlich nicht möglich war, das Land sofort zu verlassen. Emigrations- und Fluchtbewegungen setzten verstärkt ein, sobald die Situation im Irak bzw. in den umgebenden Nachbarstaaten Bewegungen nach Europa ermöglichte bzw. die Organisation solcher erlaubte. Solche Spitzen waren 2003 und 2007/2008 zu beobachten, wobei sowohl Immigrations- als auch Asylzahlen jeweils Höchstwerte erreichten. Die Verbesserung der Sicherheitslage wirkte sich danach zügig auf die Zahlen aus – sie sanken deutlich. Legt man vergangene Migrationsmuster zugrunde, so lässt sich für die Zukunft prognostizieren, dass sowohl Immigration als auch Asylanträge aus dem Irak mehr als alles andere von der Sicherheitslage im Land selbst abhängen und dementsprechend steigen oder sinken werden.

Iranische Staatsangehörige wandern ebenfalls in einige wenige europäische Zielländer zu. Der Konzentrationsgrad ist mit rund 84% auf fünf EU-Mitgliedsstaaten aber nicht ganz so groß wie im Falle des Irak. Insgesamt wanderten zwischen 2001

und 2010 pro Jahr im Schnitt rund 13.600 iranische Staatsangehörige neu in die EU zu. Die jährliche Neuzuwanderung pendelte dabei auffallend stabil zwischen rund 9.500 und rund 11.500, erst seit 2009 war ein eindeutiger Anstieg bezüglich der Neuzuwanderung festzustellen. Die Jahre 2009 mit insgesamt rund 13.700 Neuzuwanderungen aus dem Iran und 2011 mit insgesamt rund 15.100 lagen deutlich über dem langjährigen Schnitt. Deutschland (33,9% Wert für 2010) und Schweden (18,6%) waren dabei mit Abstand die wichtigsten Zielländer, danach folgten das Vereinigte Königreich (16,5% – diese Zahl ist allerdings eine Fortschreibung früherer Werte), Österreich (10,7%) und Italien (4,9%). Insgesamt nahmen die Zuzüge aus dem Iran zwischen 2001 und 2010 um rund 54% zu (von rund 9.800 auf rund 15.100), dafür waren aber vor allem die Entwicklungen der letzten drei Jahre verantwortlich.

Für die türkische Zuwanderung sind wie bereits ausgeführt, ganz andere Faktoren entscheidend als im Falle Syriens, des Irak und des Iran. Das beginnt schon beim rein quantitativen Ausmaß der Wanderungsbewegungen. Zwischen 1998 und 2010 wanderten im Durchschnitt rund 57.000 türkische Staatsangehörige pro Jahr in Mitgliedsstaaten der EU zu.¹⁸ Die jährlichen Zuwanderungszahlen schwankten dabei beträchtlich. Zwischen 1998 und 2002 stiegen sie von rund 64.000 auf rund 80.000, danach sanken sie jedes Jahr zum Teil deutlich ab. Für das Jahr 2010 wurden nur noch rund 33.700 neue Zuwanderungen registriert, im Vergleich zum Jahr 1998 entsprach dies einer Abnahme von rund 47,5%. Die jährliche Neuzuwanderung aus der Türkei in die EU hat sich also im letzten Jahrzehnt beinahe halbiert. Rund 83% der Zuwanderungen 2010 entfielen auf insgesamt fünf EU-Mitgliedsstaaten. Auf Deutschland, das traditionelle Zielland türkischer Emigration in Europa, entfielen 57,1% der Neuzuwanderungen (rund 19.000 in absoluten Zahlen). Danach folgten mit bereits deutlichem Abstand Österreich mit 12,8% (rund 4.300), Schweden mit 6,6% (rund 2.200), Italien mit 4,4% (rund 1.500) und Dänemark mit 1,7% (rund 570). Tendenziell ist türkische Migration nach Europa also im Abnehmen begriffen. Als Hauptgründe für diese Entwicklung können einerseits die längerfristigen Wirkungen geänderter Migrationspolitiken gesehen werden, die sich mit entsprechender Verzögerung in den Jahren nach 2002 verstärkt auf die Größe der Familienmigration auszuwirken begannen. Andererseits reduzierten die wirtschaftlichen Erfolge der Türkei auch die Notwendigkeit für weite Teile

¹⁸ In Bezug auf 16 EU-Mitgliedsstaaten, für die Zuwanderungsstatistiken zur Verfügung stehen.

der Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten in anderen Ländern zu suchen. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Wanderungssaldi in den beiden wichtigsten Zielländern türkischer Migration in Europa, Deutschland und Österreich. Beide Länder wiesen im Jahr 2010 zwar immer noch ein positives Wanderungssaldo in Bezug auf die Türkei auf (Deutschland plus 3.471, Österreich plus 1.375), dennoch standen im Falle Deutschlands den rund 19.300 Zuzügen rund 15.900 Fortzüge türkischer Staatsangehöriger gegenüber, im Falle Österreichs rund 4.300 Zuzügen rund 2.900 Fortzüge.¹⁹ Setzen sich diese Trends in der Zukunft fort wird die türkische Gesamtbevölkerung in der EU bei sinkenden Neuzuzügen und hohen Remigrationsraten in den nächsten Jahren kontinuierlich abnehmen.

2.5 Bevölkerungsbestände von Staatsangehörigen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in der EU

Die genaue Zahl von Personen, die gegenwärtig in Europa lebt, und aus Syrien, dem Irak, dem Iran oder der Türkei eingewandert ist, kann nicht exakt bestimmt werden. Die entsprechenden Erhebungen auf Ebene der EU-Mitgliedsstaaten differieren dafür zu stark, sowohl was Erfassungsdichte als auch Erfassungskriterien betrifft. Nicht alle EU-Staaten liefern derzeit genaue Informationen über das Geburtsland oder die Staatsangehörigkeit ihrer Bevölkerung. Für den vorliegenden Artikel wurde auf Eurostat-Daten bezüglich Staatsangehörigkeit zurückgegriffen. Nach den von Eurostat veröffentlichten Statistiken nach Staatsangehörigkeit stehen im Falle der Türkei für 19 EU-Mitgliedsstaaten, im Falle des Irak für 18 EU-Mitgliedsstaaten, im Falle des Iran für 19 EU-Mitgliedsstaaten und im Fall Syriens für 17 EU-Mitgliedsstaaten entsprechende Daten zur Verfügung. Problematisch ist das Fehlen von vollständigen Eurostat-Daten für Frankreich in Bezug auf die Gesamtzahl türkischer Immigrant/innen. Die letzten zur Verfügung gestellten Zahlen stammen aus dem Jahr 2005 und sprechen von insgesamt rund 220.000 türkischen Staatsangehörigen, die sich in jenem Jahr in Frankreich aufhielten. Andere

¹⁹ BAMF: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2011, Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2011.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 12. Mai 2012)

Statistik Austria: Internationale Wanderungen und Wanderungen in Österreich http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/index.html (Zugriff am 12. Mai 2012)

Schätzungen gehen von bis zu 360.000 Personen aus.²⁰ Um der Signifikanz türkischer Migration nach Frankreich gerecht zu werden, wurde für den vorliegenden Artikel der französische Wert von 2005 fortgeschrieben. Es muss jedenfalls darauf hingewiesen werden, dass dadurch gewisse Verzerrungen der tatsächlichen Situation unvermeidbar sind. Die verfügbaren Daten erlauben zwar keine absolut zuverlässige Darstellung der Verteilung der jeweiligen Communities in Europa, sie erlauben aber dennoch eine aussagekräftige Beschreibung entsprechender Trends. Diese Trends sollen im Folgenden beschrieben werden.

Analog zu den Wanderungen, die sich wie oben ausgeführt bei allen vier Ursprungsländern auf einige wenige Zielländer innerhalb der EU konzentrieren, lassen sich auch eindeutige Zielländer identifizieren, was den dauerhaften Aufenthalt für Staatsangehörige aus Syrien, dem Irak, dem Iran und der Türkei betrifft. Für die Türkei bedeutet das etwa, dass im Jahr 2001 fast 98% der in vergleichbaren Statistiken erfassten bzw. durch Fortschreibung früherer Werte errechneten türkischen Bevölkerung in der EU in insgesamt fünf Mitgliedsstaaten lebten. Für irakische Staatsangehörige lag dieser Wert bei rund 94%, für syrische Staatsangehörige bei rund 86% und für iranische Staatsangehörige bei immerhin noch rund 81%. Die Konzentration von Migrant/innen auf einige wenige Zielländer ist dabei grundsätzlich nichts Außergewöhnliches und bei vielen Migrant/innen-Communities zu beobachten, die für die untersuchten Ursprungsländer beobachteten Konzentrationsgrade sind allerdings auffallend hoch. Interessant sind sie auch deswegen, weil die vier Länder durch unterschiedliche Migrationsgeschichte, -tradition und zugrundeliegende Migrationsmotive gekennzeichnet sind, jährliche Zuwanderung und Aufenthalt aber vergleichbaren Grundmustern folgen. Türkische Migration erfolgte über wesentlich längere Zeiträume und war im wesentlichen immer Arbeits- bzw. Familienmigration. Es ist daher durchaus nachvollziehbar, dass türkische Migrant/innen zunächst in die Länder wanderten, die ihnen offizielle und staatlich geförderte Immigrationsmöglichkeiten boten und dass, nachdem diese Möglichkeiten reduziert worden waren, die etablierten Migrationsmuster in Form von Familienzusammenführung weiter wirkten. Im Fall irakischer, iranischer und syrischer Migration bestand ein solcher Zusammenhang nicht. Es handelte sich überwiegend um Fluchtbewegungen und es bestanden keine signifikanten Migrant/innen-Communities, die Neuankommende hätten unterstützen und dadurch

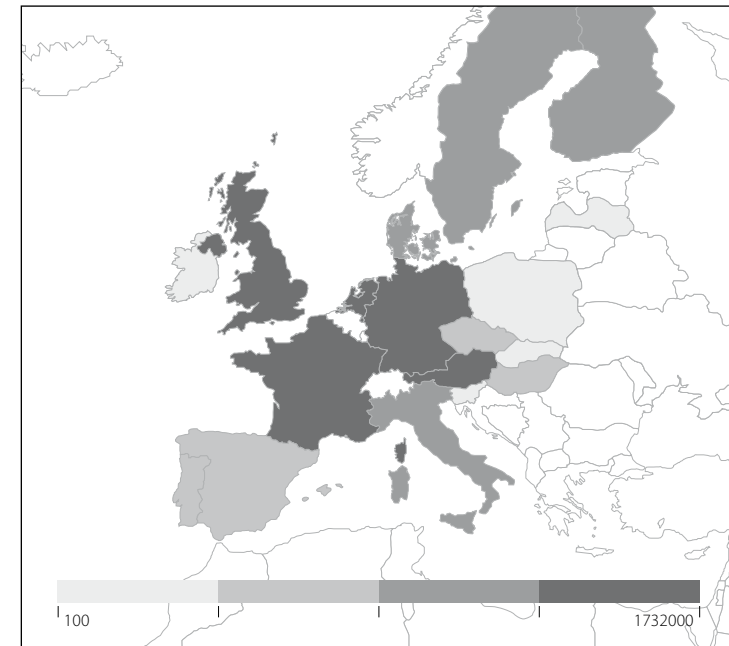
²⁰ IOM: International Organization for Migration, Migration in Turkey: A Country Profile, 2008; S. 19

entscheidenden Einfluss auf die Steuerung der Migrationsbewegungen hätten nehmen können, dennoch vollzogen sich diese in Richtung einiger weniger Zielländer. Es zeigt sich auch in Bezug auf diese drei Ursprungsländer, dass Asylsuchende durchaus in der Lage sein können, ihre Flucht so zu organisieren, dass sie bestimmte Zielländer erreichen.

Wie stellt sich die Verteilung von Staatsangehörigen aus den vier Ursprungsländern nun im Detail dar? Im Jahr 2011 lebten rund 1,73 Millionen der insgesamt 2,3 Millionen türkischen Staatsangehörigen in der EU in Deutschland. Diese Zahl entsprach 77,9% aller für dieses Jahr in der EU registrierten türkischen Migrant/innen und lag rund acht Mal über der geschätzten Zahl türkischer Staatsangehöriger in Frankreich (rund 220.000 oder 9,9%) und rund fünfzehn Mal über dem Wert für Österreich (rund 112.000 oder 5,0%), den beiden folgenden Hauptzielländern in Europa. Die Niederlande (rund 88.000 oder 4,0%) und das Vereinigte Königreich (geschätzte 46.000 oder 2,1%) wiesen ebenfalls signifikante türkische Communities auf. Im Vergleich zum Jahr 2001 sank die Gesamtzahl türkischer Staatsangehöriger um rund 343.000 oder 12%. Hauptverantwortlich dafür war der Rückgang in Deutschland, das 2011 um rund 266.000 weniger türkische Staatsangehörige zählte als noch 1998. In Österreich, ebenfalls einem traditionellen Zielland der Gastarbeitermigration, verringerte sich diese Zahl um rund 15.000 oder 12%. Dabei müssen allerdings auch die Einbürgerungen berücksichtigt werden. Die Zahl der Personen mit „Geburtsland Türkei“ lag in Österreich im Jahr 2010 mit insgesamt rund 160.000 deutlich über der Zahl von Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit, die die Eurostat Datenbank für Österreich ausweist. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die verfügbaren Zahlen zur Aufenthaltsdauer von Türk/innen in Deutschland. Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 24 Jahre, rund 58% aller türkischen Staatsangehörigen hatten sich in diesem Jahr bereits 20 Jahre oder länger in Deutschland aufgehalten.²¹ Die negativen Trends der letzten Jahre zusammen mit der Aufenthaltsdauer und der demographischen Entwicklung der Community lassen jedenfalls einen weiteren Rückgang des Bestandes türkischer Staatsangehöriger in der EU erwarten.

²¹ BAMF 2011, S. 108

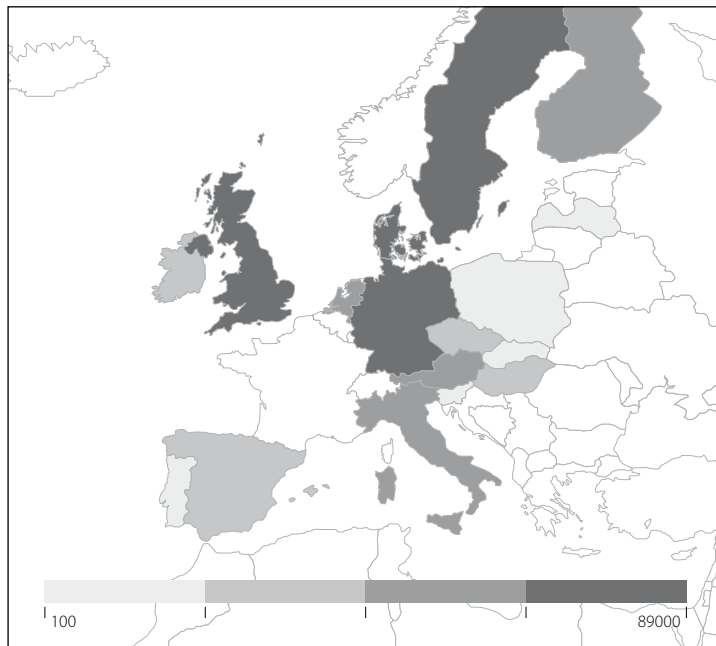
Abbildung 4: Hauptzielländer türkischer Migrant/innen in der EU



Die irakische Community innerhalb der EU konzentriert sich vor allem auf zwei Hauptzielländer: Deutschland und Schweden. 2011 lebten insgesamt rund 211.000 irakische Staatsangehörige in der EU, Deutschland registrierte insgesamt rund 89.000 (oder 42,2%) und Schweden rund 57.000 (oder 26,8%). Darauf folgten das Vereinigte Königreich mit rund 31.000 (14,7%) Dänemark mit rund 16.500 (oder 9,1%) und die Niederlande bzw. Finnland mit jeweils rund 5.000 (2,7%). Wiederum bestätigt sich ein eindeutiger Konzentrationstrend. In Deutschland und Schweden hat sich die irakische Bevölkerung zwischen 1998 und 2011 jeweils mehr als verdoppelt (von rund 40.000 auf rund 89.000 bzw. von rund 25.000 auf 57.000). In Dänemark betrug dieser Anstieg immerhin noch 76,9% (von rund 9.000 auf rund 16.500). Insgesamt wuchs die irakische Community in der EU zwischen 1998 und 2011 um rund 63% von rund 96.000 auf 211.000. Wie bereits ausgeführt ist irakische Migration im europäischen Kontext überwiegend auf Flucht bzw. Asyl zurückzuführen. Die Bevölkerungsbestandszahlen umfassen in der Regel auch diese Migrant/innen, zumindest sobald sie einen Status im Zielland erworben

haben. Bestandszahlen folgen Immigrations- bzw. Asylzahlen mit einer gewissen Verzögerung, im Falle irakischer Migration sind das etwa die Jahre 2002/2003 und 2008/2009, wo die irakischen Bevölkerungsbestände jeweils sprunghaft ansteigen. Hier ist ein eindeutiger, zeitlich verzögerter Zusammenhang mit vorhergehenden Fluchtbewegungen anzunehmen.

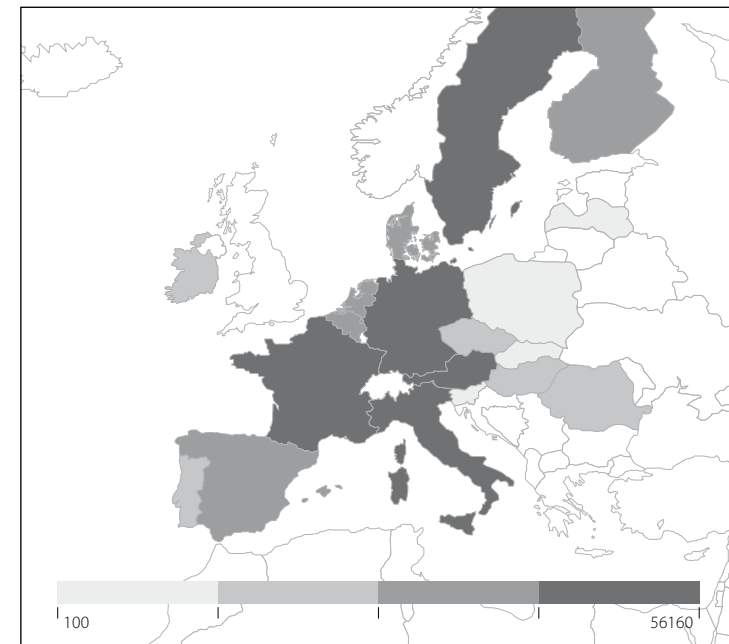
Abbildung 5: Hauptzielländer irakischer Migrant/innen in der EU



Ein enger Zusammenhang zwischen Asyl- und Bestandszahlen ist auch für die iranische Community innerhalb der EU festzustellen. Diejenigen Staaten, die in der Vergangenheit die Hauptzielländer von iranischen Asylerwerber/innen waren, stellen gleichzeitig auch die EU-Mitgliedsstaaten mit den zahlenmäßig größten iranischen Communities. Mit insgesamt rund 56.100 Personen lebten 37,7% der insgesamt für das Jahr 2011 errechneten Zahl iranischer Staatsangehöriger in Deutschland, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit rund 36.000 (oder 24,2% – Wert für 2009), Schweden mit rund 13.500 (9,1%), Frankreich mit rund 8.100 (5,5%), Italien mit rund 7.400 (5,0%) und Österreich mit rund 5.900 (4,0%). Para-

doxerweise ist die statistisch erfasste Gesamtzahl iranischer Staatsangehöriger zwischen 2003 und 2011 um 10,4% zurückgegangen und das obwohl die Zahl der jährlichen Neuzuzüge und Asylanträge über diesen Zeitraum im Steigen begriffen war. Verantwortlich dafür ist vor allem der Rückgang des für Deutschland gemeldeten Bestands iranischer Staatsangehöriger über diesen Zeitraum (minus 32.500 oder minus 36,7%). Es ist davon auszugehen, dass dieser Rückgang auf geänderte Erfassungsmethoden bzw. auch auf Einbürgerungen zurückzuführen ist und weniger auf groß angelegte Rückkehr in den Iran.

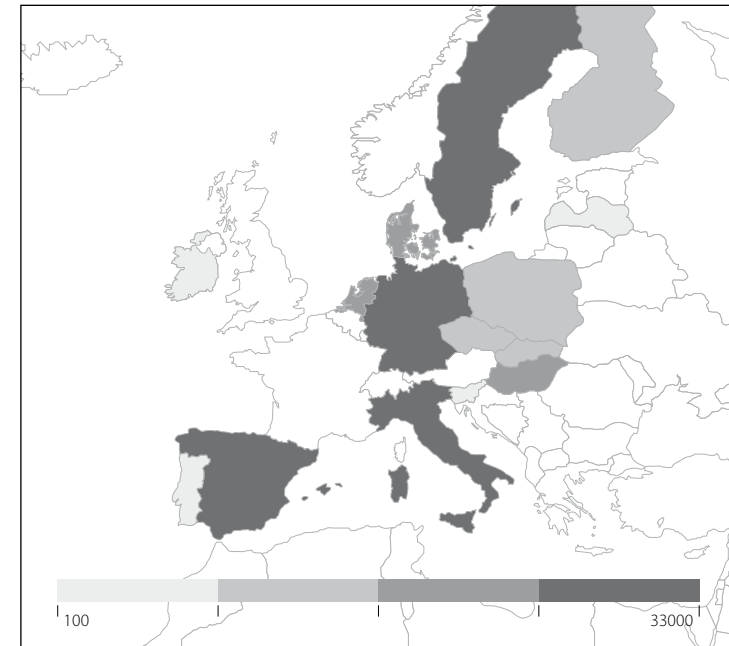
Abbildung 6: Hauptzielländer iranischer Migrant/innen in der EU



Die syrische Bevölkerung stieg innerhalb der EU zwischen 1998 und 2011 um rund 69% und damit am stärksten von allen untersuchten Ursprungsländern, in absoluten Zahlen verlief die Entwicklung aber auf einem wesentlich geringeren Niveau. Zwischen 1998 und 2011 erhöhte sich die syrische Gesamtbevölkerung in der EU von rund 31.000 auf rund 52.500. Syrische Migration konzentriert sich vor allem auf ein Zielland, nämlich Deutschland. Mit insgesamt rund 33.000 registrierten

Personen lebten 2011 63,1% aller Syrer/innen innerhalb der EU in Deutschland. Hier lag der relative Zuwachs zwischen 2008 und 2011 mit 52,2% zwar unter dem EU-Schnitt, da Deutschland aber immer schon das wichtigste Zielland syrischer Migration gewesen ist, war der Anstieg in absoluten Zahlen dennoch am größten. Schweden und Italien beheimateten 2011 jeweils rund 4.000 Syrer/innen (7,8%), Spanien rund 2.500 (4,8%) und Dänemark rund 1.300 (2,5%). Der Anstieg der syrischen Bevölkerung innerhalb der EU erfolgte bis in die jüngste Vergangenheit sehr kontinuierlich, war eng mit Fluchtbewegungen aus dem Land verbunden und bewegte sich, wenn man von der beachtlichen Community in Deutschland absieht, auf einem zahlenmäßig wenig signifikanten Niveau. Da Bestandszahlen ausländischer Bevölkerung den Trends in Zuwanderung und Asylanträgen immer mit einer gewissen Verzögerung folgen, ist es im Moment noch zu früh abzuschätzen, ob sich die bisher beobachteten Trends hinsichtlich syrischer Migration in der Zukunft fortsetzen oder verändern werden. Die enge Verknüpfung zwischen Zuwanderung und Asyl im Zusammenhang mit den jeweiligen Verlaufskurven wurde bereits angesprochen, sollte sich die Lage in Syrien nicht verbessern bzw. weiter verschlechtern, so ist mittel- bis längerfristig ein deutlicherer Anstieg syrischer Zuwanderung nach Europa zu erwarten, als er in der Vergangenheit beobachtet werden konnte. Der deutliche Anstieg der Asylanträge, die von syrischen Staatsangehörigen im ersten Halbjahr 2012 in EU-Mitgliedsstaaten gestellt wurden, würde eine solche These zumindest vorläufig unterstützen.

Abbildung 7: Hauptzielländer syrischer Migrant/innen in der EU



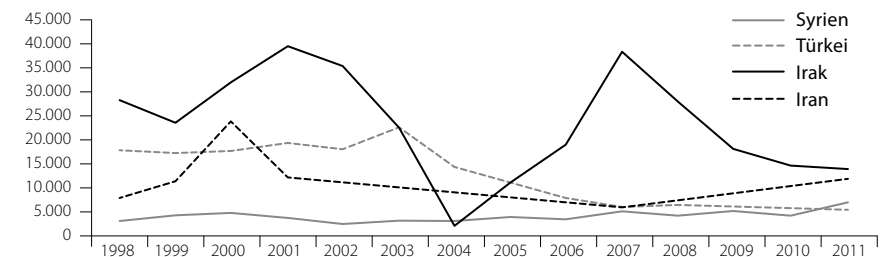
2.6 Fluchtbewegungen aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU

Für das Jahr 2011 verzeichnete das Statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, eine Gesamtzahl von 303.105 Asylanträgen, die in den Ländern der EU-27 gestellt wurden. Gegenüber 2010 bedeutete das einen Anstieg um rund 16%. Mit 26.159 Anträgen (8,6% aller Anträge) war Afghanistan 2011 das wichtigste Herkunftsland von Asylsuchenden in Europa. Serbische Anträge rangierten auf dem zweiten Platz mit einer Gesamtzahl von 19.072 (6,3% aller Anträge), gefolgt von Antragsteller/innen aus der Russischen Föderation mit 15.045 Anträgen (5,0% aller Anträge), Pakistan mit 14.386 Anträgen (4,7% aller Anträge) und dem Irak mit 13.623 Anträgen (4,5% aller Anträge). Der Iran folgte mit insgesamt 10.789 Anträgen (3,9%) direkt dahinter, Syrien rangierte mit insgesamt 6.725 Anträgen (2,2%) auf Platz 10 der Antragsstatistik, die Türkei mit 5.376 Anträgen (1,8%) auf Rang 15. Anträge aus dem Irak wiesen im Vergleich zu 2010 einen negativen Trend auf (- 6%),

Anträge aus der Türkei entwickelten sich leicht positiv (+ 1%), Anträge aus dem Irak positiv (+ 16%), einen starken relativen Anstieg gegenüber dem Vorjahr wiesen Anträge aus Syrien auf (+ 59%), wobei der Anstieg in absoluten Zahlen (+ 2.497 Anträge) nicht zu den Spitzenwerten innerhalb der EU zählte (etwa im Vergleich zu Anträgen von afghanischen Staatsangehörigen, die ein Plus von 6.717 Anträgen aufwiesen). Das erste Halbjahr 2012 zeigte aber einen sich weiter verstärkenden Trend, was die Asylanträge syrischer Staatsangehöriger betraf. Mit einer Gesamtzahl von 5.237 Anträgen lag der Halbjahreswert 2012 beinahe so hoch wie die Gesamtjahreszahl 2012 und um 111% höher als der Halbjahreswert 2012.²²

Betrachtet man längerfristige Entwicklungen, weisen die Türkei und der Irak allerdings eindeutig negative Trends auf, was die jährlichen Asylantragszahlen innerhalb der EU betrifft (siehe Abbildung 8). Erstanträge türkischer Staatsangehöriger gingen zwischen 1998 und 2011 um 69,7% zurück, jene irakischer Staatsangehöriger um 51,1%. Während es sich dabei bei den türkischen Anträgen um eine vergleichsweise stabile Entwicklung handelt, in deren Verlauf die entsprechenden Werte seit 2004 kontinuierlich sinken, waren irakische Asylanträge wesentlich stärkeren Schwankungen unterworfen. Die Jahre 2000/2001 und 2007/2008 zeigten jeweils einen sprunghaften Anstieg in den Antragszahlen. Wie bereits ausgeführt standen diese Ausschläge in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Verschärfung der Sicherheitslage im Irak bzw. mit zeitlich verzögerten Fluchtbewegungen als Reaktion auf diese. Eine Entspannung der Situation im Irak fand dann wiederum ihren Niederschlag in einem Rückgang der Antragszahlen. Iranische Asylanträge verzeichneten ihren absoluten Höchststand im Jahr 2000. Danach sanken sie stark ab. In den letzten beiden Jahren war jedoch wieder ein eindeutiger Anstieg zu verzeichnen. Antragszahlen syrischer Staatsangehöriger bewegten sich lange stabil auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Sie stiegen erstmals 2006/2007 deutlich an, um nach einem kurzen Rückgang ab 2010 wieder deutlich zu steigen. Insgesamt stiegen sie zwischen 1998 und 2011 um rund 123%. Aufgrund der Verschärfung der Sicherheitslage in Syrien ist davon auszugehen, dass syrische Antragszahlen auch in Zukunft steigen werden.

Abbildung 8: Asylanträge aus Syrien, Irak, Iran und Türkei in die EU 1998 bis 2011



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der Eurostat Datenbank und der Datenbank des UNHCR²³

Die Hauptzielländer syrischer Asylantragsteller/innen waren 2011 Deutschland mit mehr als der Hälfte aller Anträge, gefolgt von Belgien, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Dänemark und Österreich, auf die jeweils weniger als 10% der Gesamtanträge entfielen. Irakische Staatsangehörige stellten ihre Anträge vor allem in Deutschland (etwas weniger als die Hälfte aller Anträge), Belgien und den Niederlanden mit jeweils rund 15%, Schweden mit rund 12% und Finnland mit rund 4%. Iranische Anträge erfolgten vor allem in Deutschland (rund 32% aller Anträge innerhalb der EU), dem Vereinigten Königreich (rund 27% aller Anträge), den Niederlanden und Schweden (jeweils rund 10%) und Belgien (rund 4%). Türkische Staatsangehörige stellten ihre Anträge vor allem in Frankreich mit etwas mehr als einem Drittel aller Anträge. Es folgen Deutschland mit etwas weniger als 30%, Italien, Belgien und Österreich mit jeweils 6% bis 10%. Wie im Bereich der Zuwanderung konzentrierte sich auch die Fluchtbewegung aus den vier untersuchten Ländern auf einige wenige Zielländer innerhalb der EU. Die entsprechenden Werte bewegten sich zwischen rund 80% (Syrien, Türkei) und 90% (Irak). Wichtige Zielländer verloren dabei in den letzten Jahren an Bedeutung. In Deutschland reduzierte sich so zum Beispiel die Zahl türkischer Antragsteller/innen zwischen 1998 und 2011 um rund 85%, in den Niederlanden jene irakischer Staatsangehöriger um rund 82%. Im Rahmen dieser rein statistischen Betrachtung soll über die Gründe für einen solch signifikanten Rückgang in bestimmten Zielländern nicht spekuliert werden, es soll

²² UNHCR: Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries, First Half 2012: Statistical overview of asylum applications lodged in Europe and selected non-European countries, <http://www.unhcr.org/507c000e9.html> (Zugriff am 6. November 2012)

²³ Eurostat: Eurostat Datenbank International Migration and Asylum; <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>

UNHCR: Asylum Levels and Trends in Industrialized Countries, Statistical overview of asylum applications lodged in Europe and selected non-European countries, 2012

lediglich darauf hingewiesen werden, dass bei Entwicklungen im Asylbereich gesamteuropäische Zahlen nur bedingt aussagekräftig sind und auf Grund des allgemein hohen Konzentrationsgrades von Asylanträgen die Entwicklungen und ihre Ursachen innerhalb der Hauptzielländer genauer betrachtet werden müssen.

Bei allen vier Ursprungsländern ist festzustellen, dass es sich bei Fluchtbewegungen in die EU um eine überwiegend „männliche“ Migrationsform handelte. Dieser Umstand bewegte sich innerhalb eines allgemeinen Trends, Fluchtbewegungen in die EU betraf 2011 ganz allgemein vorwiegend Männer, rund 68% aller Anträge wurden von Männern gestellt. Syrische Asylzahlen lagen mit 69% Männeranteil leicht über diesem Trend, irakische Asylzahlen mit rund 64% leicht darunter. Iranische Asylzahlen waren nur zu 55% männlich, ein zumindest indirekter Hinweis auf die besondere Bedeutung von Familienmigration im iranischen Kontext. Türkische Asylzahlen waren mit einem Anteil von 78% wesentlich deutlicher männlich geprägt. Dafür lag der Wert minderjähriger Antragstellerinnen bzw. Antragsteller bis 18 Jahren im Falle der Türkei mit 16,2% und des Iran mit 17,1% deutlich niedriger als im Falle Syriens (29,2%) bzw. des Irak (29,3%). Die Zahl der Asylanträge sagt noch nichts über die tatsächliche Anerkennung des Flüchtlingsstatus in Bezug auf Antragsteller/innen aus einem bestimmten Herkunftsland aus.

2.7 Irreguläre Migration und Rückführungen

Das Ausmaß irregulärer Migration nach Europa lässt sich ebenso wenig präzise messen wie der Bestand irregulärer Migrant/innen auf dem Territorium europäischer Staaten. Entsprechende Schätzungen beruhen auf der Hochrechnung anderer Datensätze wie etwa Aufgriffszahlen an den Grenzen oder innerhalb der Territorien, Asylantragszahlen, Regularisierungsstatistiken, Statistiken zur illegalen Beschäftigung von Ausländer/innen etc. In der öffentlichen Diskussion werden regelmäßig spektakuläre Zahlen genannt, die einer näheren Betrachtung nur selten standhalten. Einigermaßen seriöse Schätzungen sprechen für das Jahr 2008 von einer wahrscheinlichen Gesamtzahl irregulärer Migrant/innen in der EU in der Größenordnung von 1,9 bis 2,8 Millionen Personen, was einem Anteil von 7% bis 13% an der gesamten ausländischen Bevölkerung entsprechen würde.²⁴ Dieser

Wert würde immer noch rund jeden zehnten ausländischen Staatsangehörigen in der EU betreffen und erscheint angesichts der großen Zahl von legal aufhältigen Staatsangehörigen recht hoch gegriffen.

Anteile im Bereich niedrigerer Schätzungen bezüglich irregulärer Migrant/innen (also um die 7%) erscheinen auch für syrische, irakische, iranische und türkische Staatsangehörige in Europa als plausibel, wenn man zu dieser Personengruppe alle Migrant/innen zählt, die von vornherein illegal eingereist sind oder nach erfolgter legaler Einreise illegal aufhältig sind, sei es, weil ein Asylantrag abgelehnt wurde oder andere Kriterien, die für den Erhalt eines Aufenthaltstitels nötig sind, nicht oder nicht mehr erfüllt werden. 2011 bestand für insgesamt 11.075 türkische Staatsangehörige eine aufrechte Ausweisung in einem EU-Mitgliedsstaat. Gegenüber 2008 hatte dieser Wert um über 30% abgenommen. Insgesamt 4.790 Rückführungen (bzw. erfasste freiwillige Ausreisen) wurden für 2011 registriert, was einer Rückkehrquote von 43,2% entsprach. Im Falle Syriens bestanden 2011 insgesamt 3.355 Ausweisungen (-8,2% im Vergleich zu 2008), die registrierten 1.180 Rückführungen (bzw. erfasste freiwillige Ausreisen) bedeuteten eine Rückkehrquote von 46,6%. 10.610 irakische Staatsangehörige waren im Jahr 2011 zur Ausreise aus einem EU-Mitgliedsstaat verpflichtet, was gegenüber 2008 einer Abnahme von 68,9% entsprach. Insgesamt wurden 2011 4.900 Rückführungen (bzw. erfasste freiwillige Ausreisen) irakischer Staatsangehöriger registriert, was einer Rückkehrquote von 46,6% entsprach. Im Falle des Iran lagen 2011 insgesamt 7.275 Ausweisungen vor, das waren um 2,3% weniger als im Jahr 2011. Rund 27,7% der Aufenthaltsverbote konnten auch tatsächlich durchgesetzt werden. Die verfügbaren Zahlen belegen einerseits, dass die Zahl von Personen aus Syrien, dem Irak und der Türkei, die zur Ausreise aus der EU verpflichtet waren, in den letzten Jahren zum Teil deutlich gesunken ist, andererseits, dass eine vergleichsweise hohe Zahl von Aufenthaltsverboten auch tatsächlich durchgesetzt wurde. Der Iran zeigt ein etwas anderes Bild: einerseits blieb das Niveau bezüglich verhängten Ausweisungen innerhalb eines EU-Mitgliedsstaates in den letzten Jahren einigermaßen stabil, andererseits war die Rückkehrquote deutlich geringer. Das lag aber vor allem daran, dass wichtige Zielländer Rückführungen in den Iran nicht durchführten bzw. durchführen konnten.

²⁴ Clandestino: Clandestino Project Final Report 23 November 2009, http://clandestino.eliamep.gr/wp-content/uploads/2010/03/clandestino-final-report_november-20091.pdf (Zugriff am 12. Mai 2012); S. 12

2.8 Die Situation in Österreich

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Artikel stellt Österreich im europäischen Vergleich hauptsächlich für türkische Immigrant/innen eine von jeher wichtige Destination dar. Nach Deutschland und Frankreich, wo allerdings auf Schätzungen bzw. Fortschreibungen früherer Zahlen zurückgegriffen werden muss, ist Österreich mit insgesamt rund 112.000 türkischen Staatsangehörigen das dritt-wichtigste Zielland türkischer Migration innerhalb der EU im Jahr 2011.²⁵ Die Zahl jener Personen, die in Österreich lebten und Geburtsland Türkei aufwiesen, lag mit insgesamt 158.891 Personen deutlich höher. In dieser Statistik lag die Türkei auf Rang drei hinter Deutschland (198.525 Personen) und Serbien (188.627 Personen). Der Iran lag mit insgesamt 13.611 im Iran geborenen Personen auf Rang 20 dieser Statistik, der Irak lag mit insgesamt 4.956 im Irak geborenen Personen, Syrien mit 1.716 in Syrien geborenen Personen lediglich auf Rang 31 bzw. Rang 46.²⁶ Wendet man das Kriterium „Bevölkerung ausländischer Herkunft“ an, d.h. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. im Ausland geborene Österreicher/innen, ergibt sich für die Türkei für das Jahr 2012 eine Gesamtzahl von 185.592. Diese Zahl beinhaltet auch die insgesamt 71.581 eingebürgerten Personen mit vorheriger türkischer Staatsangehörigkeit, die 38,6% der „Bevölkerung türkischer Herkunft“ in Österreich entspricht. Dieser Wert liegt leicht über dem Durchschnitt von 35,0% eingebürgerter Personen, die aus Drittstaaten stammen und sich im Jahr 2012 in Österreich aufhielten.²⁷

Die jährliche Neuzuwanderung aus Syrien und dem Irak bewegt sich gegenüber der Türkei auf deutlich niedrigerem Niveau. Im Falle des Irak hat die Neuzuwanderung seit 2001 kontinuierlich abgenommen, im Jahr 2011 wanderten nur noch 398 irakische Staatsangehörige neu nach Österreich zu. Türkische Neuzuwanderung nach Österreich ist ebenfalls rückläufig. Mit insgesamt 3.890 Personen wanderten 2011 weniger türkische Staatsangehörige nach Österreich zu als das 1998 der Fall gewesen war (5.909 Personen). Bezieht man die Fortzüge mit ein, ergab sich für 2011 gerade noch ein knapp positives Wanderungssaldo von 629 Perso-

nen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Iranische Neuzuwanderung nahm dagegen im letzten Jahrzehnt deutlich zu und lag im Jahr 2010 um rund 121% höher als im Jahr 1999. Sie bewegte sich allerdings auf ebenfalls geringem Niveau, was die absoluten Zahlen betrifft (2011: 1.358 Neuzuzüge).

Im Asylbereich stellt Österreich für keines der Ursprungsländer eine wichtige Destination dar. Von den insgesamt 14.416 in Österreich im Jahr 2011 gestellten Asylanträgen entfielen 484 auf irakische Antragsteller/innen (3,4% aller Anträge, Rang 5 in der Antragsstatistik), 457 auf iranische Antragsteller/innen (3,2% aller Anträge, Rang 7 in der Antragsstatistik), 422 auf syrische Antragsteller/innen (2,9% aller Anträge, Rang 9 in der Antragsstatistik) und 414 auf türkische Antragsteller/innen (2,8% aller Anträge, Rang 11 in der Antragsstatistik). Der Irak und die Türkei zeigen dabei in der jüngeren Vergangenheit ausgesprochen stabile Trends. Für die Türkei lag der Wert 2008 mit 417 Anträgen fast bei dem Wert von 2011 (414 Anträge), für den Irak galt ähnliches (2008: 490 Anträge, 2011: 484 Anträge). Bemerkenswert ist allerdings der Rückgang irakischer Anträge im Vergleich zum Jahr 1998. Dieser betrug rund 75% (1.965 Anträge auf 484 Anträge). Deutlich war auch der längerfristige Rückgang im Falle iranischer Anträge. Dieser betrug zwischen 1998 und 2011 rund 51% (950 Anträge auf 457 Anträge), wobei die Jahre 2010 und 2011 wieder leichte Anstiege aufwiesen. Ganz anders stellt sich der Trend im Falle von Anträgen syrischer Antragsteller/innen dar, dieser hat sich zwischen 2008 und 2011 mehr als verdreifacht (von 140 auf 422 Anträge²⁸). Im Vergleich zu anderen Ursprungsländern ist der Wert wie gezeigt noch immer sehr gering, angesichts der Lage in Syrien ist allerdings davon auszugehen, dass er in den nächsten Jahren nicht wesentlich zurückgehen bzw. sogar steigen wird. Das erste Halbjahr 2012 würde diese Vermutung bestätigen. Mit insgesamt 366 Anträgen innerhalb der ersten sechs Monate ist davon auszugehen, dass die Gesamtantragszahl 2012 doch deutlich über dem Wert 2011 liegen wird. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass die Zahl der syrischen Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Türkei, Libanon, Jordanien und Irak im Jahr 2012 dramatisch angestiegen ist, von geschätzten rund 35.000 im Herbst 2011 auf von UNHCR registrierten rund 300.000 im Herbst 2012. In welchem Ausmaß diese Personen versuchen werden, das Territorium der EU zu erreichen, ist nur schwer abzuschätzen. Da Österreich im Gegensatz zu

²⁵ Eurostat (2012): Eurostat Datenbank International Migration and Asylum, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>

²⁶ Statistik Austria (2012): migration & integration. zahlen. daten. indikatoren 2012, Statistik Austria 2012

²⁷ Statistik Austria (2012): migration & integration. zahlen. daten. indikatoren 2012, Statistik Austria 2012; S. 27

²⁸ BMI (2011): Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres, Asylstatistik 2011, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2011/Asylstatistik_2011.pdf; S. 6 (Zugriff am 12. Mai 2012)

Deutschland und Schweden keine bedeutende Destination für syrische Asylwerber/innen darstellt, ist davon auszugehen, dass es in Österreich in naher Zukunft zwar zu zunehmenden Antragszahlen aber dennoch nicht zu einem exponentiellen Anstieg von syrischen Asylanträgen kommen wird.

2.9 Zusammenfassung

Syrien, Irak, Iran und die Türkei unterscheiden sich wesentlich in Bezug auf ihre Migrationsgeschichte im europäischen Kontext bzw. hinsichtlich der Migrationsmuster, die diese Geschichte prägen. Zuwanderung vollzog sich zwar bei allen Ursprungsländern entlang der drei Migrationsmuster legale Zuwanderung, Flucht- bzw. Asyl und irreguläre Migration, das allerdings in völlig unterschiedlichen Größenordnungen und bei völlig unterschiedlicher Gewichtung der einzelnen Migrationstypen.

Türkische Migration nach Europa vollzog sich überwiegend als legale Migration (zunächst in Form von Arbeitsmigration, später in Form von Familienzusammenführung) bei signifikant geringeren Asylzahlen und geringerer irregulärer Migration. Insgesamt nahm die Neuzuwanderung aus der Türkei in die EU in den letzten Jahren kontinuierlich ab und die türkischen Bevölkerungsbestände innerhalb den EU-Mitgliedsstaaten verringerten sich ebenso. Asylanträge aus der Türkei spielen traditionell eine geringere Rolle und fallen heute – bezogen auf die türkische Gesamtmigration bzw. im Vergleich zu den anderen untersuchten Ländern – kaum noch ins Gewicht. Setzen sich die beobachteten Trends in der Zukunft fort, wovon auszugehen ist, wird die türkische Gesamtbevölkerung in der EU bei sinkenden Neuzuzügen und hohen Remigrationsraten in den nächsten Jahren kontinuierlich abnehmen. Auf Basis vergangener und gegenwärtiger Trends, der demographischen Entwicklung der türkischen Bevölkerung in der EU, den bereits zu beobachtenden Remigrationsraten und dem rasanten Wachstum der türkischen Wirtschaft ist ein deutlicher Zuwachs türkischer Binnenmigration auch nach einem möglichen EU-Beitritt des Landes nicht wirklich zu erwarten.

Irakische Migration war und ist überwiegend auf Flucht bzw. Asyl mit geringeren Anteilen an legaler und irregulärer Migration zurückzuführen. Asyl ist dabei von zahlenmäßig größerer Bedeutung als allgemeine Zuwanderung, die Verlaufs-

kurven der beiden Migrationsformen folgen dabei vergleichbaren jährlichen Entwicklungen und wiesen in den Jahren nach 2008 kontinuierlich negative Trends auf. Irakische Migration war im letzten Jahrzehnt sowohl im Bereich der Zuwanderung als auch im Bereich der Asylzahlen starken Schwankungen unterworfen. Die deutlichen Ausschläge standen immer in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Verschärfung der Sicherheitslage im Irak bzw. mit zeitlich verzögerten Fluchtbewegungen als Reaktion auf diese. Eine Entspannung der Situation im Irak fand dann wiederum ihren Niederschlag in einem Rückgang der allgemeinen Zuwanderung und der Asylantragszahlen. Diese wiesen in den letzten Jahren negative bzw. kontinuierliche Trends auf. Auf Basis vergangener Erfahrungen werden die jährlichen Zahlen mehr als alles andere von der konkreten Sicherheitssituation im Irak abhängen.

Auch im Falle des Iran spielen Asyl- und Fluchtbewegungen traditionell eine große Rolle, wobei der Aspekt der Familienzusammenführung deutlicher ausgeprägt ist als bei irakischen Asylsuchenden, ein Umstand der sich statistisch auch in den Zuwanderungsstatistiken niederschlägt. Ein enger Zusammenhang zwischen Wanderungsstatistiken und der politischen Situation im Iran lässt sich ebenfalls feststellen, die jeweiligen Ausschläge sind aber weniger signifikant als im Falle des Irak.

Syrische Migration bestätigt ebenfalls einen starken Zusammenhang zwischen Asyl und Zuwanderungszahlen. Im Gegensatz zu den anderen Ursprungsländern weisen beide Migrationsformen positive Trends auf, wenngleich auf einem wesentlich geringeren zahlenmäßigen Niveau. Zwischen 2010 und 2011 stiegen die Asylanträge syrischer Antragsteller/innen innerhalb der EU stark an. Die Gesamtantragszahlen sind zwar noch immer relativ gering, aber der Schluss liegt nahe, dass sie in den nächsten Jahren deutlich steigen werden, wenn sich die Sicherheitslage im Land nicht verbessert. Das erste Halbjahr 2012 bestätigt diesen Trend ganz eindeutig.

3.1 Einleitung

3.2 Historischer Abriss

3.3 Aktuelle Lage

3.4 Ausblick

3.1 Einleitung

In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich die Türkei zu einem international anerkannten Akteur, der seine Funktion als Brückenkopf zwischen West und Ost durch die Annäherung an die Europäische Union und die guten Beziehungen zu den benachbarten Ländern des Nahen Ostens festigen und sich als Regionalmacht etablieren konnte. Die geostrategische Lage der Türkei trägt sowohl wirtschaftlich als auch politisch zur zentralen Bedeutung in der Region bei. Aber auch aufgrund der derzeitigen Entwicklungen im Nahen Osten und der steigenden Anzahl syrischer Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern in der Türkei erscheint eine Analyse der aktuellen Situation des Landes von Bedeutung.

Eingangs werden die historischen Entwicklungen von der Gründung der Republik Türkei bis zu den Wahlen im Jahr 2002 dargestellt, wobei auch die Rolle der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in der Türkei berücksichtigt wird. Anschließend werden die aktuelle innenpolitische und wirtschaftliche Lage sowie die konfessionelle Situation im Land behandelt.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen in Syrien erscheint es notwendig auf die Situation der syrischen Flüchtlinge in den türkischen Flüchtlingslagern nahe der Grenze zu Syrien einzugehen. Hierbei werden, neben der Darstellung des

verfügbaren Zahlenmaterials, auch die Zustände in den Lagern sowie das aktuelle Verhältnis der Türkei zu Syrien beleuchtet.

Abschließend wird ein Ausblick auf die zukünftige Rolle der Türkei in der Region und in Europa gegeben.

3.2 Historischer Abriss

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde 1920 der Vertrag von Sèvres als Friedensvertrag zwischen den Siegermächten der Entente und dem Osmanischen Reich unterzeichnet. Inhalt des Vertrags war die Aufteilung des Gebiets der heutigen Türkei. Gegen diesen Vertrag, der vom türkischen Parlament nie ratifiziert wurde, regte sich der Widerstand der türkischen Unabhängigkeitsbewegung unter Mustafa Kemal (später Atatürk).¹

Atatürk schaffte es die Bevölkerung, unter Beteiligung der Kurd/innen, denen er die „Gleichberechtigung als Nation mit der türkischen“ versprach, zum militärischen Widerstand gegen die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu mobilisieren.² Da der Vertrag von Sèvres nicht haltbar war, wurde am 24. Juli 1923 der Vertrag von Lausanne beschlossen, der die heutigen Grenzen der Türkei bestätigte. Gemäß des Vertrags von Lausanne wird nur drei nicht-muslimischen Minderheiten ein Sonderstatus gewährt: der Armenisch-Apostolischen und Griechisch-Orthodoxen Kirche sowie der jüdischen Gemeinschaft.³ Die Kurd/innen oder andere ethnische Minderheiten wurden nicht als eigenständige Bevölkerungsgruppe berücksichtigt.⁴

¹ Freie Universität Berlin: Geschichte der Republik Türkei (1923-2004), 18.1.2005, <http://userpage.fu-berlin.de/~ulf/tuerkei.pdf>, Zugriff 14.05.2012/ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Geschichte – Das osmanische Reich, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/index.php>, Zugriff 14.05.2012

² Kooperation für den Frieden: Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention, Dossier II: Der türkisch-kurdische Konflikt, März 2007; <http://www.koop-frieden.de/dokumente/monitoring-dossier-2.pdf>, Zugriff 17.2.2011

³ GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 3 – Türkei, 2006

⁴ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Gesellschaft und Soziales – Religions- und Bevölkerungsgruppen, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/gesellschaft-soziales/religion-bevoelkerungsgruppen.php>, Zugriff 14.05.2012

Der Vertrag von Lausanne sah auch einen Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei vor, um Nationalitätenkonflikte in den neu entstehenden Nationalstaaten zu unterbinden. Klassifiziert wurden die Bevölkerungsgruppen auf Basis ihrer Religion. Christ/innen wurden als Griech/innen betrachtet und Muslim/innen als Türk/innen, ungeachtet ihrer jeweiligen Muttersprache. Der Großteil der zwangsweisen Umsiedlungen erfolgte 1924. Etwa 1,2 Millionen Griech/innen und 400.000 Türk/innen wurden umgesiedelt.⁵ Ebenfalls 1923 wurde die Republik ausgerufen und Mustafa Kemal Atatürk wurde zum ersten Präsidenten des Landes ernannt, was er bis zu seinem Tod im Jahre 1938 blieb.⁶ Die von ihm gegründete „Republikanische Volkspartei“ (CHP) ist bis heute, wenn auch mittlerweile nur mehr als Oppositionspartei, im Parlament vertreten.⁷

Die sozialen, politischen, linguistischen und ökonomischen Reformen Atatürks in den Jahren 1924 bis 1934 bildeten die ideologische Basis der modernen Türkei⁸ und werden nach ihrem Begründer als Kemalismus bezeichnet. Der Kemalismus umfasst die „sechs Pfeiler“ Nationalismus, Republikanismus, Revolutionismus bzw. Reformismus, Volkswohl, Etatismus und Laizismus, wobei der Laizismus – die Trennung von Kirche und Staat – das wohl wesentlichste Grundprinzip darstellt.⁹ In diesem Sinne wurde zum Beispiel das Kalifat als Regierungsform abgeschafft.¹⁰ Atatürk verordnete westlichen Kleidungsstil, das Zivilrecht der Schweiz wurde übernommen und der Islam als Staatsreligion aus der Verfassung gestrichen.¹¹ 1928 wurde das arabische Alphabet durch das „türkische Alphabet“, basierend auf

⁵ Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, C.H.Beck, 5. Auflage 2010, S. 39/Focus Migration: Türkei, ohne Datum, <http://focus-migration.hwwi.de/index.php?id=1234&L=0>, Zugriff 21.05.2012/Sueddeutsche: Vertreibung als europäische Jahrhundertfrage, 21.11.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-idee-ethnisch-reiner-staaten-vertreibung-als-europaeische-jahrhundertfrage-1.1195237>, Zugriff 21.05.2012

⁶ BBC History: Kemal Atatürk (1881-1938), ohne Datum, http://www.bbc.co.uk/history/historic_figures/ataturk_kemal.shtml, Zugriff 25.04.2012

⁷ Langanger, Simone: ÖfL Länderinformation Nr. 11: Türkei, Juni 2011, S. 8

⁸ USDOS: Background Note: Turkey, 20.03.2012, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm>, Zugriff 30.04.2012

⁹ Agai, Bekim: Islam und Kemalismus in der Türkei, in: Politik und Zeitgeschichte (B 33-34/2004), http://www.bpb.de/publikationen/HW3V8L,1,0,Islam_und_Kemalismus_in_der_T%FCrkei.html#art1, Zugriff 15.05.2012

¹⁰ USDOS – Background Note: Turkey, 20.03.2012, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm>, Zugriff 30.04.2012

¹¹ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Geschichte – Die türkische Republik unter Mustafa Kemal, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/republik.php>, Zugriff 14.05.2012

dem lateinischen, ersetzt.¹² Als weitere wesentliche Reform sei das aktive sowie passive Wahlrecht für Frauen genannt, das diese im Jahr 1934 erhielten.¹³

Seit den Verdiensten des Militärs im Kampf um die Unabhängigkeit der Türkei unter der Führung von Mustafa Kemal, gilt die Armee als Wächterin der kemalistischen Prinzipien und somit auch als wichtiger Teil des türkischen Nationalverständnisses. Auch Atatürks Partei die „Republikanische Volkspartei“ (CHP) selbst, die von 1923 bis 1950 in einem Einparteiensystem an der Macht war, hat ihre Wurzeln in militärischen Führungskreisen.¹⁴

Nach dem Tod Atatürks am 10. November 1938¹⁵ und dem Übergang auf das Mehrparteiensystem nach dem zweiten Weltkrieg war die türkische Politik von Instabilität und zahlreichen Regierungswechseln geprägt (zwischen 1923 und 2007 hatte die Türkei 60 Regierungen). Nicht nur innenpolitische Krisen führten zur Ausrufung von Neuwahlen, dreimal übernahm auch das Militär mittels Putsch die Macht (1960, 1971 und 1980). Nach 1980 kam es zwar zu keinen militärischen Staatsstreich mehr, das Militär erwies sich in politischen Krisen jedoch als Streitschlichter, weshalb weite Teile der Bevölkerung es nach wie vor als Garant für innere Stabilität betrachteten.¹⁶ So forderte das Militär 1997 den damaligen, islamistisch orientierten Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan in einem sogenannten „weichen Putsch“ zum Rücktritt auf.¹⁷

Die türkische Verfassung aus dem Jahr 1982, welche von der Militärregierung des Putsches von 1980 verabschiedet wurde, beansprucht, wenn auch mit zahlreichen Änderungen, bis heute Gültigkeit in der Türkei.¹⁸ Mittlerweile wird an einer neuen Verfassung gearbeitet.¹⁹

Seit einem Erdrutschsieg bei den Parlamentswahlen 2002 führt Premierminister Recep Tayyip Erdogan mit seiner „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP) die Regierung und führte zahlreiche Reformen – unter anderem die erwähnte Neugestaltung der türkischen Verfassung – durch.²⁰

Die PKK

Ende der 1970er Jahre entstanden im angespannten Klima der schlechten wirtschaftlichen Lage zahlreiche links- und rechtsextreme Gruppierungen, unter anderem auch die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) Abdullah Öcalans mit ihrer marxistisch-leninistisch ausgerichteten Ideologie, die die Unabhängigkeit Kurdistans zu ihrem Ziel erklärte, und auch bereit war, dieses mit Hilfe terroristischer Aktionen zu erreichen.²¹ Seit 1984 richteten sich Anschläge der PKK gegen türkische Sicherheitskräfte, Zivilist/innen und auch ganze Dorfgemeinden.²² Neben ökonomischen Faktoren spielte auch die Verweigerung des Rechtsstatus für die kurdische Minderheit eine wesentliche Rolle in dem Konflikt.²³ Bereits zwischen 1925 und 1938 waren, nachdem es im Zuge der Türkifizierungspolitik der Regierung zu

¹² CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Gesellschaft und Soziales – Bildungssystem, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/gesellschaft-soziales/bildungssystem.php>, Zugriff 14.05.2012

¹³ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Geschichte – Die türkische Republik unter Mustafa Kemal, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/republik.php>, Zugriff 14.05.2012

¹⁴ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Militär, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/militaer.php>, Zugriff 14.05.2012

¹⁵ BBC History: Kemal Atatürk (1881-1938), ohne Datum, http://www.bbc.co.uk/history/historic_figures/ataturk_kemal.shtml, Zugriff 25.04.2012

¹⁶ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung am LMU München: Geschichte – Die Türkei nach der Ära Atatürk, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/nach-ataturk.php>, Zugriff 14.05.2012

¹⁷ Sezer, Esra: Das türkische Militär und der EU-Beitritt der Türkei, in: Politik und Zeitgeschichte APuZ 43/2007; http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=NE6V8C&page=5, Zugriff 14.05.2012

¹⁸ Aydin, Öykü Didem (KAS): Die neue Verfassung der Türkei: Zwischen Skepsis und Hoffnung, 25.04.2012, http://www.kas.de/wf/doc/kas_30858-1522-1-30.pdf?120426131025, Zugriff 15.05.2012

¹⁹ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/TuerkeiInnenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

²⁰ Agai, Bekim: Islam und Kemalismus in der Türkei, in: Politik und Zeitgeschichte (B 33-34/2004), http://www.bpb.de/publikationen/HW3V8L,1,0,Islam_und_Kemalismus_in_der_T%FCrkei.html#art1, Zugriff 15.05.2012

²¹ Stock, Franziska: Universität Hamburg Fachbereich Sozialwissenschaften, Türken (Kurden), ohne Datum; http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/159_tuerkei.htm, Zugriff 15.05.2012/ Zbinden, Martin: Geschichte und Politik der PKK, ohne Datum; <http://www.medienheft.ch/kurdenkonflikt/1pkk.htm>, Zugriff 15.05.2012

²² CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Gesellschaft und Soziales – Religions- und Bevölkerungsgruppen, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/gesellschaft-soziales/religion-bevoelkerungsgruppen.php>, Zugriff 14.05.2012

²³ Langanger, Simone: ÖIF Länderinformation Nr. 11: Türkei, Juni 2011, S.12

Umsiedelungen, einem Verbot der kurdischen Sprache und kurdischer Namen gekommen war, mehrere Aufstände der Kurd/innen gegen die Unterdrückung ihrer kulturellen Eigenständigkeit gewaltsam niedergeschlagen worden.²⁴

In den 1990er Jahren erreichte der bewaffnete Konflikt zwischen der türkischen Armee und der PKK seinen Höhepunkt. 1992 schaffte es die PKK im Südosten der Türkei Parallelverwaltungen einzurichten, die von der türkischen Regierung mit aller Härte bekämpft wurden.²⁵ Ebenfalls dem Kampf gegen die PKK diene die Einführung eines Systems von Dorfschützern (*koruculuk sistemi*), deren Aufgabe es war die Zivilbevölkerung zu beschützen. Allerdings wird den Dorfschützern selbst die Beteiligung an Amtsmissbrauch, Verbrechen und organisierter Kriminalität vorgeworfen.²⁶

Es wird davon ausgegangen, dass der Konflikt über 42.000 Menschen das Leben kostete²⁷ und zur Vertreibung einer Million Menschen aus ihren Dörfern führte.²⁸ Nachdem Abdullah Öcalan 1999 in Kenia verhaftet wurde, sitzt er seitdem auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft.²⁹ Bis zum Jahr 2004 kam es zu einem merklichen Rückgang des Terrors, der seither aber wieder erstarkt, sodass es bis heute zu Anschlägen der PKK und ihrer Splittergruppen kommt.³⁰

Vor allem im Südosten der Türkei kommt es seit Juli 2011 wieder verstärkt zu Anschlägen der PKK, wobei in einer Erklärung der TAK („Freiheitsfalken Kurdistan“), einer der PKK nahestehenden Organisation, verkündet wird, dass auch auf Tourist/

²⁴ Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, C.H.Beck, 5. Auflage München 2010, S. 106/Pfeiffer, Christoph: Die Türkei auf dem Weg nach Europa: Reformbestrebungen zwischen Islam und Kemalismus, Grin Verlag, Norderstedt 2008, S. 21/Internationale Krisen und Konflikte: Türkei, März 2009, <http://internationale-konflikte.de/tuerkei.htm>, Zugriff 21.05.2012

²⁵ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Gesellschaft und Soziales – Religions- und Bevölkerungsgruppen, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/gesellschaft-soziales/religion-bevoelkerungsgruppen.php>, Zugriff 14.05.2012

²⁶ Langanger, Simone: ÖF Länderinformation Nr. 12 – Minderheiten in der Türkei: Die Kurden, Juli 2011, S. 8

²⁷ Spiegel Online: Türkei und PKK-Chef Öcalan verhandeln über Frieden, 02.11.2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726638,00.html>, Zugriff 15.05.2012

²⁸ Gülzedere, Ekrem Eddy: Die «kurdische Initiative» – ein Scherbenhaufen, 29.7.2010; http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/die_kurdische_initiative__ein_scherbenhaufen_1.6962457.html, Zugriff 15.05.2012

²⁹ Spiegel Online: Türkei und PKK-Chef Öcalan verhandeln über Frieden, 02.11.2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726638,00.html>, Zugriff 15.05.2012

³⁰ Langanger, Simone: ÖF Länderinformation Nr. 11: Türkei, Juni 2011, S. 8

innen und Zivilist/innen keine Rücksicht genommen werde. Zuletzt wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Polizeibus in Istanbul am 1. März 2012 mindestens 15 Polizist/innen und ein Passant verletzt.³¹ Im Sommer 2012 kam es zu mehreren Gefechten zwischen der PKK und dem Militär im kurdisch dominierten Südosten des Landes.

3.3 Aktuelle Lage

Die Verfassung von 1982 bestimmt, dass es sich bei der Türkei um eine demokratische, laizistische, soziale und rechtsstaatliche Republik handelt, deren Oberhaupt der Staatspräsident ist. Die Regierungsgeschäfte werden vom Ministerrat, bestehend aus dem Ministerpräsidenten und den von ihm bestimmten Minister/innen, geführt.³²

2007 wurde Abdullah Gül von der AKP, entgegen den Wünschen säkularer Generäle der Armee, vom Parlament zum Präsidenten gewählt.³³ Nach einer Verfassungsänderung im Oktober 2007 wird der Präsident in Zukunft allerdings vom Volk direkt gewählt werden. Ebenfalls geändert wurde die Amtszeit des Präsidenten, die von sieben auf fünf Jahre reduziert wurde.³⁴

Die Türkei ist ein zentralistisch organisierter Staat mit 81 Provinzen, die wiederum in Landkreise unterteilt sind, denen ein Gouverneur vorsteht. Die „Große Türkische Nationalversammlung“, das Parlament, wird für vier Jahre mit Mehrheitswahlrecht gewählt, wobei eine Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament besteht.³⁵

³¹ Auswärtiges Amt: Reise- und Sicherheitshinweise, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/TuerkeiSicherheit.html>, Zugriff 30.04.2012

³² Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/TuerkeiInnenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

³³ BBC News: Turkey country profile, 22.03.2012, http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1022222.stm, Zugriff 14.05.2012

³⁴ USDOS – Background Note: Turkey, 20.03.2012, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm>, Zugriff 30.04.2012

³⁵ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/TuerkeiInnenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

Bei den letzten Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 erreichte die konservative AKP mit 49,8% der Stimmen 327 der 550 Parlamentssitze und verfügt somit über eine absolute Mehrheit.³⁶ Infolgedessen wurde Recep Tayyip Erdogan zum dritten Mal in Folge Premierminister einer Einparteienregierung.³⁷ Die pro-kurdische „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP), welche aufgrund des Verbots der Vorgängerpartei „Partei der demokratischen Gesellschaft“ (DTP) durch das Verfassungsgericht im Dezember 2009 bei den Wahlen kandidierte³⁸, konnte mit 36 Abgeordneten ins Parlament einziehen.³⁹

Das angespannte Verhältnis zwischen der AKP-Regierung, der von säkularen Kreisen in Verwaltung und Militär eine schleichende Islamisierung vorgeworfen wird, und der Armee, die sich als Hüterin des Säkularismus und Kemalismus in der Türkei versteht,⁴⁰ zeigt sich auch in der Anklage hochrangiger Militärs für ihre Beteiligung an einem geplanten Umsturz durch die Geheimorganisation *Ergenekon*.⁴¹

Einer Schätzung aus dem Jahr 2008 zufolge besteht die Bevölkerung der Türkei zu 70 bis 75% aus Türk/innen, 18% Kurd/innen und 7 bis 12% sind Angehörige anderer ethnischer Minderheiten.⁴² Gemäß Verfassung werden alle Staatsbürger/innen als gleichberechtigte Individuen und nicht als Angehörige ethnischer Gruppen anerkannt, um das Auseinanderbrechen des zentralistischen Einheitsstaates durch die Anerkennung ethnischer Unterschiede zu verhindern.⁴³ Im Zuge seines Projekts „Demokratische Öffnung“ versuchte Erdogan 2009 trotz massiven Widerstands des Parlaments den Konflikt zwischen Türk/innen und Kurd/innen zu beenden.

den. Ziel der Initiative ist die Ausweitung der kulturellen und politischen Rechte der Kurd/innen, etwa der Gebrauch der kurdischen Sprache. Aber auch die Isolationshaft des seit 1999 inhaftierten Abdullah Öcalans wurde gelockert.⁴⁴ Infolge des Verbots der DTP im Dezember 2009 kam dieser Prozess der demokratischen Öffnung allerdings beinahe zum Stillstand.⁴⁵

Trotz des anhaltenden Konflikts mit der PKK und Gruppierungen, die dieser nahestehen, geht die Türkei den Weg der Annäherung an Europa weiter und nahm auch mit zahlreichen Reformpaketen seit August 2002 die in der EU-Beitrittspartnerschaft aufgelisteten Prioritäten, wie unter anderem etwa die Abschaffung der Todesstrafe, die Stärkung der zivilen Kontrolle über das Militär oder die Beendigung der Diskriminierung der Frauen in Angriff.⁴⁶ Bei einem Referendum im Jahr 2010 sprachen sich etwa 58% der Türk/innen für eine Verfassungsänderung aus, die einige der Prioritäten der Beitrittspartnerschaft umsetzt und im Oktober 2011 wurde mit der Erstellung einer neuen Verfassung mit Fokus auf die Grundrechte des Einzelnen begonnen, wodurch ein weiterer Beitrag zur Demokratisierung und Modernisierung der Türkei geleistet werden soll. Der planmäßige Abschluss des Projekts sollte mit der Verabschiedung des neuen Verfassungstextes erfolgen.⁴⁷ Das angespannte Verhältnis der Türkei zum EU-Mitgliedsstaat Zypern, aufgrund der türkischen Weigerung den international anerkannten EU-Mitgliedsstaat anzuerkennen⁴⁸, stellt ein Hindernis auf dem Weg in die Europäische Union dar.⁴⁹

³⁶ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Innenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

³⁷ USDOS – Background Note: Turkey, 20.03.2012, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm>, Zugriff 30.04.2012

³⁸ Langanger, Simone: ÖIF Länderinformation Nr. 12 – Minderheiten in der Türkei: Die Kurden, Juli 2011, S. 12

³⁹ Seufert, Günter (SWP): Parlamentskrise nach den Wahlen in der Türkei, Juni 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A33_srt_ks.pdf, Zugriff 14.05.2012, S. 2

⁴⁰ Langanger, Simone: ÖIF Länderinformation Nr. 11 – Türkei, Juni 2011, S. 8

⁴¹ BBC News: Turkey country profile, 22.03.2012, http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/1022222.stm, Zugriff 14.05.2012

⁴² CIA The World Factbook: Turkey, 13.04.2012, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html>, Zugriff 25.04.2012

⁴³ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Innenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

⁴⁴ Langanger, Simone: ÖIF Länderinformation Nr. 12 – Minderheiten in der Türkei: Die Kurden, Juli 2011, S. 3

⁴⁵ Langanger, Simone: ÖIF Länderinformation Nr. 12 – Minderheiten in der Türkei: Die Kurden, Juli 2011, S. 12

⁴⁶ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Innenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

⁴⁷ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Innenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

⁴⁸ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Die Türkei und die EU – Der Zypernkonflikt, ohne Datum, 21.05.2012

⁴⁹ USDOS – Background Note: Turkey, 20.03.2012, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm>, Zugriff 30.04.2012

Auch auf internationaler politischer Ebene versucht die Türkei, die seit 1952 Mitglied der NATO ist, eine stabilisierende Funktion einzunehmen und als Vermittler zwischen der islamischen Welt und dem Westen zu fungieren, um somit ihre Rolle als Regionalmacht zu stärken.⁵⁰

3.3.1 Wirtschaft

Um aus der agrarisch geprägten Türkei, die nach dem Ende des Osmanischen Reiches mit erheblichen wirtschaftlichen Defiziten zu kämpfen hatte, eine Industrienation zu machen, wurde auf Fünfjahrespläne zurückgegriffen. Bis in die 1980er Jahre wechselten sich Phasen von Aufschwung und Stagnation ab und erst in den 1980er Jahren vollzog sich der Wandel zu einer exportorientierten Marktwirtschaft. Allerdings behinderte die mangelnde politische Stabilität und Kontinuität die volle wirtschaftliche Entfaltung.⁵¹

Nach der Finanzkrise im Jahr 2009 erholte sich die türkische Wirtschaft relativ rasch und erzielte im Jahr 2010 mit 8,9% das nach China weltweit größte Wirtschaftswachstum. Für das Jahr 2012 prognostizierte der IWF (Internationaler Währungsfond) allerdings nur noch ein Wachstum von 0,4%, während sich die Schätzung der Regierung auf 4% belief.⁵²

Bei einer offiziellen Arbeitslosenrate von 9,1% liegt die Beschäftigungsquote von Frauen im OECD-Vergleich bei niedrigen 25,4%.⁵³

Mit steigender Tendenz macht der Dienstleistungssektor mit etwa 60% den größten Anteil am BIP aus. Während noch über ein Drittel der Erwerbstätigen, vor allem im weniger entwickelten Osten und Südosten des Landes, in der Landwirtschaft beschäftigt ist, leistet dieses nur einen Beitrag von 10% zum BIP. Trotz seit den 1980er Jahren bestehenden Bestrebungen den Südosten des Landes durch Infra-

strukturprojekte zu fördern, konnte das bestehende Ost-West-Gefälle kaum verringert werden und so wandert die ländliche Bevölkerung weiterhin auf der Suche nach Arbeit in die Ballungszentren ab.⁵⁴ Mehr als 70% der türkischen Bevölkerung lebt daher in urbanen Gebieten.⁵⁵ Da die Städte für die Massen an Binnenmigrant/innen nicht gerüstet waren, entstanden an den Rändern vieler Großstädte illegale Siedlungen (*gecekondu*: Übersetzung etwa „über Nacht gebaut“).⁵⁶

Aufgrund ihrer geostrategischen Lage spielt die Türkei eine nicht unwesentliche Rolle im internationalen Energieverkehr als Transitland für Erdöl- und Erdgaslieferungen – exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Pläne für die Nabucco-Pipeline verwiesen.⁵⁷

3.3.2 Religionen und Konfessionen

Von den je nach Quelle 72 bis 77 Millionen Menschen in der Türkei sind 99% muslimischen Glaubens. Während der Großteil der Bevölkerung sunnitische Hanefit/innen sind, gibt es auch ca. 15 bis 20 Millionen Alevit/innen. Die Alevit/innen sind Anhänger einer Glaubensrichtung, deren Zugehörigkeit zum Islam gleichermaßen von einigen Sunnit/innen aber auch von Teilen der Alevit/innen selbst bestritten wird. Die türkische Regierung betrachtet sie als heterodoxe (von der herrschenden Lehre abweichende) Muslim/innen.⁵⁸ Die Alevit/innen werden vom Amt für Religiöse Angelegenheiten (*Diyanet İsleri Başkanlığı*/DİB) weitgehend ignoriert, was bedeutet, dass sie ihre inneren Angelegenheiten in der Regel frei von Einmischung regeln können, aber im Gegenzug auch keine finanziellen Zuwendungen erhalten.⁵⁹

⁵⁰ CAP – Centrum für Angewandte Politikforschung an der LMU München: Außenpolitik – Die Türkei als strategischer Partner, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/aussenpolitik/index.php>, Zugriff 14.05.2012/
Auswärtiges Amt: Türkei – Außenpolitik, April 2012, http://www.auswaertiges-amt.de/sid_45CED1AA389F365534D0DFE711CF4F69/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Aussenpolitik_node.html, Zugriff 30.04.2012

⁵¹ GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 3 – Türkei, 2006, S. 1435

⁵² Auswärtiges Amt: Türkei – Wirtschaft, Stand. April 2012, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html, Zugriff 30.04.2012

⁵³ Auswärtiges Amt: Türkei – Wirtschaft, Stand. April 2012, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html, Zugriff 30.04.2012

⁵⁴ Auswärtiges Amt: Türkei – Wirtschaft, Stand. April 2012, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html, Zugriff 30.04.2012

⁵⁵ USDOS – Background Note: Turkey, 20.03.2012, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm>, Zugriff 30.04.2012

⁵⁶ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Gesellschaft und Soziales – Die Sozialstruktur der türkischen Bevölkerung, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/gesellschaft-soziales/index.php>, Zugriff 14.05.2012

⁵⁷ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung der LMU München: Wirtschaft – Energie, ohne Datum; <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/wirtschaft/energie.php>, Zugriff 14.05.2012

⁵⁸ USCIRF – United States Commission on International Religious Freedom: Annual Report 2010, Mai 2010 (Covering April 1, 2009 – March 31, 2010); <http://www.uscirf.gov/images/annual%20report%202010.pdf>; Zugriff 14.05.2012

⁵⁹ Die Presse: Türkei: Aleviten proben Aufstand gegen Religionsamt, 18.01.2011, http://diepresse.com/home/panorama/religion/626218/Tuerkei_Aleviten-proben-Aufstand-gegen-Religionsamt, Zugriff 30.04.2012

Weiters gibt es in der Türkei ca. 60.000 armenische Christ/innen, 23.000 Juden und Jüdinnen, 15.000 syrisch-orthodoxe Christ/innen, 10.000 Baha'i, 3.500 bis 4.000 griechisch-orthodoxe Christ/innen, 2.000 Jesid/innen, 2.500 Anhänger/innen verschiedener protestantischer Denominationen sowie einige Angehörige der römisch-katholischen Kirche.⁶⁰ Christ/innen stellen in der Türkei somit mit etwa 0,15% der Bevölkerung eine kleine Minderheit dar, die vor allem in Istanbul (ca. 90%) und den Provinzen Mardin, Sirnak und Hatay lebt. Zwar differieren die Zahlen zu den einzelnen Konfessionen je nach Quelle, aber in Anbetracht der geringen Gesamtzahl fällt die große Vielfalt christlicher Gemeinschaften auf. Einschüchterungsversuche und Übergriffe nationalistischer Kreise kamen in den letzten Jahren zwar vor, es handelt sich jedoch um Einzelfälle. In der Vergangenheit kam es mitunter zur Ermordung von Christ/innen. So wurden 2007 in Malatya drei Anhänger/innen einer protestantischen Kirche ermordet.⁶¹ Hingegen sind staatliche Repressionen aufgrund des individuellen Glaubensbekenntnisses nicht bekannt. Christliche Gemeinden allerdings empfinden die Unmöglichkeit unabhängig von staatlichem Einfluss Priester auszubilden, da dies nach türkischem Verständnis nur an staatlichen Universitäten möglich wäre, als großes Hemmnis.⁶²

Die Türkei versteht sich als laizistischer Staat, in dem Religion und Politik streng getrennt sind. Dieses Grundprinzip wurde vom Staatsgründer Atatürk definiert.⁶³ Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit gewährt und auch in der Praxis dieses Recht weitgehend gewahrt wurde, kam es aufgrund von Vorgaben zur Sicherung des säkularen Staates zu Einschränkungen dieses Rechts. Diese Beschränkungen betreffen vor allem den Islam, so gibt es ein Verbot von Äußerungen, die islamischen Einfluss auf das staatliche oder gesellschaftliche Leben, in Behörden und anderen staatlichen Institutionen, wie etwa Universitäten, fordern. Auch das Kopf-

tuchverbot wurde in öffentlichen Gebäuden und Schulen weitergeführt, wenn auch an den Universitäten etwas aufgeweicht.⁶⁴

Durch das Diyanet wird die staatliche Kontrolle über den sunnitischen Islam, etwa durch die Ausbildung und Beschäftigung der Imame aller 70.000 Moscheen, ausgeübt. Auch die Auslegungshoheit des Islam wird vom Diyanet beansprucht.⁶⁵ In der Primar- und Sekundarstufe der Schulen sind Religions- und Ethikunterricht verpflichtend. Dies gilt auch für jene 20% der Bevölkerung, die dem alevitischen Glauben angehören, obwohl der Unterricht der hanafitisch-sunnitischen Lehre folgt.⁶⁶

Religiöse Minderheiten sind eigenen Berichten zufolge aufgrund der fehlenden Rechtspersönlichkeit mit Schwierigkeiten in den Bereichen Glaubensfreiheit, Registrierung, Eigentumsrechte und Ausbildung von Anhänger/innen und Geistlichen konfrontiert. Es gab 2010 auch Berichte über Diskriminierung aufgrund der Religionsausübung.⁶⁷ Anträge auf die Bewilligung von Gotteshäusern wurden zwar mitunter weiterhin abgelehnt, dass es aber auch Ausnahmen gibt, zeigt sich beispielsweise daran, dass im Juni 2011 eine protestantische Kirche in Van eröffnet wurde.⁶⁸ Doch der Katholischen Kirche wird unter Berufung auf den Vertrag von Lausanne der Rechtsstatus verwehrt, da nur die Angehörigen der jüdischen Gemeinde, der Armenisch-Apostolischen und der Griechisch-Orthodoxen Kirche als nichtmuslimische Minderheiten anerkannt werden.⁶⁹

⁶⁰ Langanger, Simone: ÖLF Länderinformation Nr. 12 – Minderheiten in der Türkei: Die Kurden, Juli 2011, S. 5

⁶¹ USDOS – U.S. Department of State: July-December 2010 International Religious Freedom Report, Turkey, 13.09.2011

⁶² BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Lage der Religionsgemeinschaften in ausgewählten islamischen Ländern, August 2011

⁶³ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Innenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

⁶⁴ USDOS – U.S. Department of State: July-December 2010 International Religious Freedom Report, Turkey, 13.09.2011/ Auswärtiges Amt: Türkei – Staatsaufbau/ Innenpolitik, Stand April 2012, , http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Innenpolitik_node.html, Zugriff 10.05.2012

⁶⁵ Die Presse: Türkei: Aleviten proben Aufstand gegen Religionsamt, 18.01.2011, http://diepresse.com/home/panorama/religion/626218/Tuerkei_Aleviten-proben-Aufstand-gegen-Religionsamt, Zugriff 30.04.2012

⁶⁶ BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Lage der Religionsgemeinschaften in ausgewählten islamischen Ländern, August 2011

⁶⁷ USDOS – U.S. Department of State: July-December 2010 International Religious Freedom Report, Turkey, 13.09.2011

⁶⁸ Europäische Kommission: Türkei – Fortschrittsbericht 2011, 12.10.2011

⁶⁹ Die Presse: Türkei lehnt Rechtsstatus für katholische Kirche ab, 19.01.2011, <http://diepresse.com/home/panorama/religion/626549/Tuerkei-lehnt-Rechtsstatus-fuer-katholische-Kirche-ab->, Zugriff 30.04.2012/

⁶⁹ GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 3 – Türkei, 2006/ CAP – Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München: Gesellschaft und Soziales – Religions- und Bevölkerungsgruppen, ohne Datum, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/gesellschaft-soziales/religion-bevoelkerungsgruppen.php>, Zugriff 14.05.2012

Die türkische Regierung unternimmt aber auch Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zu den Religionsgemeinschaften. Beispielsweise verabschiedete sie im August 2011 eine Verordnung, welche die Rückgabe oder finanzielle Entschädigung für seit 1936 enteignete Immobilien und Grundstücke von nicht-islamischen Religionsgemeinschaften vorsieht. Betroffen sind rund 1.400 Immobilien, die beinahe ausschließlich in guten Lagen in Istanbul liegen.⁷⁰ Die Religionsgemeinschaften haben ein Jahr Zeit, um ihre Ansprüche anzumelden.⁷¹ Auch wenn ein derartiger Beschluss schon länger erwartet wurde, äußerten sich Vertreter/innen der Minderheiten überrascht über den schnellen Entschluss.⁷²

Auch der Dialog mit Alevit/innen und nicht-muslimischen Gemeinden wurde weitergeführt. Es kam zu Treffen zwischen hochrangigen türkischen Behördenvertreter/innen und den Führern nicht-muslimischer Gemeinden. So fand der erste Besuch eines hohen türkischen Beamten beim Ökumenischen Patriarchat der Griechisch-Orthodoxen Kirche seit den 1950er Jahren statt.⁷³

Neben Christ/innen, Juden und Jüdinnen, Bahai und Alevit/innen sahen sich auch Konvertiten mit gesellschaftlichem Misstrauen und Gewalt konfrontiert.⁷⁴ Konversionen vom Islam zum Christentum kommen selten und vor allem in den Städten im Westen der Türkei vor. Auch wenn es keine rechtlichen Beschränkungen gibt, werden Konvertiten mit besonderem Misstrauen und auch Gewalt seitens ihrer Verwandten oder auch Nachbar/innen konfrontiert. Doch auch Artikel in der Presse suggerieren eine von Konvertiten ausgehende Bedrohung.⁷⁵

⁷⁰ Die Presse: Türkei: Rückgabe von Kircheneigentum, 29.8.2011; http://diepresse.com/home/panorama/religion/689204/Tuerkei_Rueckgabe-von-Kircheneigentum?_vl_backlink=/home/index.do, Zugriff 18.05.2012

⁷¹ Tagesschau.de: Türkei gibt konfisziertes Eigentum zurück, 29.08.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/kirchenbesitz100.html>, Zugriff 27.04.2012

⁷² Die Presse: Türkei: Rückgabe von Kircheneigentum, 29.8.2011; http://diepresse.com/home/panorama/religion/689204/Tuerkei_Rueckgabe-von-Kircheneigentum?_vl_backlink=/home/index.do, Zugriff 18.05.2012

⁷³ Europäische Kommission: Türkei – Fortschrittsbericht 2011, 12.10.2011

⁷⁴ USDOS – U.S. Department of State: July-December 2010 International Religious Freedom Report, Turkey, 13.09.2011

⁷⁵ BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Lage der Religionsgemeinschaften in ausgewählten islamischen Ländern, August 2011/ USDOS – U.S. Department of State: July-December 2010 International Religious Freedom Report, Turkey, 13.09.2011

3.3.3 Syrische Flüchtlinge und ihre Lage vor Ort

Die Türkei hat eine 910 km lange Grenze mit Syrien, was zum Teil die große Anzahl an syrischen Flüchtlingen in der Türkei erklärt.⁷⁶ Mit 14. April 2012 betrug die Anzahl syrischer Flüchtlinge in der Türkei nach Angaben des UNHCR 23.971 Menschen, die in Lagern untergebracht wurden. Betrachtet man die Entwicklungen des Jahres 2012 zeigt sich, dass sich damit die Zahl an Flüchtlingen seit Dezember des vorigen Jahres beinahe verdreifacht hat.⁷⁷ Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Deserteure der syrischen Armee.⁷⁸ Am 5. April 2012 überquerten 2.800 Menschen aus Syrien die Grenze zum Nachbarland Türkei, womit die bisherige Höchstzahl von Flüchtlingen an einem Tag um mehr als das Doppelte überschritten wurde.⁷⁹ Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu verkündete im Februar 2012, dass die Türkei alle flüchtenden Syrer/innen aufnehmen werde.⁸⁰

Bereits im November 2011 hatte die türkische Regierung für die Errichtung und Erhaltung von sechs Lagern, von denen fünf für Zivilist/innen und eines für Deserteure der syrischen Armee bestimmt waren, mindestens 15 Millionen Dollar ausgegeben und die Behörden verkündeten, dass humanitäre Hilfe, solange diese benötigt werde, auch geboten werde.⁸¹

⁷⁶ Reliefweb: Syrian gunfire hits Turkey refugee camp again: report, 12.04.2012, <http://reliefweb.int/node/489362>, Zugriff 15.05.2012

⁷⁷ UNHCR: Update No. 1 – Syria Regional Refugee Response Jordan, Lebanon, Iraq, Turkey, 26.04.2012, http://www.ecoi.net/file_upload/2016_1335186227_syria-regional-refugee-response-update-no-1-18apr12.pdf, Zugriff 14.05.2012, S.4

⁷⁸ BBC News: Turkey protests as Syrians open fire at border, 09.04.2012, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17656657>, Zugriff 15.05.2012

⁷⁹ Zeit Online: Tausende Menschen fliehen in die Türkei, 06.04.2012, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/syrien-fluechtlinge-tuerkei>, Zugriff 15.05.2012

⁸⁰ Reliefweb: Syrian refugees on the rise at the Turkish border: official, 09.03.2012, <http://reliefweb.int/node/481988>, Zugriff 15.05.2012

⁸¹ The New York Times: For Refugees From Syria, a Visit With No Expiration Date, 14.11.2011, http://www.nytimes.com/2011/11/15/world/middleeast/refugees-from-syria-settle-in-for-long-wait-in-turkey.html?_r=3&pagewanted=1, Zugriff 15.05.2012

Aufgrund des vom Roten Halbmond⁸² erwarteten Ansturms von insgesamt bis zu 500.000 Flüchtlingen errichtete die Türkei entlang der syrischen Grenze weitere Flüchtlingslager für 20.000 Menschen.⁸³ In der Stadt Kilis – zwischen Hatay und Sanliurfa – wurde eine Containerstadt aus vorfabrizierten Häusern errichtet, in die vorerst 10.000 Flüchtlinge aus Lagern in Hatay einziehen sollen, während die anderen Flüchtlinge zusammen mit Neuankömmlingen in Hatay verbleiben werden.⁸⁴ Mitte März 2012 hielten sich 13.600 Flüchtlinge in Hatay, wo sie in Zelten untergebracht waren, auf.⁸⁵

Neben den vorfabrizierten Wohneinheiten werden in Kilis, das für 12.000 Flüchtlinge geplant wurde, auch drei Schulen, zwei Moscheen und ein Krankenhaus mit Röntgengerät und Operationssälen errichtet. Etwa 500 türkische Angestellte, darunter Polizist/innen, Lehrer/innen und Ärzt/innen, werden in dem Lager arbeiten. Veranschlagt sind für die Errichtung des Lagers 50 Millionen Dollar und weitere 2 Millionen Dollar pro Monat für den Betrieb. Insgesamt wurden von der Türkei bereits 150 Millionen Dollar für Flüchtlingslager ausgegeben. Mittlerweile erhält das Land internationale Hilfe, um die steigenden Kosten zu decken.⁸⁶

Alle Neuankömmlinge aus Syrien erhalten temporären Schutz. Es wird ihnen Nahrung, Unterkunft und medizinische Unterstützung durch den Roten Halbmond und die türkischen Behörden geboten.⁸⁷ In den türkischen Krankenhäusern werden Verwundete, aber auch chronisch kranke syrische Flüchtlinge, wie etwa Dia-

lysepatient/innen, behandelt.⁸⁸ Mediale Kritik erntet die Türkei allerdings dafür, den Flüchtlingen kein Asyl zu gewähren, sondern sie als Gäste unter temporärem Schutz zu betrachten, die nach Befriedung der Lage in Syrien nach Hause zurückkehren sollen und keine Möglichkeit haben, permanent in der Türkei zu bleiben. Aber auch solange der Konflikt andauert, bedeutet der fehlende Status für die Flüchtlinge einen Mangel an Rechtssicherheit.⁸⁹

Vereinzelten Berichten über die Zustände in den Flüchtlingslagern zufolge gestalten sich die Bedingungen in den Lagern in Hatay sowohl in sanitärer wie auch in versorgungsmäßiger Hinsicht problematisch. Die Lager sollen überfüllt sein und Menschenrechtsorganisationen erhalten nur begrenzten Zugang zu den Insass/innen, deren Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt ist. Selbst der UNO-Sondergesandte Kofi Annan soll bei seinem Besuch in Hatay nur mit ausgewählten Bewohner/innen der Lager zusammengetroffen sein.⁹⁰

Immer wieder kommt es zu Berichten, dass syrische Agenten versuchen, Insass/innen von Flüchtlingslagern nach Syrien zu entführen. Im August 2011 verschwand der desertierte syrische Oberstleutnant Hossein Harmoush, ein Anführer der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), aus einem Flüchtlingslager in Hatay und tauchte im September im staatlichen syrischen Fernsehen auf, um ein erzwungenes Geständnis abzulegen, dass die Opposition für die Tötung von Zivilist/innen verantwortlich sei. Es gab Gerüchte, dass Harmoush von den türkischen Behörden ausgeliefert worden sei.⁹¹ Fünf Personen, darunter Angehörige des türkischen

⁸² Das islamische Pendant zum 1863 durch die Genfer Konvention gegründeten Roten Kreuz / Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/islam-lexikon/21628/roter-halbmond>; Zugriff 15.05.2012

⁸³ The Guardian: Turkey could create haven for Syrian refugees, 16.03.2012, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/mar/16/turkey-haven-syrian-refugees>, Zugriff 15.05.2012/Reliefweb: Turkey May Create Buffer Zone in Syria for Refugees, 16.03.2012, <http://reliefweb.int/node/483595>, Zugriff 15.05.2012

⁸⁴ Reliefweb: Syrian refugees on the rise at the Turkish border: official, 09.03.2012, <http://reliefweb.int/node/481988>, Zugriff 15.05.2012

⁸⁵ Reliefweb: Turkey to build massive camp for Syrian refugees, 14.03.2012, <http://reliefweb.int/node/482948>, Zugriff 15.05.2012

⁸⁶ AlertNet: In „dream city“ for Syria refugees, hope of return dims, 14.04.2012, <http://www.trust.org/alertnet/news/feature-in-dream-city-for-syria-refugees-hope-of-return-dims/>, Zugriff 15.05.2012

⁸⁷ UNHCR: Update No. 1 – Syria Regional Refugee Response Jordan, Lebanon, Iraq, Turkey, 26.04.2012, http://www.ecoi.net/file_upload/2016_1335186227_syria-regional-refugee-response-update-no-1-18apr12.pdf, Zugriff 14.05.2012, S.4

⁸⁸ Spiegel Online: Syrische Flüchtlinge in der Türkei „Assad soll hängen“, 14.02.2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrische-fluechtlinge-in-der-tuerkei-assad-soll-haengen-a-815099.html>, Zugriff 15.05.2012

⁸⁹ The New York Times: For Refugees From Syria, a Visit With No Expiration Date, 14.11.2011, http://www.nytimes.com/2011/11/15/world/middleeast/refugees-from-syria-settle-in-for-long-wait-in-turkey.html?_r=3&pagewanted=1, Zugriff 15.05.2012/ORF.at: Bewusste Vertuschungen?, 29.04.2012, <http://news.orf.at/stories/2117733/2116255/>, Zugriff 15.05.2012

⁹⁰ Asia Times: Syria, Turkey and the camp cover-up, 20.04.2012, http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/ND20Ak02.html, Zugriff 21.05.2012/ORF.at: Bewusste Vertuschungen?, 29.04.2012, <http://news.orf.at/stories/2117733/2116255/>, Zugriff 15.05.2012/Der Standard: Lage in türkischen Flüchtlingslagern „bedenklich“, 23.04.2012, <http://derstandard.at/1334795916363/Medien-Lage-in-tuerkischen-Fluechtlingslagern-bedenklich>, Zugriff 21.05.2012

⁹¹ The New York Times: After Defecting to Turkey, a Top Syrian Army Officer Mysteriously Reappears, 23.09.2011, <http://www.nytimes.com/2011/09/24/world/middleeast/syrian-officer-harmoush-reappears-after-defecting-to-turkey.html>, Zugriff 21.05.2012/CNN: Angry activists say Turkey handed deserted officer to Syria, 15.09.2011, http://articles.cnn.com/2011-09-15/world/syria.unrest_1_local-coordination-committees-syrian-soldiers-syrian-government?_s=PM:WORLD, Zugriff 21.05.2012

Geheimdienstes, wurden später in diesem Zusammenhang von den türkischen Behörden verhaftet.⁹² Auch am 21. Mai 2012 wurden im Süden der Türkei mehrere Personen verhaftet, denen die Beteiligung an einem Entführungsversuch aus einem Flüchtlingslager in Apaydin vorgeworfen wird. Bereits einige Wochen zuvor gab es türkische Berichte, dass Personen aus Hatay festgenommen wurden, weil sie als syrische Agenten Entführungen aus dem Lager planten.⁹³

Anfang April 2012 kam es an der syrisch-türkischen Grenze zu Zwischenfällen mit der syrischen Armee, die über die Grenze hinweg auf syrische Flüchtlinge schoss.⁹⁴ Im ersten Zwischenfall eröffnete die syrische Armee das Feuer auf Flüchtlinge, die bei Kilis die Grenze überquert hatten, wobei nach türkischen Angaben 18 Menschen verwundet wurden. Im zweiten Fall wurden Menschen in einem Flüchtlingslager von verirrt Kugeln eines Schusswechsels zwischen syrischen Truppen und Rebellen getroffen.⁹⁵ Premierminister Erdogan forderte von Syrien die sofortige Einstellung der Angriffe auf syrische Staatsbürger/innen auf türkischem Territorium.⁹⁶ Nach dem dritten derartigen Zwischenfall zeigte sich Premierminister Erdogan sehr verärgert über diese Grenzverletzungen und drohte damit, die NATO zur Unterstützung der Sicherung der Grenzen zu Hilfe zu holen.⁹⁷ Im März drängte die Türkei ihre Staatsbürger/innen Syrien zu verlassen und schloss aus Sicherheitsgründen ihre Botschaft in Damaskus.⁹⁸

⁹² Al Jazeera: Turks held over Syrian defector's extradition, 10.02.2012, <http://www.aljazeera.com/video/middleeast/2012/02/2012210174512525191.html>, Zugriff 21.05.2012

⁹³ Der Standard: Türkei vereitelt Entführung von syrischem Rebellenführer, 21.05.2012, <http://derstandard.at/1336697487421/Agenten-festgenommen-Tuerkei-vereitelt-Entfuehrung-von-syrischem-Rebellenfuehrer>, Zugriff 22.05.2012

⁹⁴ BBC News: Turkey protests as Syrians open fire at border, 09.04.2012, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17656657>, Zugriff 15.05.2012

⁹⁵ BBC News: Turkey protests as Syrians open fire at border, 09.04.2012, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17656657>, Zugriff 15.05.2012

⁹⁶ Tagesschau: Schüsse auf Flüchtlinge an türkischer Grenze, 09.04.2012, <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien1380.html>, Zugriff 15.05.2012

⁹⁷ Reliefweb: Syrian gunfire hits Turkey refugee camp again: report, 12.04.2012, <http://reliefweb.int/node/489362>, Zugriff 15.05.2012

⁹⁸ The Guardian: Turkey could create haven for Syrian refugees, 16.03.2012, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/mar/16/turkey-haven-syrian-refugees>, Zugriff 15.05.2012

Das zerrüttete Verhältnis zwischen Ankara und Damaskus zeigt sich auch in der Eröffnung eines Büros der syrischen Opposition in Istanbul. Auch einige hundert Kämpfer der Freien Syrischen Armee operieren von türkischem Gebiet aus.⁹⁹

3.4 Ausblick

Mit ihrer raschen Hilfe für die große Anzahl syrischer Flüchtlinge im Land erntet die Regierung in Ankara auch bei Skeptiker/innen Anerkennung. In den internationalen Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts in Syrien profiliert sich die Türkei weiter als relevanter politischer Akteur in der Region. Wie lange die Türkei dem Ansturm an Flüchtlingen noch gewachsen sein wird, hängt neben den Entwicklungen in Syrien wohl auch von der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, unterstützend einzugreifen, ab. Abzuwarten bleibt ebenfalls, wie sich die Türkei nach Beendigung der Krise in Syrien in Bezug auf die Rückkehr der Flüchtlinge und dem syrischen Staat gegenüber verhalten wird.

Was die weitere Annäherung der Türkei an Europa und die Aufnahme in die Europäische Union betrifft, bleibt fürs erste abzuwarten, welche Ergebnisse die Verfassungsreform bringt und inwieweit sich in den EU-Mitgliedsstaaten eine Mehrheit für einen Beitritt der Türkei findet. Ohne Anerkennung Zyperns als EU-Mitgliedsstaat wird der Weg in die EU für die Türkei allerdings trotz zahlreicher innenpolitischer Reformen und sehr guter Wirtschaftsdaten schwierig bleiben.

Nicht zuletzt aufgrund der Umbrüche im Nahen Osten wird die Türkei zukünftig weiterhin eine wichtige Rolle in der Region spielen und ihre Funktion als Brückenkopf zwischen Ost und West wird weiter an Bedeutung gewinnen. Es ist anzunehmen, dass die Türkei beabsichtigt weiterhin aktiv und konstruktiv Politik und Wirtschaft des Nahen Ostens mit zu gestalten, wobei sie ihre guten Kontakte zu den regionalen Akteuren nutzen wird.

⁹⁹ Spiegel Online: Syrische Flüchtlinge in der Türkei „Assad soll hängen“, 14.02.2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrische-fluechtlinge-in-der-tuerkei-assad-soll-haengen-a-815099.html>, Zugriff 15.05.2012

KAPITEL 4

SYRIEN

Mag. Sabina Catar

4.1 Einleitung – zur Informationslage

4.2 Syriens innenpolitische Geschichte im Schatten der Assad-Familie

4.3 Syriens Arabischer Frühling als Ausdruck einer soziopolitischen Krise

4.4 Die aktuellen Entwicklungen

4.5 Conclusio

4.1 Einleitung – zur Informationslage

Syrien verschwindet nicht mehr aus den Schlagzeilen, doch gleichzeitig liegen relativ wenige gesicherte Informationen vor, was in diesem Land derzeit wirklich geschieht. Trotzdem macht es gerade wegen der unzureichenden Informationslage Sinn, eine zwischenzeitliche Bestandsaufnahme zu machen, wo Syrien steht und in welche Richtung es sich bewegen könnte.

Ausländische Journalist/innen können nicht frei arbeiten, sofern sie überhaupt offiziell ins Land einreisen dürfen.¹ Manchen gelingt eine heimliche Berichterstattung, oft indem sie Mitglieder der „Freien Syrischen Armee“ (FSA)² begleiten, auf deren Schutz sie angewiesen sind. Somit ist die Außenwelt größtenteils auf die Presseberichte zu Aussagen der syrischen Regierung und der Opposition sowie auf Aussagen von Diplomat/innen (z.B. der UNO) angewiesen. Eine unabhängige

¹ Human Rights Watch: Arab League: Report Publicly on Syria Mission, 20. Januar 2012: <http://www.hrw.org/news/2012/01/20/arab-league-report-publicly-syria-mission>; Zugriff am 16.05.2012

² Ein Beispiel für die Berichterstattung von Journalisten, die die Freie Syrische Armee begleiten: BBC News: Fear and defiance amid Syria ceasefire, 16.04.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17734946>; Zugriff am 17.04.2012

Überprüfung der Meldungen der Regierung oder der Opposition ist kaum möglich. Allenfalls liegen noch Presseberichte mit den Aussagen syrischer Flüchtlinge im Libanon, Jordanien oder in der Türkei vor.³ Dazu kommen noch Videoberichte im Internet, die sich noch schlechter überprüfen lassen.⁴ Neben Zeitungsartikeln und Analysen zur Sicherheitslage, die von *Think Tanks*⁵ oder wissenschaftlichen Zeitschriften⁶ publiziert wurden, liegen mittlerweile auch Berichte von Menschenrechtsorganisationen⁷ vor.

Dieser Beitrag fasst die gegenwärtige Lage zusammen, blickt – wo zur Erklärung nötig – in die jüngere Geschichte zurück, und offeriert einen Ausblick mit verschiedenen Szenarien. Der Schwerpunkt liegt dabei auf jenen Faktoren, die dem Regime helfen, sich weiterhin an die Macht zu klammern. Dazu ist die Quellenlage etwas besser, weil die gegenwärtigen gesellschaftlichen und außenpolitischen Allianzen des Regimes eine jahrzehntelange Vorgeschichte haben. Eine tiefergehende Analyse anderer bedeutender Aspekte, wie zum Beispiel die wechselhafte Beziehung zum Libanon, würde jedoch den Rahmen des Beitrags sprengen. Im Gegensatz dazu ist es schwieriger mit Hilfe der derzeit zur Verfügung stehenden Quellen zu klären, welche Staaten wie und in welchem Ausmaß Teile der Opposition unterstützen bzw. von ihr unabhängige Maßnahmen gegen das Regime setzen, die über das Beschließen von Sanktionen hinausgehen.

³ Siehe IRIN News: SYRIA: Unrest affecting entire communities, 27.03.2012: <http://www.irinnews.org/Report/95171/SYRIA-Unrest-affecting-entire-communities>; Zugriff am 25.04.2012

⁴ Neben verschiedenen politischen Blogs werden vor allem „Facebook“ und „Youtube“ verwendet.

⁵ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A12_ass_wmm.pdf; Zugriff am 24.04.2012

⁶ Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours. In: *Survival: Global Politics and Strategy*, 54:2, 2012, 7-14: <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/00396338.2012.672699>; Zugriff am 22.05.2012

⁷ Z.B. Human Rights Watch: In Cold Blood: Summary Executions by Syrian Security Forces and Pro-Government Militias, 10.04.2012: <http://www.hrw.org/reports/2012/04/09/cold-blood>; Zugriff am 22.05.2012

4.2 Syriens innenpolitische Geschichte im Schatten der Assad-Familie

Das ehemals französische Völkerbundmandatsgebiet Syrien wurde 1946 unabhängig. Der Unabhängigkeit folgten ein schwacher Parlamentarismus und eine Reihe von Staatsstreichen.⁸ Aufgrund der vorherrschenden panarabischen Ideologie schlossen sich Syrien und Ägypten 1958 zur „Vereinigten Arabischen Republik“ zusammen. Die dominante Rolle Ägyptens in dieser Union, das damals vom charismatischen Gamal Abd el-Nasser geführt wurde, veranlasste 1961 eine Gruppe syrischer Offiziere zum Putsch, dem die Trennung der beiden Länder folgte. Nach einer Reihe weiterer Staatsstrieche und Umsturzversuche⁹ brachte 1963 ein weiterer Militärstaatsstreich Anhänger der Baath-Partei an die Macht, und Amin al-Hafiz wurde syrischer Präsident.¹⁰

Die Baath-Partei war nach der Unabhängigkeit Syriens von Michel Aflaq und Salah-al-Din al-Bitar gegründet worden. Der Christ Aflaq und der Sunnit al-Bitar gingen in ihrem Konzept von einer einzigen arabischen Nation aus und betrachteten dabei den Islam als mit ihr verbunden. Die beiden Lehrer schufen eine revolutionäre Ideologie, die nationalistische und sozialistische Elemente verschmolz. Ihre Ideologie sollte „Freiheit, Demokratie und Sozialismus“ bringen und soziale Ungerechtigkeiten abschaffen. Die Baath-Partei hatte vergeblich ihre Hoffnung in Nasser gesetzt, ihre Ideologie zu unterstützen.¹¹

⁸ Cleveland, William L.: *A History of the Modern Middle East*, Third Edition, Westview Press, Boulder/Oxford 2004, S. 230, 325.

⁹ KurdWatch: Staatenlose Kurden in Syrien – Illegale Eindringlinge oder Opfer nationalistischer Politik?, Bericht 5, März 2010, S. 5: http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_staatenlose_de.pdf; Zugriff am 19.04.2012

¹⁰ BBC News: Syria profile – Timeline, 22.03.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14703995>; Zugriff am 18.04.2012

Zur Geschichte Syriens zwischen der Unabhängigkeit und 1958 siehe auch: Cleveland, William L.: *A History of the Modern Middle East*, 2004, S. 324-326

¹¹ Ibid., S. 230, 325. Zur Geschichte Syriens zwischen der Unabhängigkeit und 1958 siehe auch: *ibid.*, S. 325-326

Ein Putsch innerhalb der Baath-Partei entmachtete 1966 die zivilen Baath-Spitzenfunktionäre und Präsident Amin al-Hafiz. Salah Jadid führte den Coup an, im Zuge dessen der Alawit¹² Hafiz Assad zum Verteidigungsminister aufstieg.¹³ Die beiden Gründer der Baath-Partei mussten fliehen.¹⁴

Mit einer Volkszählung in der kurdisch dominierten Provinz Hasaka im Jahr 1962 begannen Arabisierungsmaßnahmen, die sich bis in die 1970er Jahre fortsetzten. Die Ausbürgerungen aufgrund der Volkszählung hatten zur Folge, dass mit Stand 2010 etwa 300.000 Kurd/innen in Syrien staatenlos waren, weil auf die Nachkommen der Betroffenen nicht der Artikel 3c des syrischen Staatsbürgerschaftsgesetzes angewandt wurde. In diesem werden Kinder von staatenlosen Eltern oder Eltern mit ungeklärter Staatsbürgerschaft als syrische Araber betrachtet.¹⁵

1967 verlor Syrien im Zuge der Niederlage im Sechstagekrieg die Kontrolle über die Golan Höhen an Israel.¹⁶ Trotz großer Proteste der Bevölkerung¹⁷, ergriff Assad mittels Putsch 1970 erfolgreich selbst die Macht. Nachdem 1973 die Rückeroberung des Golan nicht gelang, schloss er 1974 mit Israel ein Entflechtungsabkommen.¹⁸

Unterdessen formierte sich Widerstand unter städtischen konservativen Sunnit/innen gegen den neuen, säkular ausgerichteten Machtapparat, der die traditionellen urbanen Eliten übergang. Besonders die Muslimbruderschaft fand in Homs, Hama und Aleppo Anklang unter den Unzufriedenen. Sie war aber bei weitem nicht die einzige Organisation. Ab 1976 gab es vermehrt Anschläge auf Alawit/innen und eine Art städtische Guerillabewegung mit dem Ziel eines Staatsstreichs

griff um sich. 1982 entrissen schließlich Regimegegner Teile der Stadt Hama der staatlichen Kontrolle, woraufhin mit massivem Militäreinsatz gegen die gesamte Stadt der Aufstand niedergeschlagen wurde sowie ganze Bezirke in Schutt und Asche gelegt wurden.¹⁹ Die Schätzungen über die Anzahl der Toten reichen von 10.000 bis 25.000 Personen.²⁰

Ähnliche Belagerungs- und Niederschlagungstaktiken wie damals werden heute wieder vom Regime eingesetzt. Die Niederschlagung des Aufstands in Hama und die folgende Unterdrückung jeglicher Opposition im Land, führten dazu, dass sich erst ab März 2011 erneut Widerstand regte: Die Bevölkerung begann in großer Zahl zu demonstrieren – auch und gerade in Hama.²¹ Der damals niedergeschlagene Aufstand nährt heute z.B. in der Provinz Idlib die Entschlossenheit, dieses Mal erfolgreich das Regime der Familie Assad zu stürzen.²²

Mit dem Tod Hafiz al-Assads im Juni 2000 gelangte sein Sohn Baschar al-Assad an die Macht. Mit ihm verbanden sich anfangs Hoffnungen auf politische Reformen, die jedoch bald enttäuscht wurden. Verhaftungen von Oppositionellen und gelegentliche Amnestien wechselten sich bis 2011 ab.²³ Dank des langen Schattens von Hama und des allzeit präsenten Sicherheitsapparats blieb es bei diesem Muster, ohne dass größere oppositionelle Äußerungen oder Aktivitäten möglich waren.

Nur 2004 brachen einmal kurz die Dämme der Repression in Form von Unruhen rund um ein Fußballspiel am 12. März 2004 in dem Ort Qamishli im Nordosten des Landes. Diese griffen bald auf alle kurdischen Gebiete Syriens über.²⁴

¹² Ibid., S. 399

¹³ BBC News: Syria profile – Timeline, 22.03.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14703995>; Zugriff am 18.04.2012

¹⁴ Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 2004, S. 399

¹⁵ KurdWatch: Staatenlose Kurden in Syrien – Illegale Eindringlinge oder Opfer nationalistischer Politik?, Bericht 5, März 2010, S. 14, 17-18: http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_staatenlose_de.pdf; Zugriff am 19.04.2012

¹⁶ BBC News: Syria profile – Timeline, 22.03.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14703995>; Zugriff am 18.04.2012

¹⁷ BBC News: Profile: Syrian city of Hama, 27.04.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17868325>; Zugriff am 30.04.2012

¹⁸ BBC News: Syria profile – Timeline, 22.03.2012

¹⁹ Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 2004, S. 406-407

²⁰ BBC News: Profile: Syrian city of Hama, Zugriff am 27.04.2012

²¹ BBC News: Profile: Syrian city of Hama, Zugriff am 27.04.2012

Bereits kurz nach Beginn der Proteste ging Stratfor vom Gelten der „Hama rules“ aus. Stratfor: Raw Intelligence Report: A View from Syria, 25.04.2011, E-Mail-Newsletter vom 25.04.2011

²² BBC News (Ian Pannell): How Waiting for Godot offers Syrians hope, 29.04.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/magazine-17857241>; Zugriff am 30.04.2012

²³ BBC News: Syria profile – Timeline, Zugriff am 22.03.2012

²⁴ Eine ausführliche Rekonstruktion der Ereignisse, zu denen es viele Versionen gibt, bietet: KurdWatch: Der »Aufstand von al-Qamischli« Beginn einer »neuen Ära« für die Kurden Syriens?, Dezember 2009: http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_qamischli_de.pdf; Zugriff am 3.05.2012

4.3 Syriens Arabischer Frühling als Ausdruck einer soziopolitischen Krise

Ähnlich wie in anderen arabischen Ländern bilden auch in Syrien zwei Phänomene den Hintergrund der Proteste: die Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen und ein eingefrorener Machtapparat mit der üblichen Machthaber-Phalanx bestehend aus Familie, Militär und Geschäftsleuten. Bereits vor März 2011 rutschten immer mehr Syrer/innen in die Armut ab. Der Anteil der Personen unter der Armutsgrenze soll bereits im Jahr 2010 auf 33% gestiegen sein. Im Jahr 2000 waren es nur 11% gewesen:

“Syria’s authoritarian regime was not just a danger for political dissidents; navigating daily life in Syria was a struggle for most ordinary and lower-class Syrians. The state-security apparatus had extended its tentacles to all aspects of Syria’s political economy.”

Socio-economically, the revolts were an expression of anger against economic deprivations, corruption and inequality, and poverty. Mohammed Jamal Barout (2011) found that according to some measures of poverty, the percentage of Syrians living under the poverty line rose from 11% in 2000 to 33% in 2010. That is to say, about 7 million Syrians (of a total of 22 million) live around the poverty line. Fundamentally, this means that the protests denounced the capture of the state by a few oligarchs.”²⁵

Ab 2006 ruinierte die Dürre die Lebensgrundlage zehntausender Familien auf dem Land und trieb sie in die Slums der Städte. 18.000 Familien sollen aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage seit März 2011 wieder aufs Land zurück geflohen sein, obwohl sie dort buchstäblich vor dem Nichts stehen und humanitäre Starthilfe benötigen würden, um sich wieder ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Von den fast 300.000 Haushalten in dem Dürregebiet, welche in den letzten drei Jahren auf Hilfe angewiesen gewesen wären, konnte die *UN Food and*

²⁵ VIDC – Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Omar S. Dahi): A Syrian Dilemma, Newsletter Nr. 20/2012, 30.03.2012: http://www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/VIDC/downloads/vidc.org-news/news_20/A_Syrian_Dilemma_Omar_Dahi_final.pdf; Zugriff am 30.04.2012

Agriculture Organization (FAO) aufgrund von Geldmangel nur 20% helfen. Steigende Preise bedingt durch den Konflikt, z.B. für Treibstoffe für die Wasserpumpen, erschweren die Lage in den ehemaligen Dürregebieten zusätzlich.²⁶

Aber der Arabische Frühling hat auch politische Ursachen in einem Land, in dem politische Aktivitäten weitgehend von den Behörden kontrolliert wurden:

“At the political level, the Syrian uprisings were a militant civil rights movement against the Security-Party-Military nexus. As recently as a year ago, merely signing a petition that called for some more freedoms made Syrians vulnerable to punishment of several years in prisons under charges such as ‘weakening national morale’.”²⁷

Die ersten vorsichtigen Schritte Richtung Proteste im Februar 2011 wurden noch erfolgreich vom Regime beendet, bevor diese größere Aufmerksamkeit wecken konnten. Am 15. März 2011 gingen in Damaskus einige hundert Menschen auf die Straße. Doch erst nach dem Einsatz der Armee und der Verwendung von scharfer Munition gegen die Demonstrant/innen²⁸ von Deraa²⁹ vom 18. März breiteten sich die Proteste auf praktisch alle Bevölkerungszentren Syriens aus und radikalisierten sich hinsichtlich ihrer Forderungen in Richtung Regimesturz.³⁰ Das Regime begegnete den steigenden großteils friedlichen Demonstrationen mit Gewalt, die ein Ausmaß erreichte, das dem Regime den Vorwurf von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einbrachte.³¹

²⁶ IRIN News: SYRIA: Insecurity makes drought-hit farmers even more vulnerable, 17.02.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94888/SYRIA-Insecurity-makes-drought-hit-farmers-even-more-vulnerable>; Zugriff am 25.04.2012

²⁷ VIDC – Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Omar S. Dahi): A Syrian Dilemma, Newsletter Nr. 20/2012, 30.03.2012

²⁸ Der Stein des Anstoßes war der Tod von drei Demonstrant/innen bei einem friedlichen Protest gegen die Verhaftung von 15 Schüler/innen wegen regimfeindlicher Graffiti.

²⁹ The Guardian (Online-Ausgabe): Even anti-western Syria is not immune to revolution, 22.03.2011: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/mar/21/syria-not-immune-to-arab-uprising>; Zugriff am 18.05.2012

³⁰ Stratfor: Protests Spread in Syria, 22.04.2011: E-Mail-Newsletter vom 22.04.2011

³¹ Human Rights Watch: “By All Means Necessary” – Individual and Command Responsibility for Crimes against Humanity in Syria, Dezember 2011, 2-5: https://www.ecoi.net/file_upload/1788_1323946954_syria1211webwcover-0.pdf; Zugriff am 18.05.2012

Schließlich begannen Soldaten und Offiziere zu desertieren – tendenziell allerdings aus den unteren Rängen. Ein Großteil der Sicherheitskräfte und das Spitzelsystem agiert weiterhin regimetreu.³² Es entstand die „Freie Syrische Armee“ (FSA), die die loyalen Sicherheitskräfte angreift und die Zentren der Demonstrationen zu schützen versucht. Diese bewaffneten Aktionen tragen jedoch auch zur Eskalation der Lage bei. Die FSA ist mangelhaft ausgestattet, zieht auch Kriminelle an und ist in lokale Kommandos aufgeteilt.³³ Statt des bewaffneten Schutzes der Demonstrationen vor dem Regime gibt es nun einen „escalating guerrilla war“ zwischen der Freien Syrischen Armee und dem Regime.³⁴ Der von der UNO vermittelte Waffenstillstand vom April 2012 wurde immer mehr ausgehöhlt³⁵ und im Sommer legte UN Vermittler Kofi Annan sein Amt nieder. Es gibt weiterhin Syrer/innen, die den friedlichen Widerstand bevorzugen,³⁶ und auf beiden Seiten gibt es Gegner/innen des Einsatzes von Gewalt.³⁷ Doch moderate Stimmen haben es mittlerweile immer schwerer, sich Gehör zu verschaffen.

Die Opposition bleibt auch über ein Jahr nach Beginn der Proteste gespalten. Die beiden wichtigsten Organisationen sind der „Syrische Nationalrat“, der aus überwiegend sunnitischen Exilpolitikern besteht, sowie das „Nationale Koordinationskomitee“. Die beiden vertreten unterschiedliche Meinungen bezüglich einer militärischen Intervention und eines Dialogs mit dem Regime. Der Syrische Nationalrat kam auch nur schwer mit der Freien Syrischen Armee zurecht.³⁸ Er steckt

zudem in einer internen Krise³⁹ und selbst einige seiner Mitglieder geben zu, dass er ebenso wie die in ihm stark vertretenen Muslimbrüder über wenig Einfluss in Syrien verfügt.⁴⁰ Deshalb wurde der Syrische Nationalrat nun Teil einer größeren Dachorganisation, der Nationalkoalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte,⁴¹ welche nun dem Syrischen Nationalrat auf internationaler Ebene den Rang ablaufen könnte.

Die Aufständischen gehören unterschiedlichen ideologischen Richtungen an, was das Formulieren klarer Forderungen und einer einheitlichen Politik erschwerte, sodass der Nationalrat anfänglich nur teilweise über Rückhalt in der breiten Bevölkerung verfügte. Daran ändert auch nichts, dass ihn das „Treffen der Freunde des syrischen Volkes“ – einem Gremium aus über 60 Staaten und Organisationen, ähnlich der Libyen-Kontaktgruppe⁴² – zu einem der legitimen Vertreter der Regimegegner erklärt hat.⁴³

Die Verschärfung der Lage im Land hat aber auch eine soziale Komponente: Der Rückhalt des Regimes im sunnitisch-christlichen Bürgertum in Aleppo und Damaskus schwindet, wie eine Demonstration im Damaszener Stadtteil Mezzeh am 18. Februar 2012 illustrierte.⁴⁴

³² SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 1

³³ Ibid., 1

³⁴ BBC News: Syria's slide towards civil war, 12.02.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16984219>; Zugriff am 18.04.2012

³⁵ Der Standard (Online-Ausgabe): Dutzende Tote bei Anschlägen in Damaskus, 11.05.2012: <http://derstandard.at/1336563055935/Dutzende-Tote-bei-Anschlaegen-in-Damaskus>; Zugriff am 16.05.2012

³⁶ BBC News: Stuck in the middle – Syria's moderate voices, 15.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18070086>; Zugriff am 15.05.2012 / The Economist (Online-Ausgabe): Try to stay peaceful, 5.05.2012: <http://www.economist.com/node/21554224>; Zugriff am 16.05.2012

³⁷ BBC News: Stuck in the middle – Syria's moderate voices, 15.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18070086>; Zugriff am 15.05.2012

³⁸ BBC News: Syria: What's behind the violence?, 14.03.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-17344858>; Zugriff am 16.05.2012

³⁹ Der Standard (Online-Ausgabe): Zersplitterte Opposition berät in Rom über Führung, 12.05.2012: <http://derstandard.at/1336696672916/Zersplitterte-Opposition-beraet-in-Rom-ueber-Fuehrung>; Zugriff am 16.05.2012

⁴⁰ Der Standard (Online-Ausgabe): Erneuerung des syrischen Nationalrats gescheitert, 15.05.2012: http://derstandard.at/1336696967389/Harrers-Analysen-Erneuerung-des-syrischen-Nationalrats-gescheitert?_blogGroup=1; Zugriff am 18.05.2012

Siehe auch: BBC News: Resignation' exposes rifts in Syrian opposition, 17.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18111380>; Zugriff am 18.05.2012

⁴¹ BBC News: Guide to the Syrian opposition, 12.11.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-15798218>; Zugriff am 18.12.2012

⁴² Zeit Online: Kofi Annan soll Syrien befrieden, 24.02.2012: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-02/syrien-annan-sondergesandter/komplettansicht>; Zugriff am 18.05.2012

⁴³ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 2

⁴⁴ IRIN News: Analysis: Inside the anti-uprising movement in Syria, 23.02.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94931/Analysis-Inside-the-anti-uprising-movement-in-Syria>; Zugriff am 25.04.2012

Auch Asseburg und Wimmen vermuten eine zunehmende Ablehnung des Regimes in bislang regierungstreuen Gegenden von Aleppo und Damaskus. SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 1-2

Das Regime Assad versucht seit April 2011 immer wieder sein Überleben durch tatsächliche oder angebliche Reformen zu sichern: Als „Ausländer“ (*Adschanib*) registrierte staatenlose Kurd/innen erhielten z.B. mittels des Dekrets 49 vom 7. April 2011 die Möglichkeit zur Wiedereinbürgerung. *Maktumin*, d.h. Staatenlose ohne Registrierungsmöglichkeit, waren jedoch nicht in die Wiedereinbürgerung durch das Dekret 49 eingeschlossen.⁴⁵ In ihrem Fall ignorieren die Behörden weiterhin den Artikel 3c des syrischen Staatsbürgerschaftsgesetzes über die Nationalität von Kindern von staatenlosen Eltern.⁴⁶ Am 13. September 2011 vermeldeten die syrischen Behörden, dass bisher 51.000 Adschanib die syrische Staatsbürgerschaft erhalten hätten.⁴⁷ Dabei stellt sich die Frage, wie bzw. ob sich dies auf das Verhältnis zu den nicht-kurdischen Bewohner/innen der Region⁴⁸ auswirken wird, denn zuvor dürfte es erheblichen Widerstand gegen die Einbürgerung gegeben haben.⁴⁹ Andere Maßnahmen betrafen die Verfassung. So wurde eine Verfassungsänderung vorgeschlagen, für die am 26. Februar 2012 trotz der Lage ein Referendum abgehalten wurde. Doch die Glaubwürdigkeit der Verfassungsänderung als Ausdruck eines echten Reformwillens des Regimes wird ebenso wie die Parlamentswahlen⁵⁰ stark in Zweifel gezogen. Baschar al-Assad kann nämlich trotzdem bis 2028 Präsident bleiben. Laut Verfassung bleibt de facto der Präsident der mächtigste Mann im Land – auch bei einem nun formal erlaubten Mehrparteiensystem. Die Baath-Partei hat schon längst an Einfluss zugunsten der Familie Assad verloren und die

Verfassung spiegelt dies nur wider.⁵¹ Ein ähnlicher Etikettenschwindel trifft auf den Ausnahmezustand zu: der Notstand wurde zwar aufgehoben, aber durch ein anderes Gesetz mit demselben Effekt ersetzt.⁵²

4.4 Die aktuellen Entwicklungen

Die Quellen- und Informationslage erlaubt keine Prognosen, die über die Darstellung allgemeiner Trends hinausgeht. Es gibt jedoch Bereiche, die etwas Aufschluss hinsichtlich der Lage geben:

Gewalt und Menschenrechtslage

Oppositionellen Schätzungen zufolge ist von mindestens 40.000 Toten seit Beginn des Konfliktes⁵³ und tausenden⁵⁴, möglicherweise sogar 25.000 politischen Gefangenen⁵⁵ auszugehen. Der einzige sich klar abzeichnende Trend ist, dass sich die Menschenrechtslage allgemein verschlechtert hat: Es gibt schwere Vorwürfe gegen die syrischen Sicherheitskräfte sowie deren Milizen⁵⁶, aber auch gegen die Einheiten der Aufständischen⁵⁷. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und Amnesty

⁴⁵ KurdWatch: Damaskus: Registrierte staatenlose Kurden werden eingebürgert, 8.04.2011: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=1402&z=de&cure=233>; Zugriff am 20.04.2011

⁴⁶ KurdWatch: Yeziden in Syrien – Zwischen Akzeptanz und Marginalisierung, Dezember 2010, S. 17-18: http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_yeziden_de.pdf; Zugriff am 19.04.2012

⁴⁷ KurdWatch: Damaskus: Zahl der eingebürgerten adschanib steigt auf 51 000, 16.09.2011: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2000&z=de&cure=233>; Zugriff am 20.04.2012

⁴⁸ Der syrisch-katholische Erzbischof von al-Hassaka Jacques Behnan Hindo lehnte im Jahr 2010 eine Einbürgerung der staatenlosen KurdInnen ab und forderte deren Ausweisung in den Nordirak. KurdWatch: Staatenlose Kurden in Syrien – Illegale Eindringlinge oder Opfer nationalistischer Politik?, Bericht 5, März 2010, S. 27-28: http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_staatenlose_de.pdf; Zugriff am 19.04.2012

⁴⁹ Dazu siehe: Ibid., S. 13-14, 27-28

„Gleichzeitig scheint es nicht allein innerhalb relevanter gesellschaftlicher Gruppen (wie der christlichen Kirchen), sondern auch innerhalb der Regierung bzw. des Staatsapparates einflussreiche Gegner einer Einbürgerung der adschanib bzw. Gegner jedweder Zugeständnisse gegenüber den Kurden zu geben.“ Ibid., S. 28

⁵⁰ Der Standard (Online-Ausgabe): Parlamentswahl „Teil der Maskerade des Regimes“, 7.05.2012: <http://derstandard.at/1334797199105/Parlamentswahl-Teil-der-Maskerade-des-Regimes>; Zugriff am 16.05.2012

⁵¹ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 2

Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 7. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

⁵² Stratfor: Protests Spread in Syria, 22.04.2011: E-Mail-Newsletter vom 22.04.2011

⁵³ Der Standard (Online-Ausgabe): Damaskus heftig umkämpft, 7.12.2012: <http://derstandard.at/1353208535508/Damaskus-heftig-umkaempft>; Zugriff am 7.12.2012
Im März 2012 beliefen sich die Schätzungen auf 10.000 Tote. Spiegel Online: Assad lässt sich im zerschossenen Homs feiern, 27.3.2012, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,824110,00.html>, Zugriff 29.3.2012.

⁵⁴ Amnesty International: Urgent Action – Syrische Friedensbräute „verschwunden“, 7.12.2012: <http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-350-2012/syrische-friedensbraute-verschwunden?destination=node%2F5309>; Zugriff am 18.12.2012

⁵⁵ Der Standard (Online-Ausgabe): Parlamentswahl „Teil der Maskerade des Regimes“, 7.05.2012

⁵⁶ Human Rights Watch: In Cold Blood: Summary Executions by Syrian Security Forces and Pro-Government Militias, April 2012, S.1-2 / Amnesty International: „I wanted to die“: Syria's torture survivors speak out“, 2012, S. 5-6: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/016/2012/en/708c3f40-538e-46a9-9798-ebae27f56946/mde240162012en.pdf>; Zugriff am 18.04.2012

⁵⁷ Zu Exekutionen von Gefangenen durch die Freie Syrische Armee siehe z.B.: BBC News: Syria's slide towards civil war, 12.02.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16984219>; Zugriff am 18.04.2012

International sprechen von möglichen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“⁵⁸ durch das Regime, Human Rights Watch von „Kriegsverbrechen“ in der Region Idlib kurz vor dem Waffenstillstand.⁵⁹

Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist ebenfalls von dem Konflikt direkt betroffen. So gibt es Berichte von Verhaftungen⁶⁰ und Verschwundenen⁶¹ aus Krankenhäusern. Es gibt auch Aussagen über Misshandlungen in mindestens fünf staatlichen Krankenhäusern von Patient/innen, die oppositioneller Aktivitäten verdächtigt wurden – auch durch das dortige medizinische Personal, wie z.B. absichtliche – teilweise tödliche – Vernachlässigungen durch das medizinische Personal. Die privaten medizinischen Einrichtungen wurden in ihren Behandlungsmöglichkeiten eingeschränkt und unterliegen Überwachungsmaßnahmen, um die Behandlung von eventuellen Oppositionellen zu entdecken.⁶²

Die Aktivitäten des Regimes gegen Auslandssyrer/innen

Erwartungsgemäß hat das syrische Regime seine Aktivitäten im Ausland verstärkt. Dazu gehören die Überwachung exilpolitischer Tätigkeiten, vermehrte Drohungen, aber auch Angriffe gegen Aktivist/innen wie z.B. das Verprügeln eines syrischstämmigen deutschen Lokalpolitikers⁶³. Berichte dazu gibt es in Nord- und Südamerika sowie aus Europa. Auslandssyrer/innen berichten auch über Verhöre

und andere Repressalien (z.B. Schläge) gegen ihre Angehörigen in Syrien.⁶⁴ Derzeit sind drei Verhaftungen in Deutschland⁶⁵ und den USA⁶⁶ wegen Drohungen gegen Exilsyrer/innen bekannt. Im Libanon – ein Sonderfall – kommt es sogar zu Auslieferungen von syrischen Aktivist/innen an die syrischen Behörden.⁶⁷

Syriens Verbündete

Außenpolitisch ist Syrien weitgehend isoliert. Die besten Beziehungen unterhält das Land (noch) mit Russland⁶⁸, Iran⁶⁹, Irak⁷⁰ und Libanon.⁷¹ Vor allem Russland und

⁵⁸ Der Standard (Online-Ausgabe): Ban Ki-moon spricht von Verbrechen gegen Menschlichkeit, 16.02.2012: <http://derstandard.at/1328507907742/UN-Generalsekretaer-bei-Fischer-Ban-Ki-moon-spricht-von-Verbrechen-gegen-Menschlichkeit>; Zugriff am 17.02.2012 / Amnesty International: „I wanted to die: Syria's torture survivors speak out“, 2012, S. 6

⁵⁹ BBC News: Syrian army guilty of 'war crimes' – Human Rights Watch, 2.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17921390>; Zugriff am 2.05.2012

⁶⁰ IRIN News: MIDDLE EAST: The year that was, 04.01.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94581/MIDDLE-EAST-The-year-that-was>; Zugriff am 25.04.2012

⁶¹ Human Rights Watch: Arab League: Report Publicly on Syria Mission, 20. Januar 2012

⁶² Amnesty International: Health Crisis – Syrian Government Targets the Wounded and Health Workers, Oktober 2011, S. 7, 9, 14, 21-22: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/059/2011/en/74190b0e-cbc4-4596-91fc-eb89863362d8/mde240592011en.pdf>; Zugriff am 16.05.2012

⁶³ Spiegel Online: Grünen-Politiker in Berlin überfallen, 27.12.2011: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrischer-menschenrechtler-gruenen-politiker-in-berlin-ueberfallen-a-805979.html>; Zugriff am 18.05.2012

⁶⁴ Amnesty International: The long reach of the mukhabaraat: Violence and harassment against Syrians abroad and their relatives back home, Oktober 2011: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/057/2011/en/31e11754-c369-4f17-8956-548b2f7e1766/mde240572011en.pdf>; Zugriff am 18.05.2012

Beispielsweise wurden die damals in Homs lebenden Eltern eines syrischen Pianisten, der mit seiner Musik die Opposition unterstützt, nach einem Auftritt des Pianisten im Weißen Haus verprügelt: Der Standard (Online-Ausgabe): „Heute ist Syrien wieder ein schöner Name“ – Interview von Gudrun Harrer, 21. April 2012: <http://derstandard.at/1334795774443/Interview-Heute-ist-Syrien-wieder-ein-schoener-Name>; Zugriff am 25.04.2012

⁶⁵ Zwei Verhaftungen in Deutschland – ein Syrer und ein Deutsch-Libanese: Spiegel Online: Zwei mutmaßliche syrische Spione in Berlin festgenommen, 07.02.2012: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/agenten-in-deutschland-zwei-mutmassliche-syrische-spione-in-berlin-festgenommen-a-813799.html>; Zugriff am 18.05.2012

⁶⁶ Verhaftung eines syrischstämmigen Amerikaners: Herald Tribune (Online-Ausgabe): U.S. Accuses Virginia Man of Espionage at Syria Protests, 12.10.2011: <http://www.heraldtribune.com/article/20111012/ZNYT03110123011?p=all&tc=pgall>; Zugriff am 18.05.2012

⁶⁷ Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 9-10. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

Daher gibt es Syrer/innen, die versuchen, vom Libanon aus, nach Jordanien zu gelangen: IRIN News: MIDDLE EAST: UN asks for help in responding to Syrian refugee crisis, 23.03.2012: <http://www.irinnews.org/Report/95149/MIDDLE-EAST-UN-asks-for-help-in-responding-to-Syrian-refugee-crisis>; Zugriff am 25.04.2012

⁶⁸ Zu den Motivationen Russlands siehe z.B.: Der Standard (Online-Ausgabe): UN-Veto: „Russland und China haben etwas zu befürchten“, Interview | Florian Niederndorfer, 06.10.2011: <http://derstandard.at/1317019454752/Sanktionen-gegen-Syrien-UN-Veto-Russland-und-China-haben-etwas-zu-befuerchten>; Zugriff am 6.10.2011; Der Standard (Online-Ausgabe): Mehr Waffenlieferungen an Syrien, 21.02.2012: <http://derstandard.at/1329703285451/Mehr-Waffenlieferungen-an-Syrien>; Zugriff am 22.02.2012

⁶⁹ Die Allianz mit dem Iran entstand bereits nach der Islamischen Revolution im Jahr 1979 und hatte auch mit der damaligen Rivalität zwischen Irak und Syrien zu tun. Sie führte jedoch Syrien in eine weitgehende Isolation von den anderen arabischen Staaten. Das verhinderte jedoch nicht den Aufstieg Syriens zu einer Regionalmacht im Nahen Osten in Bezug auf den israelisch-arabischen Konflikt. Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 2004, S. 405-406

Siehe auch: Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 8. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

⁷⁰ Ibid., 7

⁷¹ Die schiitische Hisbollah ist eine Verbündete Syriens, während die libanesischen Sunniten die syrischen Aufständischen unterstützen. Der Syrien-Konflikt könnte sich daher auch auf die Stabilität im Libanon auswirken. SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 3

dem Iran wird vorgeworfen, das Regime über den Irak und den Libanon mit Waffen zu versorgen.⁷²

So kann der Verbündete Iran z.B. die gegen das Regime verhängten Sanktionen untergraben.⁷³ Zudem hat Syrien noch das UN-Sicherheitsratsmitglied Russland (sowie China) mit Vetorecht⁷⁴ hinter sich. Der Irak⁷⁵ und der Libanon⁷⁶ verfügen nicht über den politischen Willen und die nötige Stabilität, sich gegen Syrien zu stellen. So kommt es beispielsweise zwar zu Hilfstransporten für die Opposition⁷⁷ über libanesisches und irakisches Territorium. Doch gibt es etwa im Fall des Libanon⁷⁸ genauso Befürworter/innen des Regimes unter den Politiker/innen, den Sicherheitskräften, der Bevölkerung und den bewaffneten Gruppen. Damit verfügt Syrien durchaus noch über Versorgungsmöglichkeiten für seinen Machtapparat aus diesen Nachbarländern und durch seine Verbündeten.

⁷² Z.B. aus dem Iran: Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 8. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

⁷³ "Tehran has thus extended political and material support for the Assad regime, including helping Syria organise repression, circumvent sanctions, monitor Internet traffic, shore up its currency and economy, acquire weaponry and mobilise their common allies." Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 8. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

⁷⁴ Der Standard (Online-Ausgabe): Rebellen greifen von See aus an, 29.04.2012: <http://derstandard.at/1334796546548/Rebellen-greifen-von-See-aus-an>; Zugriff am 30.04.2012

⁷⁵ Die irakische schiitisch-dominierte Regierung fürchtet zudem eine ihr gegenüber feindlich eingestellte sunnitische Regierung in Damaskus. Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 7. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

„Der Irak ist heute Niemandsland zwischen Iran und Saudi-Arabien.“ Der Standard (Online-Ausgabe): Arabische Liga: Warum drei Länder gegen den Ausschluss Syriens sind, 13.11.2011: http://derstandard.at/1319182706344/Harrers-Analysen-Arabische-Liga-Warum-drei-Laender-gegen-den-Ausschluss-Syriens-sind?_blogGroup=1; Zugriff am 14.11.2011

Diese Furcht hat nicht nur außenpolitische Gründe sondern reflektiert auch die sunnitsch-schiitischen Probleme im Irak.

⁷⁶ BBC News: Five killed in sectarian clashes in Lebanon's Tripoli, 14.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-18057407>; Zugriff am 15.05.2012

⁷⁷ Libanon: Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 11. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

Irak: Der Standard (Online-Ausgabe): Reger Waffenschmuggel vom Irak nach Syrien, 13.02.2012: <http://derstandard.at/1328507518803/Laut-Bagdad-Reger-Waffenschmuggel-vom-Irak-nach-Syrien>; Zugriff am 13.02.2012

⁷⁸ Am Beispiel der im Libanon entführten syrischen Oppositionellen wird dies deutlich: Daily Star (Online-Ausgabe): Activist says Hezbollah involved in abduction of Syrian opposition in Lebanon, 8.11.2012: <http://www.dailystar.com.lb/News/Politics/2011/Nov-08/153373-activist-says-hezbollah-involved-in-abduction-of-syrian-opposition-in-lebanon.aspx#ixzz1tiWtaYY6>; Zugriff am 2.05.2012

Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 10-12. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

Die Lage der irakischen und palästinensischen Flüchtlinge

67.000 von insgesamt einer Million Flüchtlingen (laut offiziellen syrischen Angaben) gingen im Jahr 2011 wegen der Sicherheitslage in Syrien in den Irak zurück – mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Aber für viele ist der Weg in ihre irakische Heimat zu gefährlich.⁷⁹ Etwa die Hälfte der 10.000 Iraker/innen in umkämpften Gegenden wie Deraa und Homs flohen innerhalb Syriens an andere Orte. Nur wenige irakische Flüchtlinge gingen bisher in den Libanon, Jordanien oder die Türkei. Jordanien lässt mittlerweile so gut wie keine Iraker/innen aus Syrien ins Land, weil es schon länger eine große Zahl an Iraker/innen beherbergt.⁸⁰ Besonders besorgniserregend ist die Lage der Flüchtlinge im Libanon. Diese war schon vor Beginn der Krise in Syrien, aufgrund der fehlenden rechtlichen Grundlagen für Asylsuchende bedenklich.⁸¹ Zudem muss befürchtet werden, dass die Sicherheitslage aufgrund des Syrien-Konflikts jederzeit kippen kann.⁸²

Unter den irakischen Flüchtlingen herrscht die Angst vor, in Syrien noch einmal jene Gewalt zu erleben, vor der man aus dem Irak geflohen ist. 18.000 Iraker/innen, die um Resettlement (z.B. in die USA) angesucht haben, dürfen jedoch nicht aus Syrien ausreisen, wenn sie nicht die Einstellung ihrer oft schon Jahre dauernden Verfahren riskieren wollen. Aber genau diese Umsiedlungsverfahren sind wegen der Lage in Syrien auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Unterdessen verschärft sich trotz einer Aufstockung der Hilfe durch UNHCR ihre Lage durch die steigenden Lebensmittelpreise, zumal Iraker/innen nicht legal in Syrien arbeiten dürfen. Ihre Jobs im informellen Sektor befanden sich vor allem im Tourismus, der jedoch besonders unter dem Konflikt leidet. Infolgedessen verfügen viele irakische Flüchtlinge gar nicht über die finanziellen Mittel, um das Land verlassen zu können. Gleichzeitig entsteht durch die interne Vertreibung von Syrern/innen eine

⁷⁹ Eine von IRIN News interviewte Irakerin berichtete, dass sie noch immer Drohanrufe aus dem Irak erhalte. IRIN News: Analysis: Syria's forgotten refugees, 23.04.2012: <http://www.irinnews.org/Report/95336/Analysis-Syria-s-forgotten-refugees>; Zugriff am 25.04.2012

⁸⁰ Ibid.

⁸¹ IRIN News: MIDDLE EAST: Refugees and IDPs by country, 4.10.2010: <http://www.irinnews.org/Report/90663/MIDDLE-EAST-Refugees-and-IDPs-by-country>; Zugriff am 25.04.2012

⁸² BBC News: Two die in first Beirut clashes over Syria conflict, 21.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18141604>; Zugriff am 22.05.2012

Konkurrenz um die knappe noch zur Verfügung stehende humanitäre Hilfe zwischen den beiden Gruppen.⁸³

Zu den irakischen Flüchtlingen kommen noch eine halbe Million Palästinenser/innen sowie etwa 8.000 Personen aus Afghanistan, Sudan, Äthiopien, Eritrea und Somalia dazu.⁸⁴ Die Internationale Organisation für Migration (IOM) bemühte sich um Mittel für den Fall einer Evakuierung der Iraker/innen und Palästinenser/innen.⁸⁵ Letztere verfügen, wie die Beispiele der Palästinenser/innen in Libyen von 2011 und zuvor der Palästinenser/innen aus dem Irak zeigen, über wenige Möglichkeiten, Aufnahme zu finden. So verweigerte z.B. Jordanien Palästinenser/innen aus dem Irak die Einreise,⁸⁶ nachdem bereits 1,9 Millionen Palästinenser/innen in Jordanien registriert sind.⁸⁷ Syrien hatte zuvor ebenfalls dem Großteil der palästinensischen Flüchtlinge aus dem Irak einen Aufenthaltsstatus verweigert.⁸⁸ Die für die humanitären Belange der bei ihr registrierten palästinensischen Flüchtlinge zuständige UNRWA (*UN Relief and Works Agency for Palestinian Refugees in the Near East*)⁸⁹ hatte Anfang Mai 2011 keinen Zugang zu den 30.000 palästinensischen Flüchtlingen in Deraa sowie zu verschiedenen anderen syrischen Städten und Stadtteilen.⁹⁰

⁸³ IRIN News: Analysis: Syria's forgotten refugees, 23.04.2012

⁸⁴ Ibid.

⁸⁵ IRIN News: MIDDLE EAST: UN asks for help in responding to Syrian refugee crisis, 23.03.2012: <http://www.irinnews.org/Report/95149/MIDDLE-EAST-UN-asks-for-help-in-responding-to-Syrian-refugee-crisis>; Zugriff am 25.04.2012

⁸⁶ IRIN News: Analysis: The Middle East's „invisible refugees“, 31.01.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94762/Analysis-The-Middle-East-s-invisible-refugees>; Zugriff am 25.04.2012

⁸⁷ IRIN News: MIDDLE EAST: Palestinian refugee numbers/whereabouts, 22.06.2010: <http://www.irinnews.org/Report/89571/MIDDLE-EAST-Palestinian-refugee-numbers-whereabouts>; Zugriff am 25.04.2012

⁸⁸ IRIN News: IRAQ-SYRIA: Some 40 stranded Palestinian refugees resettled in Chile, 07.04.2008: <http://www.irinnews.org/Report/77645/IRAQ-SYRIA-Some-40-stranded-Palestinian-refugees-resettled-in-Chile>; Zugriff am 22.05.2012

Amnesty International: Palestinian refugees from Iraq trapped on Syria-Iraq border, 5.12.2008: <http://www.amnesty.org.au/refugees/comments/19950/>; Zugriff am 22.05.2012

⁸⁹ Die Aufgaben der UNRWA sind: „Over time, UNRWA's mandate has evolved to focus on four main programmes: education, health, relief and social services, and microfinance. It operates in the West Bank and the Gaza Strip in oPt, Jordan, Lebanon and Syria.“ IRIN News: MIDDLE EAST: Palestinian refugee numbers/whereabouts, 22.06.2010

⁹⁰ Das Statement lautete u.a.: „I am concerned about the lack of humanitarian access to parts of Syria, including Dera'a, and cities on the coast including Latakia, Jablah, Baniyas, and Douma.“ [...] IRIN News: In Brief: Violence hurting Palestinians in Syria, 11.05.2011: <http://www.irinnews.org/Report/92683/In-Brief-Violence-hurting-Palestinians-in-Syria>; Zugriff am 25.04.2012

Die humanitäre Lage

Neben Flüchtlingen in Syrien benötigen aber nun mittlerweile auch Teile der einheimischen Bevölkerung Unterstützung. Eine gemeinsame Kommission aus UNO und der Organisation für Islamische Kooperation befand, dass eine Million Syrer/innen humanitäre Hilfe benötigt.⁹¹ Das World Food Program schätzte im Februar 2012 die Zahl der Menschen, deren Nahrungsmittelversorgung seit März 2011 nicht mehr gesichert ist, auf 1,4 Millionen, besonders in den Städten Homs, Hama, Deraa und Idlib sowie der Umgebung von Damaskus. Dabei handelt es sich hauptsächlich um ein Verteilungs- und Zugangsproblem (z.B. während der Belagerung von Homs) innerhalb des Landes,⁹² denn die aufgezählten Orte fielen besonders durch Proteste gegen das Regime (und deren Niederschlagung) auf. Diese ohnehin prekäre Lage wird durch Preissteigerungen bei Lebensmitteln weiter erschwert.⁹³ Mittlerweile benötigen 2,5 Millionen Menschen humanitäre Hilfe.⁹⁴

4.4.1 Die Gräben innerhalb der syrischen Gesellschaft

Zusätzliche Sprengkraft liegt in der konfessionellen und ethnischen Zusammensetzung von Regime und Opposition bzw. in der pauschalen Wahrnehmung von manchen Religionsgruppen als „regimetreu“⁹⁵. Das Regime instrumentalisiert dies

⁹¹ OIC – Organisation for Islamic Cooperation: News – Conclusion of a Joint OIC-UN Humanitarian needs assessment Mission to Syria, 2.04.2012: http://www.oic-oci.org/topic_detail.asp?t_id=6643&x_key=; Zugriff am 19.04.2012

⁹² IRIN News: Analysis: Worrying signs for food security in Syria, 21.02.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94914/Analysis-Worrying-signs-for-food-security-in-Syria>; Zugriff am 25.04.2012

⁹³ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 2

⁹⁴ UN-Generalversammlung: Implementation of General Assembly resolution 66/253 B on the situation in the Syrian Arab Republic – Report of the Secretary-General, 21.08.2012: http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1349104911_n1246820syria.pdf; Zugriff am 19.12.2012

⁹⁵ IRIN News: Analysis: Inside the anti-uprising movement in Syria, 23.02.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94931/Analysis-Inside-the-anti-uprising-movement-in-Syria>; Zugriff am 25.04.2012

Zu den konfessionellen Spannungen in Homs und der Warnung, dass aus dem Konflikt ein konfessioneller werden könnte, siehe z.B.: BBC News: Syria's slide towards civil war, 12.02.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16984219>; Zugriff am 18.04.2012

schon des Längeren.⁹⁶ Die Gefahr, dass der Bürgerkrieg vermehrt zu einem konfessionellen Konflikt⁹⁷ wird, wächst.

Auch die Gefahr der Verübung vermehrter großer Anschläge⁹⁸ auf Zivilist/innen⁹⁹ in ruhigeren Stadtteilen ist, zusätzlich zu der bereits vorhandenen Gewalt (zu der auch Entführungen¹⁰⁰ gehören) real. Al-Kaida hat ebenfalls zum Kampf gegen das Assad-Regime aufgerufen.¹⁰¹ Auch gegen das Regime werden immer wieder Anschuldigungen bezüglich einer möglichen Urheberchaft bei bereits erfolgten Anschlägen laut.¹⁰²

Es kam zudem zu mehreren ungeklärten und besonders brutalen Ermordungen kurdischer Politiker, die – je nach Analyse – der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) bzw. der Partei der Demokratischen Union (PYD) angelastet werden.¹⁰³ Diesem Ableger der PKK wird, so wie der PKK selbst, vorgeworfen, entgegen ihrer Beteuerungen für das syrische Regime tätig zu sein¹⁰⁴ – im Fall der PYD in Syrien¹⁰⁵ und im Fall der PKK auch im Libanon¹⁰⁶.

Es gibt jedoch noch immer eine beträchtliche Anzahl an Syrer/innen, welche das Regime unterstützen bzw. versuchen, sich aus dem Konflikt herauszuhalten,¹⁰⁷ denn das Regime hatte durchaus seine Profiteure:

„Der Assad-Clan förderte eine breite mittelständische Privatwirtschaft, die international vernetzt sein durfte. So schuf sich das Regime, das kaum über Rohstoffressourcen verfügt und in einer geopolitisch äußerst explosiven Region lebt, eine relativ große urbane Anhängerschaft, während andere Teile der Bevölkerung verarmten.“¹⁰⁸

⁹⁶ Z.B. BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16108755>; Zugriff am 19.04.2012

⁹⁷ BBC News: Syria's slide towards civil war, 12.02.2012

SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 1

⁹⁸ Anschläge gegen nahe Regierungseinrichtungen gibt es bereits, wobei unklar bleibt, wer wirklich dahinter steht – die Opposition (falls ja, welche Gruppe) oder das Regime: Der Standard (Online-Ausgabe): Neuer Anschlagversuch in Aleppo vereitelt, 11.05.2012: <http://derstandard.at/1336696628693/Neuer-Anschlagversuch-in-Aleppo-vereitelt>; Zugriff am 16.05.2012

⁹⁹ Hokayem sieht die Gefahr, dass extremistische islamistische Oppositionsgruppen in Syrien auf die Taktiken in Afghanistan und Irak zurückgreifen könnten. Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 13. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

¹⁰⁰ In diesem Beispiel endeten die Entführungen noch mit Freilassungen und der Vertreibung einer Familie: BBC News: Syria's slide towards civil war, 12.02.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16984219>; Zugriff am 18.04.2012

¹⁰¹ ORF News: Lage wird zusehends unübersichtlich, Publiziert am 22.02.2012: <http://news.orf.at/stories/2105522/2105523/>; Zugriff am 18.05.2012

¹⁰² Der Standard (Online-Ausgabe): Anschläge in Syrien: Keine schnellen Schlüsse, 23.12.2012: <http://derstandard.at/1324501217236/Anschlaege-in-Syrien-Keine-schnellen-Schluesse>; Zugriff am 18.05.2012 / Der Standard (Online-Ausgabe): Neuer Anschlagversuch in Aleppo vereitelt, 11.05.2012: <http://derstandard.at/1336696628693/Neuer-Anschlagversuch-in-Aleppo-vereitelt>; Zugriff am 16.05.2012

¹⁰³ Die Jamestown Foundation nennt nur die PKK: Jamestown Foundation: How Kurdish PKK Militants Are Exploiting the Crisis in Syria to Achieve Regional Autonomy, Terrorism Monitor, Volume X, Issue 7, 6.04.2012: http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Bwords%5D=8fd5893941d69d0be3f378576261ae3e&tx_ttnews%5Bany_of_the_words%5D=PKK%20Syria&tx_ttnews%5Btt_news%5D=39235&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=1466ef54d24609d4a7d5010705860e49; Zugriff am 20.04.2012

Die PYD wird wiederum in Berichten von KurdWatch immer wieder mit den Morden in Verbindung gebracht: Z.B. KurdWatch: Ad-Darbasiya: Aktivist bei Entführung getötet, 05.04.2012: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2495&z=de&cure=246>; Zugriff am 18.04.2012; KurdWatch: Al-Qamischli: Mischal at-Tammu bei Attentat getötet, 10.10.2011: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2075&z=de&cure=233>; Zugriff 14.12.2011

¹⁰⁴ Bereits vor dem Jahr 2011 gab es Gerüchte, dass Syrien trotz des offiziellen Bruchs mit der PKK diese weiterhin unterstützen würde. Jamestown Foundation (Brandon, James): The PKK and Syria's Kurds, Terrorism Monitor Volume: 5 Issue: 3, 21.02.2007: http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=1014; Zugriff am 20.04.2012

¹⁰⁵ Siehe vorgehende Fußnote.

¹⁰⁶ Daily Star (Online-Ausgabe): Activist says Hezbollah involved in abduction of Syrian opposition in Lebanon, 8.11.2012: <http://www.dailystar.com.lb/News/Politics/2011/Nov-08/153373-activist-says-hezbollah-involved-in-abduction-of-syrian-opposition-in-lebanon.ashx#ixzz1tiWtaYY6>; Zugriff am 2.05.2012

¹⁰⁷ BBC News: Fear and defiance amid Syria ceasefire, 16.04.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17734946>; Zugriff am 17.04.2012

¹⁰⁸ Der Freitag (Sabine Kebir): Wenn der Stein erst einmal rollt, 12.04.2012: <http://www.freitag.de/politik/1215-wenn-der-stein-erst-einmal-rollt>; Zugriff am 20.04.2012

Z.B. bei den Christ/innen: IRIN News: Analysis: Inside the anti-uprising movement in Syria, 23.02.2012: <http://www.irinnews.org/Report/94931/Analysis-Inside-the-anti-uprising-movement-in-Syria>; Zugriff am 25.04.2012

Bei vielen Syrer/innen – besonders bei Angehörigen der zahlenmäßig kleinen Religionsgemeinschaften¹⁰⁹ sowie auch Teilen der sunnitischen Bevölkerung – steht die Angst vor einem konfessionellen Bürgerkrieg im Vordergrund. Sie sehen durch die Opposition den Status Quo und damit sich selbst gefährdet. Vor allem fürchten sie sich vor einer eventuellen zukünftigen Dominanz extremistischer sunnitischer Islamisten¹¹⁰ oder vor einem Krieg ähnlich den Kriegen im Irak¹¹¹ und zuvor im Libanon:

*“As the international community increasingly turns against Assad, analysts say a consistent proportion of Syrians have maintained a detached, if not hostile, position towards the ‘opposition’. Their reasons range from a desire for stability, regardless of its authoritarian enforcement, to the perception that elements of the opposition are inherently violent and radical. Ethnic minorities view the uprising through a survivalist lens, fostered by the narrative of the regime and some personal accounts. This has further polarized versions of the events and reduced the possibility of any reconciliation.”*¹¹²

Dies macht jedoch noch lange nicht alle Gegner/innen der Opposition zu Unterstützer/innen des Regimes.¹¹³ Da die Religionsführer¹¹⁴ noch immer offiziell hinter dem Regime stehen und das Regime bereits seit Jahrzehnten die anerkannten religiösen Minderheiten¹¹⁵ kooptierte, besteht die Gefahr, dass das Stillhalten vieler Minderheitenangehöriger missverstanden und als pauschal regimetreue wahrgenommen wird.

¹⁰⁹ Z.B. bei den Christ/innen: BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹¹⁰ : BBC News: Fear and defiance amid Syria ceasefire, 16.04.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17734946>; Zugriff am 17.04.2012

¹¹¹ IRIN News: Analysis: Inside the anti-uprising movement in Syria, 23.02.2012

¹¹² Ibid.

¹¹³ Zu ambivalenteren Haltungen siehe z.B. Ibid.

¹¹⁴ Z.B. in Form von Ansprachen bei Demonstrationen in Unterstützung des Regimes: BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹¹⁵ Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 2004, S. 406

Auch wenn durchaus auch Angehörige aller konfessionellen Minderheiten an den Aktivitäten der Opposition teilnehmen¹¹⁶, so sind die Alawit/innen (die offiziellen Zahlen von 8 bis 15% der Bevölkerung¹¹⁷ erscheint überhöht) und die Christ/innen (ca. 10% der Bevölkerung)¹¹⁸ auf bestem Wege zwischen die Fronten zu geraten.¹¹⁹ Hinzukommt, dass der wachsende Druck, sich für eine Seite zu entscheiden, diese Religionsgemeinschaften zu zerreißen droht.¹²⁰

Die Aufständischen spielen die bereits vorhandenen konfessionellen Spannungen offiziell herunter. Sie verabsäumen es aber nicht, sich von Attacken vor allem gegen Alawit/innen und zu einem kleineren Teil gegen Christ/innen zu distanzieren. Das Regime wiederum fördert die wachsenden Gräben zwischen den

¹¹⁶ Einige Armenier/innen: Asbarez.com: Between a Rock and a Hard Place: The Armenians in Syria, 17.02.2012: <http://asbarez.com/101061/between-a-rock-and-a-hard-place-the-armenians-in-syria/>; Zugriff am 2.05.2012

In Zabadani scheinen sich die meisten Christ/innen inklusive des Pfarrers gegen das Regime gestellt zu haben. In Damaskus sollen die Christ/innen hingegen noch immer zu einem großen Teil hinter dem Regime stehen. The Economist (Online-Ausgabe): Try to stay peaceful, 5.05. 2012: <http://www.economist.com/node/21554224>; Zugriff am 16.05.2012

Z.B. eine syrische Alawitin, die in Deutschland lebt: Amnesty International: The long reach of the mukhabaraat: Violence and harassment against Syrians abroad and their relatives back home, Oktober 2011: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/057/2011/en/31e11754-c369-4f17-8956-548b2f7e1766/mde240572011en.pdf>; Zugriff am 18.05.2012

Stratfor berichtete im Frühjahr 2011 von kleinen Demonstrationen von Druz/innen. Stratfor: Protests Spread in Syria, 22.04.2011: E-Mail-Newsletter vom 22.04.2011

¹¹⁷ BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹¹⁸ Ibid.

¹¹⁹ Zu vermehrter Gewalt zwischen Sunnit/innen und Alawit/innen: SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 1, 3

Zu Angriff auf Christ/innen: Kathweb – Katholische Presseagentur Österreichs: Syrien: 50.000 Christen von Homs haben Stadt verlassen – Syrisch-orthodoxer Bischofssitz von Aufständischen besetzt – Christen stehen vor dem Nichts, 26.04.2012: <http://www.kathpress.at/site/nachrichten/database/46482.html>; Zugriff am 26.04.2012

Zum Dilemma der Armenier/innen siehe: Asbarez.com: Between a Rock and a Hard Place: The Armenians in Syria, 17.02.2012

¹²⁰ Siehe z.B. die unterschiedliche Haltung der Christ/innen von Zabadani und Damaskus. The Economist (Online-Ausgabe): Try to stay peaceful, 5.05.2012

Konfessionen.¹²¹ Dabei hatten die Alawit/innen vor dem März 2011 im Patronage-system von Baschar al-Assad an Boden verloren und alawitische Oppositionelle hatten mit härterer Repression zu rechnen als andere. Damit wollte das Regime sich mit allen Mitteln die Loyalität dieser Gemeinschaft sichern.¹²²

Die Drus/innen (500.000 bis 700.000 Personen)¹²³ befinden sich zwar ebenfalls in einer Zwickmühle¹²⁴, könnten aber von ihrem Ruf profitieren, sich prinzipiell hinter jede herrschende Regierung zu stellen¹²⁵, so lange man sie in Ruhe lässt.¹²⁶ Außerdem können sie noch von ihrer Rolle in der syrischen Geschichte (Aufstand gegen die französische Mandatsmacht)¹²⁷ profitieren. Ihr größter Vorteil ist jedoch, dass sie über relativ geschlossene Siedlungsgebiete (besonders Jabal ad-Duruz/Hauran-Gebirge¹²⁸, Golan) verfügen. Dennoch können die Drus/innen in den Fokus sunnitischer Extremisten¹²⁹ geraten, denn sie werden selbst von neutralen Beob-

¹²¹ „Internally, sectarian divisions, as well as mutual sectarian kidnappings and killings and the increasingly violent nature of the crisis has put fear in the hearts of many Syrians. The regime is ultimately responsible for these developments by fuelling sectarian tensions and its brutal response has caused anger and outrage. But the opposition, partly out of fear of confirming the regime's narrative, has systematically minimized or failed to frankly condemn sectarian anti-Alawite (and to some extent anti-Christian) violence, which has caused it to also lose some credibility. Finally, the clear and constant sectarian agitation coming from the Gulf countries has further complicated the internal picture.“ VIDC – Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Omar S. Dahi): A Syrian Dilemma, Newsletter Nr. 20/2012, 30.03.2012

¹²² Thoma, Nadja: Syrien – zwischen Beständigkeit und Wandel – Gesellschaftliche Strukturen und politisches System, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 6/2008, Wien, Juni 2008, S.27-28 Zur Vertretung der verschiedenen Religionen in führenden Positionen unter Hafiz al-Assad siehe ibid., S. 30

¹²³ BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹²⁴ Siehe Bemühungen von Präsident Assad und dem Anführer des Großteils der libanesischen Drus/innen, Walid Jumblatt: Ibid.

Stratfor berichtete im Frühjahr 2011 von kleinen Demonstrationen von Drus/innen. Stratfor: Protests Spread in Syria, 22.04.2011

¹²⁵ IRIN News: ISRAEL-SYRIA: Golan's Druze community divided over protests, 17.05.2011: <http://www.irinnews.org/Report/92741/ISRAEL-SYRIA-Golan-s-Druze-community-divided-over-protests>; Zugriff am 25.04.2012

¹²⁶ Siehe drusische Rolle in dem Aufstand gegen Frankreich 1925-1927.

¹²⁷ Die große Revolte von 1925-1927 gegen die französische Mandatsbesatzung nahm ihren Ausgang von Jabal Druze, wurde jedoch von Frankreich brutal (inklusive Bombardement von Damaskus) niedergeschlagen. Etwa 6 000 Syrer/innen starben in dem Aufstand. Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 2004, S. 222-223

¹²⁸ Zur Problematik der Gebietsbezeichnung „Jabal ad-Duruz“ siehe: Thoma, Nadja: Syrien – zwischen Beständigkeit und Wandel – Gesellschaftliche Strukturen und politisches System, Juni 2008, S. 24-25

¹²⁹ Syrische Extremisten, die nach 2003 im Irak gegen die dortigen Schiit/innen und die USA gekämpft haben, sollen nun in Syrien ihren Kampf gegen die ihrer Ansicht nach noch ungläubigeren Alawit/innen fortsetzen. Der Standard (Online-Ausgabe): Aufstand in Syrien: Klarheiten und Unklarheiten, 22.07.2011 18:15: <http://derstandard.at/1310511955684/Aufstand-in-Syrien-Klarheiten-und-Unklarheiten>; Zugriff am 25.07.2011

achtern oft nicht als Muslim/innen, sondern als de facto eigenständige Religionsgemeinschaft¹³⁰ angesehen.

Ein ähnliches Problem haben die Jesid/innen bei denen ihre geringe Zahl (45.000 bis 50.000 Personen¹³¹), ihr niedriger gesellschaftlicher Status sowie ihre kurdische Ethnizität¹³² sie quasi unsichtbar machen: Das internationale mediale Interesse an ihrer Zukunft ist im Vergleich zu der der Christ/innen kaum vorhanden¹³³ (ähnlich wie im Irak). Daher bemühte sich die Opposition erst gar nicht, Versicherungen zu ihrem Schutz abzugeben. Hinzu kommt, dass das Verhältnis zwischen den arabischen und kurdischen Oppositionsgruppen gespannt ist,¹³⁴ und Teile der muslimischen Kurden/innen so wie manche andere Syrer/innen Vorbehalte gegen Jesid/innen¹³⁵ hegen.

Die Jesid/innen haben auch nicht den Vorteil der Christ/innen¹³⁶ und Drus/innen, in der syrischen Geschichte und Gesellschaft oder der Wirtschaft eine als positiv wahrgenommene Rolle gespielt zu haben. Die geringe Größe der Religionsgemeinschaft¹³⁷, ihre ländlichen Siedlungsgebiete an der Peripherie des Landes in Afrin bei Aleppo und Jazeera in al-Hassaka¹³⁸ und die Tatsache, dass die meisten

¹³⁰ Thoma, Nadja: Syrien – zwischen Beständigkeit und Wandel – Gesellschaftliche Strukturen und politisches System, Juni 2008, S. 24

Eine andere Variante ist die Vermeidung einer expliziten Zuordnung zum Islam bzw. eines Ausschlüssens. Z.B. IRIN News: ISRAEL-SYRIA: Golan's Druze community divided over protests, 17.05.2011

BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹³¹ Es gibt sehr differierende Schätzungen – eine davon lautet z.B. 45.000 bis 50.000 Personen. Siehe: KurdWatch: Yeziden in Syrien – Zwischen Akzeptanz und Marginalisierung, Dezember 2010, S. 5: http://www.kurdwatch.org/pdf/kurdwatch_yeziden_de.pdf; Zugriff am 19.04.2012

¹³² Ibid., S. 1

¹³³ In folgendem Artikel werden sie z.B. gar nicht erwähnt, obwohl die kurdische Minderheit thematisiert wird: BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹³⁴ Siehe z.B.: KurdWatch: Istanbul: Kurden verlassen syrisches Oppositionstreffen, 31.03.2012: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2491&z=de&cure=246>; Zugriff am 18.05.2012

¹³⁵ KurdWatch: Yeziden in Syrien – Zwischen Akzeptanz und Marginalisierung, Dezember 2010, S. 4, 8, 9

¹³⁶ Christ/innen spielten z.B. in der Entwicklung des arabischen Nationalismus eine bedeutende Rolle und haben ein attraktives Schulsystem aufgebaut. Thoma, Nadja: Syrien – zwischen Beständigkeit und Wandel – Gesellschaftliche Strukturen und politisches System, Juni 2008, S. 23. Dieses ist auch für andere Religionsangehörige zugänglich. Gespräch mit zwei Absolvent/innen und einem Schüler einer christlichen Schule – alle Sunniten im Sommer 1999 in Aleppo.

¹³⁷ KurdWatch: Yeziden in Syrien – Zwischen Akzeptanz und Marginalisierung, Dezember 2010, S. 5

¹³⁸ Ibid., S. 5

Angehörigen ihrer Gruppe bis 2011 staatenlos waren,¹³⁹ verstärkt ihre gesellschaftliche und politische Marginalisierung.

Die Ismailis, eine schiitische Sekte von etwa 200.000 Personen mit dem Aga Khan als geistliches Oberhaupt, leben vor allem in der Stadt Salamia nahe Hama. In Salamia kam es bisher sowohl zu regimiekritischen wie regimetreunden Kundgebungen.¹⁴⁰ Dies könnte auf Gräben innerhalb der kleinen Konfession hindeuten.

Die wachsenden Spannungen zwischen den Konfessionen lösen Befürchtungen aus, dass das Land in verschiedene Machtbereiche oder gar Staaten entlang konfessioneller oder ethnischer Linien zerfallen könnte.¹⁴¹ Versuche in Richtung der Schaffung eines neuen Staates würden ein politisches Erdbeben in der Region auslösen, und auch die Lage in den Nachbarstaaten beeinflussen, was sich wiederum auf die Lage in Syrien auswirken würde.

4.4.2 Mögliche Szenarien

Mögliche Szenarien (ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne Gewichtung der Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens), die einander nicht unbedingt ausschließen:

- Intensivierung des Bürgerkriegs mit konfessionellen¹⁴² und ethnischen Komponenten¹⁴³ mit oder ohne Regimesturz.
- In Zusammenhang mit einem Bürgerkrieg ist auch das Szenario eines Zerfalls Syriens entlang konfessioneller und/oder ethnischer Linien skizziert worden.¹⁴⁴

¹³⁹ Am 13. September 2011 vermeldeten die syrischen Behörden, dass bisher 51000 Adschanib die syrische Staatsbürgerschaft erhalten hätten. KurdWatch: Damaskus: Zahl der eingebürgerten adschanib steigt auf 51 000, 16.09.2011: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2000&z=de&cure=233>; Zugriff am 20.04.2012

„Maktumin“ – Staatenlose ohne Registrierungsmöglichkeit waren nicht in die Wiedereinbürgerung durch das Dekret 49 eingeschlossen. KurdWatch: Damaskus: Registrierte staatenlose Kurden werden eingebürgert, 8.04.2011: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=1402&z=de&cure=233>; Zugriff am 20.04.2011

¹⁴⁰ BBC News: Guide: Syria's diverse minorities, 9.12.2012

¹⁴¹ Z.B. von einem syrischen Armenier: Asbarez.com: Between a Rock and a Hard Place: The Armenians in Syria, 17.02.2012

¹⁴² SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 3

¹⁴³ Z.B. SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Markus Kaim): Die Krise in Syrien – Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens, SWP-Aktuell 11, Februar 2012, 2: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A11_kim.pdf; Zugriff am 24.04.2012

¹⁴⁴ Asbarez.com: Between a Rock and a Hard Place: The Armenians in Syria, 17.02.2012

- Konsolidierung des Regimes¹⁴⁵, eventuell mit Rücktritt Assads.¹⁴⁶
- Hinausgezögertes Ende des Regimes.¹⁴⁷
- Internationale Intervention: Es gibt verschiedenste Varianten,¹⁴⁸ aber keine scheint derzeit realistisch oder wünschenswert. Eine direkte Militärintervention¹⁴⁹ mit Bodentruppen scheint unwahrscheinlich, während Luftschläge wahrscheinlicher wären. Das Abwarten in Bezug auf eine Intervention könnte sich aber schnell unter dem Druck der Ereignisse (z.B. noch massiverer Gewalt) ändern.¹⁵⁰ Gelder aus den Golfstaaten fließen bereits jetzt mit US-Hilfe in Richtung Aufständische und sollen auch für Waffen verwendet werden.¹⁵¹
- Problematik von einsickernden Kräften (Radikalisierung der Auseinandersetzung) aus dem benachbarten Ausland (vor allem aus dem Irak)¹⁵², was zu einer weiteren Verkomplizierung der Lage führt.

¹⁴⁵ Folgende Zeilen könnten in diese Richtung hin interpretiert werden: „Some Arab analysts in touch with regime thinking believe it does understand that there will be a price to be paid for survival in any form – perhaps the formation of a government with opposition figures prominent in it.“ BBC News (Jim Muir): Syria crisis: Can UN mission succeed?, 24.04.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-17829440>; Zugriff am 25.04.2012

In diesem Artikel wird dieses Szenario etwas näher beschrieben: SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 2-3

Auch Hokayem sieht das Regime noch nicht unbedingt zwingend am Ende: Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 14. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

¹⁴⁶ Stratfor: Geopolitical Diary: Syrian Regime May Survive, But With Reduced Clout, E-Mail-Newsletter vom 31.01.2012

¹⁴⁷ Dies würde wohl in etwa dem Muster folgen, das von Asseburg und Wimmen als „Implosion des Regimes“ beschrieben wurde: SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 3

¹⁴⁸ Auch die derzeit im Raum stehenden Szenarien für ein militärisches Eingreifen illustrieren die ausgeprägten Unwägbarkeiten. Siehe: SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Markus Kaim): Die Krise in Syrien – Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens, SWP-Aktuell 11, Februar 2012

¹⁴⁹ Siehe z.B.: VIDC – Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Omar S. Dahi): A Syrian Dilemma, Newsletter Nr. 20/2012, 30.03.2012

¹⁵⁰ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 3, 4

¹⁵¹ Der Standard (Online-Ausgabe): Berichte über verstärkte Waffenlieferungen an Rebellen, 16.05.2012, 22:38: <http://derstandard.at/1336697121420/Berichte-ueber-verstaerkte-Waffenlieferungen-an-Rebellen>; Zugriff am 18.05.2012

¹⁵² IRIN News: Analysis: Inside the anti-uprising movement in Syria, 23.02.2012

Siehe auch: BBC News: Profile: Syria's Al-Nusra Front, 12.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18048033>; Zugriff am 15.05.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18048033>; Zugriff am 15.05.2012

Die International Crisis Group empfahl einen ernsthaften Dialog zwischen Regime und Opposition¹⁵³ gerade aufgrund der komplexen Ausgangslage in Syrien.

Zum besseren Verständnis der Lage in Syrien empfiehlt es sich, zwischen einer inneren und äußeren Perspektive zu unterscheiden, die für die weitere Entwicklung relevant sind:

- Die innere Perspektive ergibt sich aus den konfessionellen und ethnischen Spannungen und der Dynamik des Konflikts sowie der nicht wirklich geeinten syrischen Opposition, von welcher jedoch einige Bestandteile immer besser organisiert zu sein scheinen. Selbst die Kurd/innen bieten kein geeintes Bild: Auch zwischen ihren Parteien gibt es Meinungsverschiedenheiten.¹⁵⁴
- Die äußere Perspektive beinhaltet die Unterstützung von Iran und Russland¹⁵⁵ für das Regime, sowie die offizielle Unterstützung bzw. das Nichtmittragen von internationalen Sanktionen durch die Nachbarländer Syriens Libanon und Irak¹⁵⁶. Die Vereinten Nationen verfügen aufgrund der Haltung der Vetomächte Russland und China nur über eingeschränkten Handlungsspielraum¹⁵⁷, zumal die Frage offen bleibt, was die Außenwelt wirklich für ein ef-

¹⁵³ International Crisis Group: Now or Never: A Negotiated Transition for Syria, Policy Briefing, Middle East Briefing N°32, 5.03.2012, 1-4: https://www.ecoi.net/file_upload/2016_1331540772_b032-now-or-never-a-negotiated-transition-for-syria.pdf; Zugriff am 18.05.2012

Asseburg und Wimmen schließen jedoch einen Machtwechsel nach einem Dialog zwischen Regime und Aufständischen aus: SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 1

¹⁵⁴ KurdWatch: Al-Qamischli: Demonstranten kritisieren islamische Slogans, 16.05.2012: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2532&z=de&cure=246>; Zugriff am 18.05.2012 / KurdWatch: Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Yekiti und Demokratischer Yekiti, 13.05.2012: <http://www.kurdwatch.org/index.php?aid=2530&z=de&cure=246>; Zugriff am 18.05.2012

¹⁵⁵ In Bezug auf die Wirksamkeit der Sanktionen wäre besonders eine geänderte Linie Russlands wichtig. SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 4

¹⁵⁶ Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 8-12. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

¹⁵⁷ Es gibt noch immer kein vom UN-Sicherheitsrat verhängtes Waffenembargo gegen Syrien. Der Standard (Online-Ausgabe): UN-Diplomaten: Nordkorea wollte Waffenmaterial liefern, 17.05.2012: <http://derstandard.at/1336697176883/UN-Diplomaten-Nordkorea-wollte-Waffenmaterial-liefern>; Zugriff am 18.05.2012

fektives Ende der Gewalt abseits von Sanktionen und Signalen an das Regime und die Oppositionsgruppen tun kann. Die Waffenlieferungen¹⁵⁸ und/oder offene/verdeckte militärische Interventionen könnten die Lage auch verschlimmern.¹⁵⁹ Besonders wichtige Staaten, die sich im letzten Jahr gegen das Assad-Regime gestellt haben, sind die Türkei¹⁶⁰ und Qatar¹⁶¹ sowie das traditionell mit Syrien rivalisierende Saudi-Arabien¹⁶².

4.5 Conclusio

Abschließend lässt sich feststellen, dass selbst wenn ein Regimewechsel stattfinden würde, ein tief gespaltenes Land voller Waffen, neuer Konfliktlinien und alter nicht beglichener Rechnungen zurückbliebe. Sogar unter idealen Bedingungen würde es lange dauern, einigermaßen stabile Verhältnisse aufzubauen. Aber mit jedem Totesopfer mehr verlängert sich diese Phase der Instabilität und auch die Gefahr von massiven Nebeneffekten vor allem auf den ohnehin nicht sehr stabilen Libanon und eventuell auch auf den Irak.

Da bereits jetzt mehrere Staaten in den Konflikt involviert sind und versuchen ihre außenpolitischen Interessen zu wahren oder auszubauen, besteht die Gefahr, dass selbst bei einer Beendigung des Konflikts die Staaten sich weiterhin in die syrische Politik einmischen werden. Entsprechend der Vielfalt des Landes und der Komplexität des Konflikts gibt es daher mehrere Möglichkeiten, in welche Richtung sich Syrien bewegen wird.

¹⁵⁸ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Muriel Asseburg, Heiko Wimmen): Der gewaltsame Machtkampf in Syrien – Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, 4

¹⁵⁹ SWP – Stiftung für Wissenschaft und Politik (Markus Kaim): Die Krise in Syrien – Möglichkeiten und Grenzen militärischen Eingreifens, SWP-Aktuell 11, Februar 2012, 3-4

¹⁶⁰ Hokayem, Emile: Syria and its Neighbours, 9-10. In: Survival: Global Politics and Strategy, 54:2, 2012, 7-14

¹⁶¹ Ibid., 13

¹⁶² Ibid., 12

KAPITEL 5

IRAK

Mag. Sabina Catar

5.1 Einleitung

5.2 Der Irak seit 2003

5.3 Die Lage der religiösen Minderheiten

5.4 Aktuelle Lage und Ausblick

5.1 Einleitung

In seiner heutigen Form existiert der Irak seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, seine endgültige Unabhängigkeit erhielt das Land jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit jeher war die Geschichte der ethnisch und konfessionell heterogenen Nation von gewalttätigen Auseinandersetzungen geprägt. Vor allem die Kurdenfrage führte zu Bürgerkriegen (1975, 1988), die unter der Regierung Saddam Husseins mit besonderer Härte geführt wurden. Die Schaffung der kurdischen Selbstverwaltung im Norden des Landes Anfang der 1990er Jahre führte dazu, dass die Bevölkerung des Nordirak ganz andere politische Erfahrungen als der Rest des Landes machte. Im Folgenden können nur einige Eckpunkte der Entwicklung des Irak seit 2003 ausgeführt werden, von denen anzunehmen ist, dass sie von Bedeutung für die Zukunft des Landes sind.

5.2 Der Irak seit 2003

Die von den USA initiierte *Operation Iraqi Freedom*¹ endete zunächst erfolgreich mit dem Sturz Saddam Husseins. Sie basierte jedoch insoweit auf einer unglücklichen

¹ Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East – Third Edition, Cambridge (MA), 2004, S. 547;
BBC News: Country profile: Iraq, 10.01.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14542954>;
Zugriff am 23.05.2012

Beurteilung der Lage, als den zivilen Aspekten der Invasion anfänglich zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Erst nachdem wertvolle Wochen verstrichen waren, entschloss sich US-Verteidigungsminister Rumsfeld den Prozess des Staatsaufbaus (*Nation Building*) voranzutreiben. Nach allgemeiner Einschätzung erfolgte dies zu spät und in viel zu geringem Ausmaß: So wurden zum Beispiel nur 245.000 Mann Truppenstärke eingesetzt – im Krieg um Kuwait 1991 kamen im Vergleich 500.000 Mann zum Einsatz. Die relativ geringe Anzahl an Sicherheitskräften trug maßgeblich zur dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage bei. Das und die Auflösung der Baath-Partei frustrierte wichtige Elemente in der Mittelschicht, die zum Teil bedeutende Rollen in der Verwaltung innehatten und aus deren Reihen wichtige Widerstandsgruppen hervorgingen.² Besonders kritisiert wurde zum Beispiel die Entlassung von 25.000 bis 65.000 Parteimitgliedern aus der Beamtenschaft, darunter auch jene, welche zur Mitgliedschaft in der Partei gezwungen waren wie Lehrer/innen. Der Folterskandal von Abu Ghraib sowie der als überproportional empfundene Einsatz von Gewalt beim Vorgehen gegen die bewaffneten Gruppen durch die Koalitionstruppen erzürnten derweil einen großen Teil der irakischen Bevölkerung.³ Schließlich wurde auch gegen den Einspruch der US Armee der Großteil der irakischen Sicherheitskräfte entlassen. Mit diesem Schritt entfremdete die US-Besatzungsmacht potentiell Kooperationswillige in diesem Bereich.⁴ Auf diese Arbeitslosen konnten dann die sunnitischen Kämpfer, kriminelle Gruppen und konfessionell definierte Milizen zurückgreifen.⁵ Erst Jahre später durfte ein Teil der von den Entlassungsmaßnahmen Betroffenen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren.⁶ Der Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen benötigte Zeit,⁷ die man aber nicht hatte: Die Aufständischen – allen voran Al-Kaida – setzten immer mehr Gewalt ein und ihre Bombenanschläge mit bis zu hunderten Toten täglich wurden immer häufiger.⁸ Zudem sprach sich Premierminister al-Maliki immer wieder gegen die Aufstellung von gemischt sunnitisch-schiitischen oder sun-

nitisch dominierten Brigaden aus, da er einem Machtzuwachs der Sunnit/innen nach dem US-Abzug vorbeugen wollte.⁹

Die Gewalt zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppen folgte dem Muster Angriff-Gegenangriff und umfasste unter anderem Vertreibungen, Attentate und Selbstmordanschläge. Konfessionell definierten Milizen gelang es, die Kontrolle ganzer Stadtteile z.B. in Bagdad zu erlangen.¹⁰

Die wachsende Unsicherheit vertrieb 1,8 Millionen Iraker/innen aus dem Land und machte 1,6 Millionen zu Binnenflüchtlingen. Besonders die Mittelschicht war betroffen, und der Irak büßte die Hälfte seiner Ärzt/innen ein.¹¹ Erst 2008 begann sich das Blatt wieder zu wenden, und die Sicherheitslage verbesserte sich.¹² Das neue irakische Militär hatte Fortschritte gemacht.¹³ Im Jahr zuvor waren die US-Truppen aufgestockt worden. Zudem wurden Waffenstillstände mit 779 Milizen geschlossen. Daraufhin beteiligten sich auch Angehörige arabischer Stämme an der Bekämpfung der Aufständischen.¹⁴

Nach der Bildung der irakischen Übergangsregierung im Juni 2004 folgten die ersten Wahlen (für ein Übergangsparlament) seit fünfzig Jahren, bei denen mehrere Parteien antreten durften.¹⁵ Der Boykott der Wahlen durch sunnitisch dominierte Parteien¹⁶ sorgte für eine von Schiit/innen bestimmte Koalition und schloss die Sunnit/innen von wichtigen politischen Schritten, wie etwa der Erstellung der neuen Verfassung aus. Dies verhalf wiederum den bewaffneten regierungsfeindlichen sunnitischen Gruppen zu mehr Zulauf. Im Jahr 2005 nahmen an den Parlamentswahlen jedoch wieder verstärkt Sunnit/innen teil, und sie beteiligten sich an der nationalen Einheitsregierung. Diese war jedoch von schiitischen Gruppen dominiert.¹⁷

² Bierling, Stephan: Geschichte des Irakkriegs – Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten, München, 2010, S. 121-122, 113-115, 123-124

³ Ibid. S. 137, 139, 148-150, 155-156

⁴ Ibid., S. 131, 133-134, 136

⁵ Ibid., S. 135

⁶ Ibid., S. 191, 195

⁷ Ibid., S. 188

⁸ BBC News: Country profile: Iraq

⁹ Ibid., S. 187-188

¹⁰ Bierling, Sturz Saddams, S. 170, 172

¹¹ Ibid., S. 174

¹² BBC News: Country profile: Iraq

¹³ Ibid.

¹⁴ Bierling, Sturz Saddams, S. 184-186

¹⁵ BBC News: Country profile: Iraq

¹⁶ Bierling, Sturz Saddams, S. 169

¹⁷ Ibid., S. 169-170

Allerdings gab es auch unter den drei schiitischen Regierungsparteien Meinungsverschiedenheiten vor allem bezüglich der Rolle der Religion oder des Einflusses des Iran im Irak. 2008 scheiterte die irakische Regierung daran, diese Verbesserungen in grundlegende politische Lösungen und Fortschritte umzuwandeln: „Ein kleiner Lichtblick war, dass oft in letzter Minute noch Kompromisse erreicht wurden und die Sicherheitskräfte wuchsen und zunehmend professioneller wurden.“¹⁸

Die Parlamentswahlen vom 7. März 2010 sorgten bereits im Vorfeld für einen Eklat, weil fast 600 Kandidaten und 25 Parteien wegen ihrer angeblichen Nähe zu Saddam Husseins Regime ausgeschlossen wurden. Den Ausschluß verstanden die Sunnit/innen als Maßnahme zum Ausbau des Machtvorsprungs der Schiit/innen, zumal dem Leiter der Wahlkommission eine enge Beziehung zum (schiitischen) Iran nachgesagt wurde. Die Wahlen wurden auch von Anschlägen in der Zeit davor und von Spannungen entlang der *trigger line* – der Demarkationslinie zwischen Kurdistan und dem arabischen Irak – überschattet. Trotzdem gingen die Wahlen relativ gewaltfrei über die Bühne und die Wahlbeteiligung war mit über 60% angesichts der Probleme im Vorfeld hoch. Doch nach den Wahlen kam ein weiteres Problem hinzu: Aufgrund des knappen Wahlergebnisses zwischen dem früheren Premierminister Allawi und Premierminister al-Maliki verzögerte sich die Regierungsbildung.¹⁹ Die Regierung funktionierte auch im Jahr 2011 nicht wirklich²⁰ und seit dem Abzug der letzten US-Truppen im Dezember 2011 herrscht eine noch hartnäckigere Regierungskrise als zuvor.²¹ Genauso schlecht schneidet der Irak in Bezug auf Demokratie ab:

“Iraq is not an electoral democracy. Although it has conducted meaningful elections, political participation and decision-making in the country remain seriously impaired by sectarian and insurgent violence, widespread corruption, and the influence of foreign powers.”²²

¹⁸ Bierling, Sturz Saddams, S. 199. Siehe auch S. 210-211

¹⁹ Ibid., S. 211-212, 214

²⁰ BBC News: Arab unrest: Iraq's struggle a warning for protesters, 25.04.2011: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13187181>; Zugriff am 28.07.2011

Siehe auch: Zenith – Zeitschrift für den Orient (Online-Ausgabe): Gipfel der Krise, 30.06.2011: <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/artikel/gipfel-der-krise-002013/>; Zugriff am 1.07.2011

²¹ BBC News: Iraq profile – Timeline, 10.01.2012: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-14546763>; Zugriff am 23.05.2012

²² FH – Freedom House, Freedom in the World – Iraq (2011), ohne Datum: <http://old.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8058>; Zugriff am 23.05.2012

Die Korruption ist gravierend: Der Irak belegt im Transparency International Index Platz 175 von 178.²³ Besonders Premierminister al-Maliki und seinem Vorgänger Allawi wird Schuld für die Dauerkrise gegeben:

„Die politische Krise im Irak hat vor allem zwei Gesichter: Nuri Al-Maliki und Iyad Allawi. Beide waren maßgeblich an der Bildung der so genannten Regierung der nationalen Einheit beteiligt, nun bekämpfen sie sich gegenseitig, ihre Lager sind untereinander verfeindet; zu einem offenen Eklat kam es, als sich zwei Abgeordnete im Parlament verprügelten. Dieser Streit legt jede Regierungsarbeit lahm, er ist auch der Grund, warum die drei Ministerposten für Sicherheit bis jetzt nicht besetzt worden sind. Sie wurden kommissarisch von Al-Maliki übernommen.“

Wichtige Gesetzesvorlagen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, werden aus parteiinternem Machtkalkül blockiert. Auch der Kampf gegen die ausufernde Korruption leidet darunter.

Auf friedliche Proteste reagieren die Sicherheitskräfte mit offener Unterdrückung. Um radikale Islamisten in den eigenen Reihen zu beschwichtigen, hat die Regierung begonnen, demokratische Rechte zu beschneiden. Sie vernachlässigt den Schutz von religiösen und ethnischen Minderheiten, die nicht nur von Terroristen angegriffen, sondern auch im Alltag diskriminiert werden.“²⁴

Die Autonomieregion Kurdistan erlebt jedoch bereits seit 1991 eine eigene Entwicklung:

“Home to one-fifth of the country's population, the autonomous Kurdish region constitutes a distinct polity within Iraq, with its own flag, military units, and language. The 111-seat regional legislature remains dominated by the allied PUK and KDP, despite the presence of the new Goran opposition bloc following 2009 elections. The Kurdish region's political leaders profess their commitment to remaining part of a federal Iraqi state, but Kurdish security forces maintain a de facto border with the rest of Iraq, Iraqi

²³ Ibid.

²⁴ Zenith – Zeitschrift für den Orient (Online-Ausgabe): Gipfel der Krise, 30.06.2011

*Arabs are often treated as foreigners, and the regional government frequently acts in its own interest over Baghdad's objections.*²⁵

Die beiden Parteien PUK („Patriotische Union Kurdistan“) und KDP („Demokratische Partei Kurdistan“) haben sich die politische und wirtschaftliche Macht dermaßen aufgeteilt, dass Bürger/innen der Autonomieregion gezwungen sind, der jeweiligen in ihrem Gebiet dominanten Partei beizutreten – PUK in Sulaymaniyah und KDP in Arbil und Dohuk.²⁶

Der Arabische Frühling erreichte auch den Irak, wo Tausende gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die Korruption und die schlechte Menschenrechtslage auf die Straße gingen. Sie protestierten gegen schlechte Lebensmittelrationen und Stromausfälle. Die Gouverneure von Basra, Babel und Wasit traten daraufhin zurück.²⁷ Außerdem kamen beim Einsatz der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden am 24. Februar 2011 zwölf Demonstrant/innen ums Leben. Die Zahl der verletzten unbewaffneten Demonstrant/innen und Journalist/innen belief sich auf über 100. Das Vorgehen gegen die Proteste in Sulaymaniyah ähnelte dem in Bagdad. In beiden Städten attackierten Bewaffnete in Zivil die Protestteilnehmer/innen. Es folgten zudem Restriktionen für Demonstrationen in Bagdad.²⁸ Der Umgang mit dem Arabischen Frühling im Irak änderte sich auch später nicht:²⁹

²⁵ FH - Freedom House, Freedom in the World - Iraq (2011)

²⁶ USDOS – US Department of State: 2010 Human Rights Report: Iraq, 2010 Country Reports on Human Rights Practices, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, 8. April 2011: http://www.ecoi.net/local_link/158229/275163_de.html; Zugriff am 5.09.2011

²⁷ Niqash: What has the 100 day initiative really achieved?, 08.06.2011: <http://www.niqash.org/content.php?contentTypeID=75&id=2852&lang=0>; Zugriff am 18.07.2011

Siehe auch: Zenith: Gipfel der Krise

²⁸ HRW - Human Rights Watch: Protest Organizers Beaten, Detained, 02.06.2011: http://www.ecoi.net/local_link/161239/280006_de.html; Zugriff am 5.09.2011

Siehe auch: Zenith: Gipfel der Krise

HRW - Human Rights Watch: World Report 2012, 22.01.2012: http://www.ecoi.net/local_link/208800/328730_de.html; Zugriff am 23.05.2012

²⁹ Siehe auch: International Crisis Group: Failing Oversight: Iraq's Unchecked Government, Middle East Report N°113, 26.09.2011, 1-2: https://www.ecoi.net/file_upload/2016_1317643350_113-failing-oversight-iraqs-unchecked-government.pdf; Zugriff am 21.05.2012

Siehe auch: Niqash: What has the 100 day initiative really achieved?, 08.06.2011: <http://www.niqash.org/content.php?contentTypeID=75&id=2852&lang=0>; Zugriff am 18.07.2011

HRW - Human Rights Watch: Protest Organizers Beaten, Detained, 02. Juni 2011: https://www.ecoi.net/local_link/161239/280006_de.html; Zugriff am 21.05.2012

„Acht Jahre nach dem Sturz des Diktators Saddam Hussein empfinden viele Iraker die Lage in ihrem Land als unerträglich. Seit Wochen protestieren sie jeden Freitag auf dem »Platz der Befreiung« im Herzen von Bagdad. Sie beklagen die miserable Versorgungslage, die um sich greifende Korruption und den konfessionellen und ethnischen Proporz bei der Verteilung von Ämtern. Und nach wie vor sind Terroranschläge und gezielte Tötungen an der Tagesordnung.

Um den Demonstranten den Wind aus den Segeln zu nehmen, stellte der Ministerpräsident seinen etwa 40 Ministern ein 100-Tage-Ultimatum, um greifbare Ergebnisse bei der Verbesserung der Regierungsarbeit präsentieren zu können.

*Als dies nichts nutzte, ließ die Dawa-Partei Malikis Anhänger ausgerechnet auf dem Tahrir-Platz marschieren, wo sich die jungen Leute jeden Freitag treffen. Es kam zu Rangeleien und Übergriffen auf junge Aktivisten und Journalisten, Szenen, die an die Einsätze von Schlägertrupps zur Niederwerfung von Demonstrationen in Kairo oder Teheran erinnern. Demonstranten berichteten auch, dass Sicherheitskräfte in Zivilkleidung an den Übergriffen beteiligt waren.*³⁰

Zur Sicherheitslage

Im Vergleich zum Jahr 2010 gab es 2011 einen leichten Anstieg der Opferzahlen und auch das Jahr 2012 weist bereits³¹ höhere Zahlen von zivilen Toten auf als die letzten beiden Jahre. Somit kann nicht von einer Verbesserung der Lage gesprochen werden. Der Konflikt stagniert auf einem gewissen Niveau an Gewalt, das jedoch stark unter jenem der Jahre 2003 bis 2008 liegt.

³⁰ Zenith – Zeitschrift für den Orient (Online-Ausgabe): Gipfel der Krise, 30.06.2011: <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/artikel/gipfel-der-krise-002013/>; Zugriff am 1.07.2011

³¹ Stand der Recherche: Mai 2012

Abbildung 1: Dokumentierte zivile Todesopfer durch Gewalt im Irak

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Jänner	3	597	1.176	1.543	2.925	818	333	263	389	524
Februar	2	652	1.268	1.565	2.590	1.030	374	304	252	356
März	3.977	989	854	1.935	2.675	1.610	425	335	308	376
April	3.437	1.302	1.114	1.767	2.486	1.262	505	382	287	392
Mai	547	657	1.323	2.247	2.799	792	339	379	379	300
Juni	594	896	1.296	2.540	2.168	696	498	379	386	528
Juli	651	816	1.520	3.266	2.658	607	403	426	307	464
August	796	863	2.260	2.818	2.400	614	614	516	400	422
September	561	1.030	1.414	2.534	1.292	557	332	254	397	396
Oktober	520	1.000	1.294	2.961	1.244	547	434	312	365	287
November	488	1.603	1.461	3.024	1.084	519	214	306	277	237
Dezember	528	1.023	1.134	2.824	959	575	459	217	388	25
	12.104	11.428	16.114	29.024	25.280	9.627	4.930	4.073	4.135	4.307

Quelle: Iraq Body Count: Documented civilian deaths from violence, Stand 5.12.2012:
<http://www.iraqbodycount.org/database/>; Zugriff am 18.12.2012; eigene Darstellung

Die Liste besonders gefährdeter Personen umfasst Angehörige verschiedener gesellschaftlicher, religiöser oder ethnischer Minderheiten sowie bestimmter Berufsgruppen.³²

Auch die Kurdenfrage bleibt ungelöst: Entlang der trigger line sind weiterhin auf einer Seite kurdische Sicherheitskräfte stationiert und auf der anderen solche der zentralirakischen Armee. Diese spannungsgeladene Grenze entlang der „umstrittenen Gebiete“ zieht sich von Syrien bis zum Iran. In diesen Gebieten leben verschiedene Volksgruppen und reichliche Erdölvorkommen wurden nachgewiesen.³³ Der Status der Gebiete ist eben wie der Name besagt umstritten:

³² UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Note on the Continued Applicability of the April 2009 UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, Juli 2010. Siehe auch: BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Irak - Zur Gefährdung der Zivilbevölkerung durch bewaffnete Konflikte, Informationszentrum Asyl und Migration, Juni 2011

³³ International Crisis Group (Joost Hiltermann): Of Blood, Oil and Kurdistan, The National Interest, 02.06.2011: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-syria-lebanon/iraq/hiltermann-of-blood-oil-and-kurdistan.aspx>; Zugriff am 20.06.2011

Siehe auch: Foreign Policy (Joost Hiltermann), Thank Goodness for Iraq's Census Disaster, 8.10.2010: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-syria-lebanon/iraq/hiltermann-thank-goodness-for-iraq-census-disaster.aspx>; Zugriff 13.10.2010

„Weitere Gefährdungsfaktoren für die Sicherheit liegen unter anderem darin, dass weder der Status von Kirkuk noch der Status der übrigen umstrittenen Gebiete zwischen der irakischen Zentralregierung in Bagdad und der kurdischen Regionalregierung in Arbil geklärt ist.“³⁴

Kirkuk steht dabei im Zentrum des Machtkampfes: Der kurdische Wunsch wäre die Eingliederung der Stadt in die Autonomieregion Kurdistan. Die turkmenische Bevölkerung wünscht sich einen autonomen Status für Kirkuk, und die Araber/innen würden gerne die Direktverwaltung durch die Zentralregierung beibehalten.³⁵ Die Beilegung dieses Streits gilt als zentral für die Zukunft des Irak.³⁶

5.3 Die Lage der religiösen Minderheiten

Die Folgen der Entwicklungen seit 2003 waren für das Zusammenleben der verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen im Irak verheerend:

“Large percentages of the country's smallest religious minorities – which include Chaldo-Assyrian and other Christians, Sabeen Mandaean, and Yazidis – have fled the country in recent years, threatening these ancient communities' very existence in Iraq; the diminished numbers that remain face official discrimination, marginalization, and neglect, particularly in areas of northern Iraq over which the Iraqi government and the Kurdistan Regional Government (KRG) dispute control.”³⁷

Die Sicherheitslage bei den kurdischen Jesid/innen, die das Ziel der größten Anschläge waren, hat sich mittlerweile verbessert. Aber so wie auch andere ethnische

³⁴ BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Irak - Zur Gefährdung der Zivilbevölkerung durch bewaffnete Konflikte

³⁵ International Crisis Group (Joost Hiltermann): Of Blood, Oil and Kurdistan, The National Interest, 02.06.2011: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-syria-lebanon/iraq/hiltermann-of-blood-oil-and-kurdistan.aspx>; Zugriff am 20.06.2011

³⁶ Foreign Policy (Joost Hiltermann), Thank Goodness for Iraq's Census Disaster, 8.10.2010: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/iraq-syria-lebanon/iraq/hiltermann-thank-goodness-for-iraq-census-disaster.aspx>; Zugriff 13.10.2010

³⁷ U.S. Commission on International Religious Freedom: U.S. Commission on International Religious Freedom 2012 Annual Report, (Covering April 1, 2011 – February 29, 2012), März 2012 S. 8: <http://www.uscifr.gov/images/Annual%20Report%20of%20USCIRF%202011%282%29.pdf>; Zugriff am 21.05.2012

und religiöse Minderheiten sind sie zwischen die Fronten in den umstrittenen Gebieten entlang der trigger line geraten³⁸ und drohen daran aufgegeben zu werden.

Folgende Tabelle illustriert die religiöse und ethnische Vielfalt des Irak und ihren Schwund:

Abbildung 2: Bevölkerungsdaten und Beschreibung der Minderheiten im Irak, 2003 und 2011

		2003	2011
Christians	Predominantly Assyrian, Chaldean, Armenian, and Syriac; most live in or around the Kurdistan Region; a small number of Armenians live in Basrah.	1.4 million	400,000 to 600,000
Turkmen	Descendants of Ottoman Empire-era soldiers and traders, about 60% of Turkmen are Sunni Muslim and the rest are Shia.	800,000	2000,000
Sabaeans	Gnostics who follow John the Baptist, Sabaeans do not accept converts and must live near a river to observe religious rites; concentrated in southern Iraq.	60,000 to 70,000	5,000 to 10,000
Yazidis	Ancient group with religious traditions drawn from Zoroastrianism, Manicheism, Islam, Christianity, and Judaism; Yazidis do not accept converts or marry outside the faith; concentrated around Sinjar Mountain west of Mosul.	600,000 to 700,000	Less than 500,000
Shabaks	Most identify as Shia and the rest as Sunni, but do not observe all pillars of Islam and draw religious traditions from Yazidis and Sufism. Shabaks have lived along the Ninewa Plains since 1502.	400,000 to 500,000	200,000 to 500,000
Feyli Kurds	Ethnically Kurdish Shia, the Feyli live mainly in Diyala province along the Iranian border, in Baghdad, and in Iran. Under Saddam Hussein's regime, they were stripped of Iraqi citizenship.	1 million to 1,5 million	100,000 to 120,000
Kaka'is	Kurds who speak their own dialect, Kaka'is draw religious traditions from Yazidis, Zoroastrianism, and Shia Islam. They live primarily in Kirkuk and Mosul.	200,000	60,000 to 70,000

Note: Some population estimates were obtained from community leaders who met with the Minority Rights Group International; others were taken from SIGIR Interviews with community leaders and U.S. government reports.

Quelle: CSIS – Center for Strategic & International Studies (Anthony H. Cordesman & Sam Khazai): Iraq and the Challenge of Continuing Violence, 6.02.2012, 24: http://csis.org/files/publication/120206_Iraq_Violence.pdf; Zugriff am 23.05.2012 / eigene Darstellung

³⁸ Siehe z.B. UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: UNHCR's Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Iraqi Asylum-Seekers, United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), Genf, April 2009

Die Mandäer/Sabäer stellen die kleinste religiöse Minderheit dar und trotz ihres rapiden Dahinschwindens wird ihre prekäre Lage kaum medial thematisiert: Diese Minderheit läuft Gefahr, aus ihrer angestammten Heimat ganz zu verschwinden.

Durch Flucht und Vertreibung kam es im ehemaligen multiethnischen Bagdad zu einer Entflechtung, sodass in kurzer Zeit ganze Stadtteile, die Domäne jeweils einer einzigen konfessionellen Gruppe ohne Platz für andere wurden.³⁹ Je nach Schätzung wurden 1,3 bis 1,6 Millionen Menschen seit Februar 2006 (Bombenanschlag von Samarra) zu Binnenvertriebenen. Dazu kommen etwa eine Million Iraker/innen, die bereits zuvor Binnenflüchtlinge waren.⁴⁰ Die Iraker/innen, die das Land verlassen haben, bilden nun große Diasporagemeinden in Syrien und Jordanien, wo ihre Lage aus unterschiedlichen Gründen immer schwieriger wird.

5.4 Aktuelle Lage und Ausblick

Die aktuelle Lage ist weiterhin vom Gegensatz Kurd/innen versus Araber/innen sowie arabische Sunnit/innen versus arabische Schiit/innen geprägt. Dabei geht es nicht nur um die Macht im Staat und die Verteilung von Ressourcen (Öleinnahmen, Konfliktherd Kirkuk), sondern auch um die außenpolitische Ausrichtung des Landes – insbesondere das Verhältnis zu Iran, Syrien, Saudi-Arabien und USA. Was das Verhältnis zu den USA und andere Belange angeht, so herrscht bei den Parteien der schiitischen Bevölkerungsmehrheit keine einheitliche Meinung. Die Schiit/innen verdanken ihren politischen Aufstieg den USA, aber auch dem Iran – sehr zum Ärger vieler irakischer Sunnit/innen und Saudi-Arabiens. Das wahhabitische Saudi-Arabien fürchtet die Vorbildwirkung für die Schiit/innen im eigenen Land und den Aufstieg des Iran zu einer Regionalmacht.

³⁹ Wenn man 2006 als Beginn ansetzt, so waren spätestens 2009 diese Homogenisierungen vollzogen. Siehe: Schweizer Flüchtlingshilfe: Irak – Update: Die aktuelle Entwicklung im Zentral- und Südirak, 5.11.2009, S. 19: http://www.ecoi.net/file_upload/1002_1257590987_irak-die-aktuelle-entwicklung-im-zentral-und-suedirak.pdf; Zugriff am 23.05.2012

⁴⁰ IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre: IRAQ:Response still centred on return despite increasing IDP demands for local integration - A profile of the internal displacement situation, 10.10.2011, S. 3: [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/CCE717078C732F29C125792100523DC7/\\$file/Iraq-October-2011.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/CCE717078C732F29C125792100523DC7/$file/Iraq-October-2011.pdf); Zugriff am 21.05.2012

Der Aufstand in Syrien stellt neue Herausforderungen an den Irak, dessen schiitisch dominierte Regierung das Assad-Regime offiziell unterstützt. Bagdad fürchtet vor allem nach dem Sturz des mit Iran verbündeten Assad-Regimes eine sunnitisch dominierte Außenpolitik des Nachbarlandes. Möglicherweise fürchtet Premierminister al-Maliki auch eine Stärkung der Sunnit/innen – Araber/innen wie Kurd/innen – im eigenen Land und ein Wiederaufleben der im Frühjahr 2011 beinahe völlig niedergeschlagenen Forderungen nach Reformen. Der Aufstand wird von arabischen Sunnit/innen (und wohl auch Kurd/innen) im Irak begrüßt und zumindest auch aktiv von arabischen Sunnit/innen entlang der syrischen Grenze unterstützt.

Im kurdischen Nordirak treffen nun vermehrt Flüchtlinge aus Syrien ein: Seit Jahresbeginn 2011 suchten laut Human Rights Watch 5.000 Personen aus Syrien – großteils Kurd/innen – Zuflucht in der Autonomieregion Kurdistan.⁴¹ Gleichzeitig macht der Konflikt in Syrien die Lage der dortigen irakischen Flüchtlinge immer schwieriger. Eine massenhafte Rückkehr dieser Menschen wird der Irak schwer verkraften können, wenn ihm schon die Integration der irakischen Binnenvertriebenen⁴² kaum gelingt. Eine Rückkehr in die ursprünglichen Gebiete ist für die Vertriebenen oft nicht möglich.

Andererseits könnte der Irak vorübergehend von der Lage in Syrien profitieren, indem Waffen und Kämpfer aus dem Bereich der sunnitischen Jihadisten nun nach Syrien abwandern. Dennoch: Die Gräben in der irakischen Gesellschaft entlang konfessioneller und ethnischer Bruchlinien und die damit einhergehenden Spannungen werden die irakische Politik auch weiterhin bestimmen. Dies gilt auch für die trigger line, an der sich die Sicherheitskräfte der Kurdischen Autonomieregion und der irakischen Zentralregierung gegenüberstehen.

Diese Machtkämpfe lähmen das politische System, und untergraben zusätzlich die Glaubwürdigkeit des formal demokratischen Regierungsapparats. Korruption ist weit verbreitet und die undemokratische Vorgehensweisen der Regierung al-Maliki (z.B. das Vorgehen gegen NGOs) sorgen für Beunruhigung und schüchtern Kritiker/innen ein.⁴³ Die irakische Regierung ebenso wie die Regionalregierung Kurdistan werden sich früher oder später wieder den Forderungen ihrer Bürger/innen stellen müssen. Der Konflikt in Syrien und die Erinnerung an die Gewalt im eigenen Land könnten zwar das Wiederaufleben der Forderungen der Iraker/innen vom Frühjahr 2011 dämpfen, aber angesichts des potentiellen Reichtums des Landes und der ernüchternden Realität werden sich die kritischen Stimmen wieder vermehrt Gehör verschaffen. Es sei denn die zentralirakische Regierung wie auch die kurdische Regionalregierung leiten grundsätzliche Reformen ein.

⁴¹ Human Rights Watch, Syrian Kurds Fleeing to Iraqi Safe Haven, 14.05.2012: <http://www.unhcr.org/refworld/docid/4fb24a4c2.html>; Zugriff am 21.05.2012

⁴² Zur Lage der Internvertriebenen siehe z.B.: IDMC - Internal Displacement Monitoring Centre: IRAQ:Response still centred on return despite increasing IDP demands for local integration - A profile of the internal displacement situation, 10.10.2011: [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/CCE717078C732F29C125792100523DC7/\\$file/Iraq-October-2011.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/CCE717078C732F29C125792100523DC7/$file/Iraq-October-2011.pdf); Zugriff am 21.05.2012

⁴³ International Crisis Group: Failing Oversight: Iraq's Unchecked Government, Middle East Report N°113, 26.09.2011, i-ii, 2-3: https://www.ecoi.net/file_upload/2016_1317643350_113-failing-oversight-iraqs-unchecked-government.pdf; Zugriff am 21.05.2012

KAPITEL 6

IRAN

Mag. Simone Langanger

6.1 Einleitung

6.2 Geschichte des modernen Iran unter den Pahlawis

6.3 Aktuelle Lage

6.4 Konfessionelle Situation

6.5 Lage der afghanischen Flüchtlinge

6.6 Ausblick

6.1 Einleitung

Der Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) vom Herbst 2011 brachte eine neue Dynamik in die Debatte um das iranische Atomprogramm, die mittlerweile seit zehn Jahren geführt wird. Die darin enthaltenen Ausführungen und Erläuterungen zur Uran-Anreicherungsfähigkeit alarmierten sowohl regionale als auch internationale Akteure. Die Reaktionen bestanden zum einen in der Verschärfung der seit 2006 bestehenden UN-Sanktionen, zum anderen in einem massiven „Säbelrasseln“ zwischen Israel und dem Iran. Diese internationalen Sanktionen wirken sich mittlerweile auf die iranische Wirtschaft aus, sie werden für die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Inflation verantwortlich gemacht. Jedenfalls verstärkten sie die Krise in der sich die iranische Wirtschaft seit Jahren befindet, obwohl der Iran weltweit die drittgrößten Ölreserven besitzt und der zweitgrößte Ölproduzent innerhalb der OPEC ist. Viele gut ausgebildete iranische Staatsbürger/innen verlassen das Land, was zu einem massiven *Brain Drain*¹ führt.

¹ Der Verlust für ein Land als Folge der Abwanderung einer (hoch)qualifizierten Person: EMN: Glossar zu Asyl und Migration 2.0. Ein Instrument zur besseren Vergleichbarkeit. Luxemburg, Europäische Union, 2012, S. 52

In Hinblick auf das iranische Atomprogramm ist noch anzumerken, dass die diesbezüglichen Informationen oft nur schwer zu verifizieren sind. Gerüchte, Intransparenz des Programms und unterschiedliche Lesarten der IAEA-Berichte tragen zu Verwirrung bei.

6.2 Geschichte des modernen Iran unter den Pahlawis

Der Iran wurde 1907 zwischen Russland im Norden und Großbritannien im Süden in Interessenszonen aufgeteilt. Dazwischen lag eine neutrale Pufferzone². Die staatliche Souveränität des Irans war somit stark eingeschränkt.

Reza Khan machte sich im Jahr 1921 mithilfe eines Staatsstreichs unter Ausnutzung anti-britischer Unruhen zuerst zum Kriegsminister und 1923 zum Ministerpräsident. Schließlich stürzte er 1925 die Dynastie der Kadscharen und bestieg als Schah Reza Pahlawi den Thron. Seine Herrschaft stützte er auf das Militär, mit dem er eine rücksichtslose autoritäre Modernisierung des Landes und der Gesellschaft durchführte. Dabei lehnte er sich teilweise an die Ideen des zur selben Zeit in der Türkei an die Macht gekommenen Kemal Atatürk an. In kurzer Zeit gelang es ihm, viele Reformen durchzusetzen, die in der Bevölkerung jedoch auf zum Teil heftigen Widerstand stießen.³ Reza Schah gelang es zum einen nicht den Einfluss der beiden Mächte Russland und Großbritannien zurückzudrängen, zum anderen verhinderten seine Sympathien für Großdeutschland, dass er Irans Neutralität während des Zweiten Weltkrieges wahren konnte. 1941 marschierten Russland und Großbritannien im Iran ein, zwangen den Schah zum Abdanken und setzten seinen Sohn Mohammed Reza als seinen Nachfolger ein.⁴

² GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, 2006; S 606

³ GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, 2006; S 606 / Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 3.5.2012 / Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 3. Auflage, 2004, Simon Fraser University; S 186 / US DOS – United States Department of States: Background Note: Iran, last update 17.2.2011, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/5314.htm> Zugriff 3.5.2012

⁴ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 3.5.2012 / Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 3.5.2012 / US DOS – United States Department of States: Background Note: Iran, last update 17.2.2011, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/5314.htm> Zugriff 3.5.2012

Anfang der 1950er Jahre kam es zum Bruch zwischen dem Schah und dem Premierminister Mohammed Mossadegh, da dieser die von den Briten dominierte iranische Ölindustrie verstaatlichen wollte. Daraufhin boykottierten die meisten internationalen Ölgesellschaften das Land, was zu einer finanziellen Krise führte. Da jedoch Mossadegh vom Parlament mit Vollmachten ausgestattet war, führte er eine Landreform durch, die auch Ländereien des Schahs betraf. Dem Schah wurden die monetären Mittel für seinen Hof gekürzt und ihm wurde verboten, direkt mit ausländischen Diplomaten zu verhandeln. Der Schah wollte daraufhin Mossadegh absetzen und nach Kämpfen zwischen Anhänger/innen beider Seiten floh der Schah vorübergehend aus dem Land. Nachdem der Premierminister von Teilen der iranischen Armee mit Unterstützung der CIA abgesetzt wurde, kehrte Mohammed Reza wieder ins Land zurück, doch die Abhängigkeit vom Ausland stieg⁵. Diese ständige Einflussnahme von außen ist noch heute ein Reizthema im Land.⁶

Der Schah ließ nach seiner Rückkehr hart gegen die Opposition vorgehen, gleichzeitig wurde versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Mit den Einnahmen aus dem Ölgeschäft modernisierte er, unterstützt von den USA, vor allem die iranische Armee. In dieser Zeit gründete er auch den gefürchteten Geheimdienst SAVAK⁷. Aufgrund US-amerikanischen Drucks leitete Mohammed Reza in den 1960er Jahren unter der Bezeichnung „Weiße Revolution“ mehr oder weniger halbherzige Reformen ein, welche die Wirtschaft ankurbeln und die Industrialisierung fördern sollten.⁸ Obwohl dieses Entwicklungsprogramm anfangs Zustimmung unter der

⁵ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 3.5.2012 / Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 3.5.2012

⁶ Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 3. Auflage, 2004, Simon Fraser University; S 148

⁷ Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 4.5.2012

⁸ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 4.5.2012 / Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 4.5.2012 / GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, Erscheinungsjahr 2006; S 606

Bevölkerung fand, kam es nach zunehmender Kritik letztlich 1963 zu schweren Auseinandersetzungen im Land, die brutal niedergeschlagen wurden.

„Nachdem der Schah die Geistlichkeit als Reaktionäre, Parasiten des Volkes und britische Agenten beschimpft hatte, antwortete Chomeini in einer scharfen Replik. Nach zweimaligem kurzen Gefängnisaufenthalt musste er 1964 in die Türkei ins Exil gehen, von wo aus er sich umgehend nach Nadjaf in den Irak begab, wie es viele oppositionelle Geistliche vor ihm getan hatten, da Nadjaf eine der heiligen Stätten der Schia ist. Im Oktober 1978 wurde Chomeini – auf Wunsch des Schahs – aus dem Irak ausgewiesen und ging nach Neauphle-le-Château bei Paris, von wo er weiter gegen den Schah kämpfte. Audio-Kassetten mit Chomeinis Ansprachen und Predigten, die zum Sturz des Schahs aufriefen, kursierten in großer Zahl neben Flugblättern gleichen Inhalts in Iran“⁹.

Der Zorn gegen das Regime wurde neben zahlreichen Gruppierungen auch stark von der schiitischen Geistlichkeit getragen und wuchs bis 1978 zu einer revolutionären Bewegung an. Die größte Angst des Klerus betraf Einbußen beim Landbesitz, die Verbreitung säkularer Bildungsinhalte und die Einführung des Frauenwahlrechts¹⁰.

„Auch hatte der Schah jegliche demokratische Mitbestimmung und Meinungsäußerung in Iran verhindert, sodass sich sogar die westlich gesinnten Iraner gegen ihn stellten. Religiöse Opposition blieb die einzige Form von Widerstand, die in Iran möglich war. Der Sturz des Schahs war unausweichlich. Am 16. Januar 1979 musste der Schah fluchtartig das Land verlassen“¹¹.

⁹ Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 4.5.2012

¹⁰ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 4.5.2012 / GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, Erscheinungsjahr 2006; S 606 / Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 4.5.2012

¹¹ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 4.5.2012

Großajatollah Ruhollah Chomeini kam aus dem Exil zurück und mit ihm viele weitere Oppositionelle aus dem politischen Spektrum der Islamisten. Chomeini wurde von der Bevölkerung begeistert in Empfang genommen.¹²

6.2.1 Die Islamische Revolution 1979 und die Islamische Republik

Am 1. April 1979 proklamierte Chomeini die Islamische Republik Iran, mit einer Zustimmung des Volkes von 98%. Im selben Jahr wurde eine entsprechende Verfassung angenommen. Chomeini konnte durch die Rückbesinnung auf den Islam und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit die Massen hinter sich vereinen. Oppositionelle, vor allem Linke und Liberale, die die Herrschaft der Geistlichen ablehnten, konnte er ausschalten. In den 1980er Jahren wurden viele marxistische und linksextreme Oppositionelle umgebracht. Zahlreiche Repräsentant/innen bzw. Anhänger/innen des Schahs wurden mithilfe von Revolutionsgerichten zum Tode verurteilt.¹³

„Zur Rückbesinnung auf den Islam gehörte auch, dass sich vor allem die Situation der Frauen extrem verschlechterte. Die Scharia, das islamische Gesetz, wurde eingeführt. Das Tragen des Schleiers wurde zur Pflicht, die Frau wurde gegenüber dem Mann rechtlich stark benachteiligt. Alkohol trinken wurde verboten. Ayatollah Chomeini gelang es, die linke und liberale Opposition, die die Herrschaft der Geistlichen ablehnte, auszuschalten. In den 80er Jahren wurden viele Oppositionelle erschossen. Außenpolitisch war der Iran isoliert. Gerade auch in der arabischen Welt hatte der Iran viele Feinde.“¹⁴

Als im November 1979 die amerikanische Botschaft von Student/innen besetzt und Geiseln genommen wurden, erreichten einerseits die iranisch-amerikanischen

¹² Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979__Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 4.5.2012 / Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 4.5.2012

¹³ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 4.5.2012 / GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, 2006; S 606 / Topa, Alessandro: Irans Geschichte: 1979-2009 - Zwischen Revolution, Reform und Restauration, http://www.bpb.de/themen/5BLH DU,0,0,Irans_Geschichte%3A_19792009_Zwischen_Revolution_Reform_und_Restauration.html Zugriff 4.5.2012

¹⁴ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender_leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 4.5.2012

Beziehungen einen Tiefpunkt, andererseits konnte Chomeini dadurch den Einfluss der Demokrat/innen beschneiden. Er führte die Doktrin der *velayat-e faqih* – die Herrschaft des Rechtsgelehrten – ein¹⁵:

„Danach übernimmt die Führung der schiitischen Gemeinde, in diesem Fall des Staates, in Stellvertretung des verborgenen Imams der religiöse Führer.

Diese Einmündung der stellvertretenden Rolle der Geistlichkeit in die Ausübung der tatsächlichen politischen Herrschaft ist in der traditionellen Schia nicht vorgesehen, ebenso wenig das Amt eines obersten geistlichen und politischen Führers vom Schläge Chomeinis. Die Idee einer politisch aktiven Schia war neu und geht prinzipiell auf iranische Intellektuelle des 20. Jahrhunderts zurück.

Per Verfassung erhielt der religiöse Führer weitreichende Befugnisse; unter anderem bestimmt er die Richtlinien der Außenpolitik, ernennt die Armeeführung, die Leiter der einflussreichen Revolutionsgarden, die Mitglieder des Wächterrats. Dieser Wächterrat, der mit geistlichen und weltlichen Juristen besetzt ist, überwacht u. a. die Übereinstimmung der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit dem Islam; anlässlich (sic) von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen überprüft der Rat die religiös-islamische Einstellung der Kandidaten, denen er ggfs. die Zulassung verweigern kann. Mit dem Inkrafttreten dieser Verfassung war die Islamische Republik Wirklichkeit geworden.“¹⁶

Dies ist noch heute die Grundlage der herausragenden Machtstellung des Revolutionsführers der Islamischen Republik.

Zu erwähnen sind hier noch der Experten- und der Wächterrat. Der Expertenrat, der ausschließlich aus Klerikern besteht, wird alle acht Jahre vom Volk gewählt. Seine Befugnisse sind die Wahl des Führers der Islamischen Republik, die Beobachtung seiner Arbeit und gegebenenfalls seine Abwahl. Der Wächterrat besteht aus jeweils sechs Theologen, die vom Revolutionsführer bestimmt werden und

von sechs Juristen, die von der Justiz bestimmt und vom Parlament genehmigt werden müssen. Die alle sechs Jahre gewählten Mitglieder prüfen sämtliche parlamentarischen Beschlüsse hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit der Scharia. Gegebenenfalls können sie ein Veto einlegen. Weiters bestimmt der Wächterrat jene Personen, die sich für eine Wahl aufstellen lassen dürfen.¹⁷

Die ersten Jahre nach der Revolution waren von Gewaltexzessen gezeichnet, hinzu kam der Erste Golfkrieg, als 1980 der Irak den Iran angriff. Der Krieg kostete ca. einer Million Menschen das Leben und erschütterte die iranische Wirtschaft in ihren Grundfesten. Gleichzeitig kam es innenpolitisch zu einer rigorosen Islamisierung sowohl des Justiz- und Bildungswesens, als auch der Wirtschaft und der Medien¹⁸. Der Golfkrieg mit seinen vielen Todesopfern spielt im kollektiven Gedächtnis noch heute eine wichtige Rolle im Land.

Als Chomeini 1989 starb, musste das *velayat-e faqih* modifiziert werden und Ali Chamenei wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Die Modifikation bestand darin, dass ab nun nicht mehr die höchste religiöse und politische Autorität in einer Person vereint sein musste, sondern es wurde nun möglich, mangelnde theologische Qualifikation durch eine politische Expertise aufzuwiegen. Dies war notwendig, da Chamenei „nur“ ein *hojjatoleslam*¹⁹ war und erst später zum Ajatollah gemacht wurde. Vor der Ernennung zum Revolutionsführer war Chamenei iranischer Staatspräsident. Neuer Präsident wurde ebenfalls ein Geistlicher, nämlich Ali Akbar Haschemi Rafsandschani, ein enger Berater des verstorbenen Revolutionsführers Chomeini. Rafsandschani versuchte erstmals die Isolation des Landes auf der außenpolitischen Bühne etwas aufzubrechen und startete den Wiederaufbau der durch den Golfkrieg zerstörten Infrastruktur und Industrie. Die Wirtschaft sollte etwas liberalisiert und staatliche Unternehmen privatisiert werden. Diese Öffnung der Wirtschaft für ausländisches Kapital wurde ihm jedoch als Verrat an den Idealen der Revolution ausgelegt. Er verlor in seiner zweiten Amtsperiode

¹⁵ GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, 2006; S. 606 / Topa, Alessandro: Irans Geschichte: 1979-2009 - Zwischen Revolution, Reform und Restauration, http://www.bpb.de/themen/5BLH0U,0,0,Irans_Geschichte%3A_19792009_Zwischen_Revolution_Reform_und_Restauration.html Zugriff 4.5.2012

¹⁶ Gronke, Monika: Irans Geschichte: 1941-1979 - Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Islamischen Revolution, http://www.bpb.de/themen/V7TWWG,0,0,Irans_Geschichte%3A_19411979_Vom_Zweiten_Weltkrieg_bis_zur_Islamischen_Revolution.html Zugriff 4.5.2012

¹⁷ BBC News: Who's who in Iran, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8102406.stm> Zugriff 22.5.2012 / Enzyklopädie des Islam: Wächterrat, ohne Datum, <http://www.eslam.de/begriffe/w/waechterrat.htm> Zugriff 22.5.2012

¹⁸ Kaufmann, Sabine: Die Geschichte des Irans von den Pahlavis bis Ahmadinedschad, http://www.planet-wissen.de/laender/leute/naher_und_mittlerer_osten/iran/index.jsp Zugriff 22.5.2012 / Topa, Alessandro: Irans Geschichte: 1979-2009 - Zwischen Revolution, Reform und Restauration, http://www.bpb.de/themen/5BLH0U,0,0,Irans_Geschichte%3A_19792009_Zwischen_Revolution_Reform_und_Restauration.html Zugriff 22.5.2012

¹⁹ Ein *hojjatoleslam* ist zwar ein sehr gelehrter Mullah, aber kein Ajatollah und ist somit rangniedriger.

die Unterstützung der Bevölkerung, scheiterte bei der Wirtschaftsliberalisierung und die Korruption grassierte im Land. 1997 wurde der gemäßigte Kleriker Sajjid Mohammed Chatami zum neuen Staatspräsidenten gewählt und zwar mit einer sowohl überwältigenden als auch überraschenden Mehrheit von 70%. Diesen Erdrutschsieg hatte er vor allem den jungen und weiblichen Wähler/innen zu verdanken, da er Ihnen im Wahlkampf versprochen hatte, ihre Rechte zu stärken. In Chatami setzten die Reformer große Hoffnung. Seine Reformbestrebungen wurden aber durch die konservative Geistlichkeit und den Wächterrat stark beschnitten²⁰. Als im Jahr 2005 seine zweite Amtsperiode endete, kam es wiederum zu einem überraschenden Sieg, diesmal aber gewann der von rechts-islamistischen Gruppen unterstützte ehemalige Bürgermeister von Teheran, Mahmud Ahmadi-neschad. Er triumphierte über den klerikalen Kandidaten Rafsandschani und ist seit 1981 der erste Regierungschef, der kein Kleriker ist. Ahmadineschad ist Verkehrsingenieur, Veteran des Iran-Irak-Krieges und war aktiv an der Islamischen Revolution beteiligt. Während des Krieges diente er einige Zeit bei den Revolutionsgarden, die in den letzten Jahren durch die Unterstützung von Chamenei bedeutende militärische, wirtschaftliche und politische Macht gewonnen hatten. Seine Unterstützer/innen kommen vor allem aus ärmeren und religiösen Bevölkerungsteilen außerhalb von Teheran. Ahmadineschads Rhetorik, unter anderem seine Reden gegen die Existenzberechtigung Israels, die Leugnung des Holocaust und seine Unnachgiebigkeit in Bezug auf das iranische Atomprogramm isolierten das Land noch mehr und führten zu weiteren UN-Sanktionen. Ahmadineschad wurde sowohl für seine Außen- als auch für seine Innenpolitik kritisiert. Vor allem die Nichteinhaltung seines Versprechens, dass die Einkünfte aus der Erdölindustrie gerechter verteilt werden sollen, frustrierte seine eigene Anhängerschaft.²¹

²⁰ Topa, Alessandro: Irans Geschichte: 1979-2009 - Zwischen Revolution, Reform und Restauration, http://www.bpb.de/themen/5BLHJU,0,0,Irans_Geschichte%3A_19792009_Zwischen_Revolution_Reform_und_Restauration.html Zugriff 19.2.2012 / GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, Erscheinungsjahr 2006; S 607 / BBC News: Profile: Mohammad Khatami, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/3027382.stm> Zugriff 22.5.2012 / FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> Zugriff 20.10.2011 und 13.4.2012

²¹ Topa, Alessandro: Irans Geschichte: 1979-2009 - Zwischen Revolution, Reform und Restauration, http://www.bpb.de/themen/5BLHJU,0,0,Irans_Geschichte%3A_19792009_Zwischen_Revolution_Reform_und_Restauration.html Zugriff 22.5.2012 / GEO Themenlexikon (Gaede, Peter-Matthias; Hrsg.): Unsere Erde Band 2 – Iran, Erscheinungsjahr 2006; S 607 / BBC News: Who's who in Iran, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8102406.stm> Zugriff 22.5.2012 / FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> Zugriff 20.10.2011 und 13.4.2012 / Posch, Walter: Ahmadineschad und die Prinzipalisten, in: SWP-Studie Dezember 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf Zugriff 30.4.2012

6.2.2 Die Präsidentschaftswahl 2009 und Parlamentswahl 2012

Im Juni 2009 fanden Präsidentschaftswahlen statt. Der Wächterrat genehmigte drei Personen von insgesamt 475 potentiellen Präsidentschaftskandidaten, um Ahmadineschad herauszufordern:

- Mir Hussein Musavi, Reformier und ehemaliger Premierminister
- Mohsen Rezai, Konservativer und ehemaliger Chef der Revolutionsgarden
- Mehdi Karrubi, Reformier und ehemaliger Parlamentssprecher und der einzige Kleriker unter den Kandidaten.²²

Die Präsidentschaftskandidaten waren also alle Teil des politischen Systems. Alle weiblichen Kandidatinnen wurden vom Wächterrat abgelehnt²³. Umfragen wiesen darauf hin, dass die Wahl ein Kopf an Kopf Rennen zwischen Musavi und Ahmadineschad werden würde, jedoch wurde Ahmadineschad – nur zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale²⁴ – zum Gewinner erklärt. Demnach erhielt nach offiziellen Angaben Ahmadineschad ca. 63% der Stimmen, während Musavi nur knapp 33% auf sich vereinen konnte. Daraufhin warfen ihm alle drei Herausforderer Wahlfälschung vor, was durch zahlreiche Analyst/innen bekräftigt wurde. Nun brachen massive Proteste unter den Wähler/innen aus – nach Angaben des Teheraner Bürgermeisters dürften sich allein in der Hauptstadt drei Millionen Menschen an den Protesten beteiligt haben²⁵ – und hochstehende politische Persönlichkeiten kritisierten öffentlich die Anerkennung der Wahl durch Chamenei. Chatami ging sogar so weit, öffentlich ein Referendum zu fordern. Die Sicherheitskräfte gingen hart und brutal gegen die Demonstrant/innen vor. Ebenso wurden Internet- wie Printmedien noch stärker unter die Kontrolle der Regierung genommen. Doch die Proteste gingen mehr oder weniger bis zum Ende des Jahres 2009

²² FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> Zugriff 20.10.2011 und 13.4.2012 / Katzman, Kenneth: Iran: U.S. Concerns and Policy Responses, <http://fpc.state.gov/documents/organization/127292.pdf> Zugriff 22.5.2012

²³ AI – Amnesty International: Iran - election contested, repression compounded, 10.12.2009; <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE13/123/2009/en/1e69a8fb-dcf1-4165-a7fc-a94369e364bf/mde131232009en.pdf> Zugriff 22.5.2012

²⁴ Katzman, Kenneth: Iran: U.S. Concerns and Policy Responses, <http://fpc.state.gov/documents/organization/140676.pdf> Zugriff 22.5.2012

²⁵ Ernst, Oliver: Umbruch in Nahost – Stillstand in Iran? In: KAS Auslandsinformationen – Sonderausgabe 22.02.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_21962-544-1-30.pdf?110222102941 Zugriff 13.4.2012

weiter²⁶. Diese Protestbewegung wurde unter dem Namen „Grüne Bewegung“ bekannt. Ein beachtenswerter Punkt in den Entwicklungen nach der Wahl ist die Tatsache, dass

„...die anschließenden Proteste [...] weder ein prodemokratischer Aufstand der bürgerlichen Massen mit dem Ziel eines Regimewechsels noch ein Versuch der Reformkräfte, das bisherige System der Islamischen Republik zu überwinden und es endgültig zu demokratisieren [waren]: So formulierte niemand etwa die Forderung, die chomeinistische Staatsideologie aufzugeben und den politischen Raum für Parteien und Organisationen zu öffnen, die nicht dem politischen Islam angehören.“²⁷

Es ging bei den Protesten vordergründig also nicht um einen Umsturz des Regimes, sondern um Veränderungen und Fortschritt innerhalb desselben. Über Todesfälle, Verletzte und Verhaftete der gewalttätigen Auseinandersetzungen im Juni 2009 sind kaum verlässliche Zahlen herauszufinden. Offiziellen Angaben zufolge wurden 43 Personen bei den Protesten getötet, die Opposition spricht von über 100 Toten. Bis zum Ende des Jahres 2009 wurden um die 5.000 Personen verhaftet²⁸. Es gab Massenprozesse, und es wurden Todesstrafen vollstreckt²⁹.

Mitte Dezember 2009 starb eine der Leitfiguren der Grünen Bewegung, Großajatollah Hossein Ali Montazeri,³⁰ ein Gegner Chameneis. Trotz eines Verbots rief die Opposition ihre Anhänger/innen auf, auf die Strasse zu gehen und Montazeri

zu gedenken. Am 27. Dezember – dem schiitischen Aschura-Fest – kam es daraufhin erneut zu großen Demonstrationen im Land, bei denen mindestens acht Menschen von den Sicherheitskräften getötet³¹ und mehrere hundert Personen verhaftet wurden³². Am 11. Februar 2010 demonstrierte im Zuge der Feier zum 31. Geburtstag der Islamischen Revolution wiederum die Opposition. Erneut gingen die Sicherheitskräfte rigoros und brutal gegen die Demonstrant/innen vor. Durch diese Vorgehensweise das gesamte Jahr 2010 hindurch konnte das Zustandekommen von größeren Demonstrationen verhindert werden³³.

Im Februar 2011 riefen die Reformer und Anführer der Grünen Bewegung, Musavi und Karrubi, zu Demonstrationen auf. Jedoch entschied sich die Opposition dieses Jahr nicht den 11. Februar (Geburtstag der Islamischen Revolution) wie im Vorjahr als Demonstrationsdatum zu wählen, sondern den 14. Februar:

„Während man im vergangenen Jahr noch den offiziellen Tag der Feier der Islamischen Revolution, den 11. Februar bzw. 22. Bahman, im Iran ein nationaler Feiertag, für Demonstrationen genutzt hatte, wählte man diesmal den 14. Februar bzw. 25. Bahman, einen Werktag. Strategisch machte dies durchaus Sinn: So war wesentlich klarer, dass man nicht als Teil der von der Regierung organisierten Revolutionsfeiern aufmarschieren würde. Damit war die Sichtbarkeit der Grünen Bewegung, um die es seit einem Jahr auf den Straßen Irans eher ruhig geworden war, nach außen und innen gewährleistet.“³⁴

²⁶ FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> Zugriff 20.10.2011 und 13.4.2012

²⁷ Posch, Walter: Ahmadineschad und die Prinzipalisten, in: SWP-Studie Dezember 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf Zugriff 30.4.2012

²⁸ AI – Amnesty International: Amnesty International Report 2010 – Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, 28.5.2010; http://www.ecoi.net/local_link/143165/257992_de.html Zugriff 13.4.2012

²⁹ UK Home Office: Country of Origin Information Report; Iran, in: Report of the Secretary-General to the UN General Assembly on The situation of human rights in the Islamic Republic of Iran dated 23 September 2009, http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1309944095_report-0611.pdf Zugriff 13.4.2012 / Guardian: Iran's dead and detained, <http://www.guardian.co.uk/news/datablog/2010/jan/28/iran-dead-detained-protests-elections-spreadsheet> Zugriff 13.4.2012 / Jahanpour, Farhan: Irans abtrünniger Präsident, in: Monde Diplomatique vom 8.7.2011, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/07/08.mondeText.artikel,a0002.idx,1> Zugriff 13.4.2012

³⁰ Montazeri war ein treuer Mitstreiter Chomeinis und sollte auch sein Nachfolger werden. Als er aber die Massenhinrichtungen von Oppositionellen kritisierte, fiel er in Ungnade und statt Montazeri wurde Chamenei Führer der Islamischen Republik: Hoffmann, Christiane: Chameneis Gegenspieler, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.12.2009; <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/grossajatollah-montazeri-gestorben-chameneis-gegenspieler-1895262.html>

³¹ Zeit Online: Ashura-Fest – Mehrere Tote bei Demonstrationen in iranischen Städten, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-12/iran-protest-demonstranten> Zugriff 15.5.2012 / Zeit Online: Zum Tod von Ali Montazeri – Großer Verlust für Irans Opposition, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-12/iran-tod-opposition> Zugriff 15.5.2012

³² Süddeutsche.de: Iran hängt Oppositionelle, <http://www.sueddeutsche.de/politik/todesstrafe-fuer-demonstranten-iran-haengt-oppositionelle-1.77188> Zugriff 15.5.2012

³³ FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> Zugriff 20.10.2011 und 13.4.2012

³⁴ Ernst, Oliver: Umbruch in Nahost – Stillstand in Iran? In: KAS Auslandsinformationen – Sonderausgabe 22.02.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_21962-544-1-30.pdf?110222102941 Zugriff 15.5.2012

Auch bei dieser Demonstration, an der ca. 30.000 Regierungsgegner/innen in Teheran teilnahmen, kam es zu mehreren Toten und weit über 100 Verhaftungen. Die beiden Anführer Musavi und Karrubi standen vor diesen Protesten unter Hausarrest³⁵.

Die Konfrontationen nach den Präsidentschaftswahlen schufen eine neue politische Landschaft, in der sich auf der einen Seite eine lockere Allianz von Revolutionsgarden sowie der schiitischen Geistlichkeit, und auf der anderen Seite reformistische bis konservative Politiker gegenüberstehen. Diese Verschiebung beinhaltet auch eine Verschlechterung der Grundfreiheiten³⁶.

Die Grüne Bewegung kam aufgrund der starken staatlichen Repressionen nahezu zum Stillstand. Die Menschen zogen sich zunehmend in den privaten Bereich zurück. Am 2. März 2012 wählten die ca. 48 Millionen wahlberechtigten Iraner/innen ihr neues Parlament (*Majlis*). Im Großen und Ganzen hatten sie die Wahl zwischen zwei Flügeln der Prinzipalisten, einer Koalition verschiedener rechtsgerichteter Gruppen: nämlich den Populisten unter Präsident Mahmud Ahmadineschad und einem konservativ ausgerichteten Flügel unter Ali Laridschani.

Laridschani gilt als enger Vertrauter Chameneis, der sich nicht gegen die Autorität des Revolutionsführers stellen wird, wie es Ahmadineschad in den letzten Jahren immer mehr getan hat. Während das Lager Laridschani, des derzeitigen Parlamentspräsidenten, ehemaligem Chefunterhändlers bei Atomgesprächen und Gegners von Präsident Mahmud Ahmadineschad, ein gutes Ergebnis erzielen konnte, musste Ahmadineschad eine Niederlage hinnehmen. Laridschani hat nun auch gute Chancen bei der Präsidentschaftswahl 2013 Nachfolger von Ahmadi-neschad zu werden. Dieser darf nach zwei Amtsperioden nicht mehr als Präsident kandidieren. Die größte Änderung liegt aber in der Anzahl der von unabhängigen Kandidaten und Neueinsteigern erreichten Sitze. Je nach Quelle erreichten

diese zwischen 34 und 40% der Parlamentssitze. Die meisten dieser Kandidaten stammen aus den ländlichen Provinzen und ihre politische Zugehörigkeit ist nicht eindeutig zuordenbar, weshalb das Ausmaß dieser Entwicklung noch nicht abschätzbar ist, zumal der Wächterrath eine Vorauswahl der Parlamentskandidaten trifft. Sicher scheint jedoch, dass beide konservativen Lager versuchen werden, die Unterstützung so vieler dieser Kandidaten zu gewinnen wie möglich³⁷. Ein weiterer Name, der immer wieder auftaucht ist Gholam Ali Haddad-Adel³⁸, der die konservative Liste in Teheran bei der Parlamentswahl anführte. Er könnte Laridschani als Parlamentspräsident ablösen, manchmal wird er auch als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2013 gehandelt.³⁹

6.3 Aktuelle Lage

Im Iran leben – je nach Quelle – zwischen 75 und 78 Millionen⁴⁰ Menschen. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Perser/innen (etwa 61%), der Rest teilt sich auf in Aseris, Kurd/innen, Lur/innen, Araber/innen, Belutsch/innen, Kaschkai,

³⁵ Ernst, Oliver: Umbruch in Nahost – Stillstand in Iran? In: KAS Auslandsinformationen – Sonderausgabe 22.02.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_21962-544-1-30.pdf?110222102941 Zugriff 15.5.2012 / Jahanpour, Farhan: Irans abtrünniger Präsident, in: Monde Diplomatie vom 8.7.2011, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/07/08.mondeText.artikel,a0002.idx,1> Zugriff 15.5.2012 / Der Standard: Parlamentswahl im Iran – Schlappe für Ahmadinejad, 4.3.2012; <http://derstandard.at/1330390127375/Parlamentswahl-im-Iran-Schlappe-fuer-Ahmadinejad> Zugriff 12.3.2012

³⁶ FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> 13.4.2012

³⁷ Der Standard: Parlamentswahl im Iran – Schlappe für Ahmadinejad, 4.3.2012; <http://derstandard.at/1330390127375/Parlamentswahl-im-Iran-Schlappe-fuer-Ahmadinejad> Zugriff 12.3.2012 / Die Presse: Ungeheimheiten bei Wahl im Iran, 4.3.2012; <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/737290/Ungereimtheiten-bei-Wahl-im-Iran?from=suche.intern.portal> Zugriff 12.3.2012 / ISN – International Relations and Security Network: Iran's Domestic Struggle Continues After Parliamentary Elections, 9.3.2012; <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/ISN-Insights/Detail?lng=en&ots627=fce62fe0-528d-4884-9cdf-283c282cf0b2&id=138833&contextid734=138833&contextid735=138832&tabid=138832&dynrel=4888caa0-b3db-1461-98b9-e20e7b9c13d4> Zugriff 12.3.2012 / Zeit Online: Für Ahmadi-neschad zeichnet sich eine Wahlniederlage ab, 3.3.2012; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-03/ah> Zugriff 12.3.2012 / FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung: Laridschani auf Kurs, 4.3.2012; <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/iran-laridschani-auf-kurs-11671949.html> Zugriff 12.3.2012 / RFE/RL – Radio Free Europe/Radio Liberty: Parsing Supreme Leader Khamenei's Rare Praise For Obama, 9.3.2012; http://www.rferl.org/content/analysts_divided_/24510181.html Zugriff 12.3.2012

³⁸ Haddad-Adel war schon von 2004 – 2008 Parlamentspräsident.

³⁹ Der Standard: Zur Macht im Iran gehört auch die Familie, 5.3.2012; <http://derstandard.at/1330390471054/Kopf-des-Tages-Zur-Macht-im-Iran-gehört-auch-die-Familie> Zugriff 3.5.2012 / Der Standard: Härtest für die Kandidaten Ahmadi-Nejads, 2.3.2012; <http://derstandard.at/1330390256467/Parlamentswahl-im-Iran-Haertetest-fuer-die-Kandidaten-Ahmadi-Nejads> Zugriff 3.5.2012 / Der Standard: „Die Wahlen werden den Status von Ahmadi-Nejad erklären“, 1.3.2012; <http://derstandard.at/1330390132738/Machtverschiebungen-Die-Wahlen-werden-den-Status-von-Ahmadi-Nejad-erklaeren> Zugriff 3.5.2012

⁴⁰ AA – Auswärtiges Amt: Übersicht, April 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Iran_node.html Zugriff 13.4.2012; CIA: The World Factbook Iran – People and Society; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> Zugriff 8.2.2012 und 13.4.2012

Turkmen/innen und andere.⁴¹ Ungefähr 70% der Bevölkerung des Iran sind unter 30 Jahre alt, was bedeutet, dass „etwa vier Fünftel der heutigen iranischen Bevölkerung und mehr als zwei Drittel der heutigen Wahlberechtigten (...) bei jenem historischen Referendum von März 1979 nicht beteiligt [waren]“⁴². Genauer aufgeschlüsselt sieht das Verhältnis der Bevölkerung folgendermaßen aus: 24% der Bevölkerung sind zwischen 0 und 14 Jahre alt, 71% zwischen 15 und 64 Jahre und nur 5% der Iraner sind über 65 Jahre alt⁴³. Der Iran hat also eine sehr junge Bevölkerung vorzuweisen, die die Islamische Revolution nicht miterlebt hat. Problematisch ist hier vor allem die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere der Bildungselite. Bessere Bildungsaussichten und ökonomisches Wohlergehen im Ausland führen zur Abwanderung der gut gebildeten Schicht. Zielländer sind vornehmlich die USA, Kanada und Westeuropa. Die Auswirkungen dieses Brain Drain sind für das Land katastrophal: das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie schätzte die Kosten der Abwanderung auf ca. 38 Milliarden USD jährlich⁴⁴.

Wichtigstes innenpolitisches Thema ist jedoch die wirtschaftliche Lage des Landes, die sich aufgrund der internationalen Sanktionen noch weiter verschlechtert. Besonders zu erwähnen sind hier die hohen Zahlen bezüglich Inflation und Arbeitslosigkeit. Während die Inflationsrate offiziell mit 22,5% angegeben wird, dürfte sie real bei über 30% liegen. Eine ähnliche Situation findet sich bei der Arbeitslosigkeit. Offizielle Zahlen sprechen von einer Arbeitslosenrate von 11,8% und bei den 15 bis 24-jährigen sind etwa ein Viertel arbeitslos. Die realen Zahlen dürften auch hier um ein Vielfaches höher sein – inoffiziellen Schätzungen zufolge

liegt die Arbeitslosenrate bei ca. 50%⁴⁵. Besonders schlimm trifft die Arbeitslosigkeit junge Hochschulabsolvent/innen. Hier liegt die Arbeitslosenrate bei ca. 40%⁴⁶. Durch die im Jänner 2012 beschlossenen internationalen Sanktionen hat die Inflation im Iran noch mal kräftig zugelegt und die iranische Währung verlor seit Anfang 2012 beinahe die Hälfte ihres Wertes⁴⁷. Die Verteuerung der Preise für Lebensmittel, Energie und Konsumgüter trifft vor allem die breite Bevölkerung:

*„Der Benzinpreis zum Beispiel ist seit einem Jahr um das Fünffache, die Preise für Brot, Milchprodukte, Gemüse und Fleisch sind zum Teil sogar bis zum Siebenfachen gestiegen. Angesichts der rapid zunehmenden Arbeitslosigkeit werden immer mehr Menschen in die Armut getrieben.“*⁴⁸

Die iranische Wirtschaft ist weitgehend zentralisiert und liegt zum überwiegenden Teil in staatlicher Hand oder ist im Besitz von religiösen Stiftungen. Die Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft wurde durch Subventionen und Preisregulierungen, die zumeist politische Gründe hatten, konterkariert. Diese Subventionen betrafen vor allem Güter des täglichen Bedarfs. So gab es Subventionen für Lebensmittel, aber auch für Benzin. Da der iranische Staat ca. ein Drittel seines Haushalts aufwenden musste, um diese Subventionen aufzubringen, sind diese mittlerweile gefallen⁴⁹.

⁴¹ AA – Auswärtiges Amt: Übersicht, April 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Iran_node.html Zugriff 13.4.2012 / CIA: The World Factbook Iran – People and Society; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> Zugriff 8.2.2012 und 13.4.2012

⁴² Khosrozadeh, Behrouz: Gedopte Pattsituation im Iran, 10.4.2010; <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32417/1.html> Zugriff 16.5.2012

⁴³ CIA: The World Factbook Iran – People and Society; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> Zugriff 16.5.2012

⁴⁴ Hakimzadeh, Shirin: Iran: A Vast Diaspora Abroad and Millions of Refugees at Home, <http://www.migrationinformation.org/feature/display.cfm?ID=424> Zugriff 16.5.2012

⁴⁵ AA – Auswärtiges Amt: Wirtschaftspolitik, Februar 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Wirtschaft_node.html Zugriff 15.3.2012 / Beck, Martin: Energie und Wirtschaft in Iran, http://www.bpb.de/themen/TC8MF3,0,0,Energie_und_Wirtschaft_in_Iran.html Zugriff 16.5.2012 / US DOS – United States Department of States: Background Note: Iran, last update 17.2.2011, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/5314.htm> Zugriff 16.5.2012 / CIA: The World Factbook Iran – Economy, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> Zugriff 14.3.2012 / BpB – Bundeszentrale für politische Bildung: Iran – das Land in Daten; http://www.bpb.de/themen/VGI05V,0,0,Das_Land_in_Daten.html Zugriff 16.5.2012

⁴⁶ Khosrozadeh, Behrouz: Gedopte Pattsituation im Iran, 10.4.2010; <http://www.heise.de/tp/artikel/32/32417/1.html> Zugriff 16.5.2012

⁴⁷ TAZ.de: Shoppen macht keinen Spaß mehr, 7.2.2012; <http://www.taz.de/Sanktionen-gegen-Iran/!87132/> Zugriff 7.2.2012

⁴⁸ TAZ.de: Shoppen macht keinen Spaß mehr, 7.2.2012; <http://www.taz.de/Sanktionen-gegen-Iran/!87132/> Zugriff 7.2.2012

⁴⁹ AA – Auswärtiges Amt: Wirtschaftspolitik, Februar 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Wirtschaft_node.html Zugriff 15.3.2012 / LIPortal – Länder-Informations-Portal: Iran – Wirtschaft und Entwicklung, <http://liportal.inwent.org/iran/wirtschaft-entwicklung.html> Zugriff 16.5.2012 / BTI: Bertelsmann Transformation Index - Iran Country Report, Bertelsmann Stiftung 2009; <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/138.0.html#market> Zugriff 16.5.2012 / CIA: The World Factbook Iran – Economy, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> Zugriff 14.3.2012

Die Haupteinnahmequelle des Iran ist die Öl- und Gasindustrie. Hier wurden von März 2011 bis März 2012 über 70% der Exporterlöse lukriert. Der Iran besitzt weltweit die drittgrößten Ölreserven und ist der zweitgrößte Ölproduzent innerhalb der OPEC. Insgesamt stammen ca. 80 bis 85% der Staatseinnahmen aus dem Ölverkauf⁵⁰. Die Erdgasförderung liegt weit unter dem Möglichen. Schätzungen zufolge hat der Iran die zweitgrößten Naturgasreserven, jedoch wird nur ein Bruchteil gefördert und davon werden 90% für den Eigenbedarf gebraucht.⁵¹

Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass die Revolutionsgarden während der Amtszeit von Präsident Ahmadineschad unter anderem in den Bereichen Öl, Gas und Telekommunikation sehr stark beteiligt wurden. Ihre Firmen ersetzen ausländische Unternehmen, die aufgrund internationaler Sanktionen nicht mehr im Iran investieren konnten. Durch Einsetzung loyaler Kommandanten der Revolutionsgarden in den Machtzentren, entwickelte sich die Revolutionsgarde zu einem wichtigen Wirtschaftskonglomerat, das unabhängig von staatlicher Regulierung agiert⁵². Ahmadineschad unterstützte beispielsweise das Kommando der Brigade „*Chatamolanbia*“, eine Art Technisches Hilfswerk, das zum wichtigsten Wirtschaftsunternehmen der Revolutionsgarden wurde. Direktor wurde ein alter Freund Ahmadineschads. Demgegenüber stellte sich Ahmadineschad auch gegen die Garden, solange seine eigene Klientel davon profitierte⁵³. Der Bereich Telekommunikation ist insofern problematisch, da die Revolutionsgarden dadurch Zugriff auf zentrale Kommunikationskanäle haben. Somit ist auch die Überwachung des Internets einfacher, weil der gesamte Datenverkehr durch eine zentrale Stelle geleitet wird, die von den Revolutionsgarden kontrolliert wird⁵⁴.

⁵⁰ AA – Auswärtiges Amt: Wirtschaftspolitik, Februar 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Wirtschaft_node.html Zugriff 15.3.2012 / LIPortal – Länder-Informations-Portal: Iran – Wirtschaft und Entwicklung, <http://liportal.inwent.org/iran/wirtschaft-entwicklung.html> Zugriff 16.5.2012 / Worldbank: Country Brief, September 2011; <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/IRANEXTN/0,,menuPK:312966~pagePK:141132~piPK:141107~theSitePK:312943,00.html> Zugriff 16.5.2012

⁵¹ BpB – Bundeszentrale für politische Bildung: Iran – das Land in Daten; http://www.bpb.de/themen/VGI05V,0,0,Das_Land_in_Daten.html Zugriff 16.5.2012 / LIPortal – Länder-Informations-Portal: Iran – Wirtschaft und Entwicklung, <http://liportal.inwent.org/iran/wirtschaft-entwicklung.html> Zugriff 16.5.2012

⁵² BTI: Bertelsmann Transformation Index - Iran Country Report, Bertelsmann Stiftung 2009; <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/138.0.html#market> Zugriff 16.5.2012

⁵³ Posch, Walter: Ahmadineschad und die Prinzipalisten, in: SWP-Studie Dezember 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf Zugriff 30.4.2012

⁵⁴ Reporters Without Borders: Internet Enemies 2010 – Iran, 18.3.2010; <http://www.unhcr.org/refworld/country,,ANNUALREPORT,IRN,,4c21f67024,0.html> Zugriff 30.4.2012

Internationale Sanktionen

Die erste Runde der internationalen Sanktionen gegen den Iran begann 2006 und wurde vom UN-Sicherheitsrat aufgrund des umstrittenen iranischen Atomprogramms initiiert⁵⁵. Hauptsächlich wurde versucht, mithilfe von politischem und wirtschaftlichem Druck, nukleare Forschung mit Blick auf ein mögliches Waffenprogramm zu verhindern. Schon die ersten Sanktionen waren für die iranische Wirtschaft heikel – wobei es schwierig ist, genau zu messen, inwiefern diese die Bevölkerung im Einzelnen trafen. Sicher ist jedoch, dass die Sanktionen im Bereich der veralteten Infrastruktur der Erdölförderung nachteilig waren und sind. Noch heute gehen dem Land täglich mehrere Hunderttausend Barrel Erdöl aufgrund der veralteten Technologie und der vernachlässigten Förderinfrastruktur verloren.⁵⁶

Die Sanktionsrunde im Jänner 2012 wurde von der UNO, der EU und den USA beschlossen. Der Inhalt der EU-weiten Sanktionen sieht vor allem ein Verbot des Imports, des Erwerbs und der Förderung von iranischem Rohöl sowie bestimmter Erdölzeugnisse vor. Das Ölembargo sollte im Sommer 2012 in Kraft treten. Auch die USA verschärften ihre Sanktionen Anfang Februar 2012 noch einmal:

„Laut dem Finanzministerium können nun die Vermögenswerte aller iranischen Ministerien und staatlicher Einrichtungen eingefroren werden. Betroffen sei auch die Notenbank, die für die Einkünfte aus den Ölgeschäften des Landes zuständig sei. Bis jetzt waren die amerikanischen Banken nur verpflichtet gewesen, iranische Transaktionen abzulehnen, während sie künftig die entsprechenden Gelder einfrieren müssen.“⁵⁷

⁵⁵ Spiegel Online: Das sind die neuen Iran-Sanktionen, 9.6.2010; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,699802,00.html> Zugriff 7.2.2012

⁵⁶ AA – Auswärtiges Amt: Wirtschaftspolitik, Februar 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Wirtschaft_node.html Zugriff 15.3.2012 / LIPortal – Länder-Informations-Portal: Iran – Wirtschaft und Entwicklung, <http://liportal.inwent.org/iran/wirtschaft-entwicklung.html> Zugriff 16.5.2012 / BpB – Bundeszentrale für politische Bildung: Iran – das Land in Daten; http://www.bpb.de/themen/VGI05V,0,0,Das_Land_in_Daten.html Zugriff 16.5.2012

⁵⁷ NZZ – Neue Zürcher Zeitung: Iran-Sanktionen weiter verschärft, 7.2.2012; http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/iran-sanktionen_weiter_verschaeft_1.14853334.html Zugriff 7.2.2012

Große Staaten wie China und Russland wollen sich nicht an den Sanktionen beteiligen, was zu einer begrenzten Reichweite führt⁵⁸.

Ebenfalls in Zusammenhang mit dem Atomprogramm ist eine Reihe von Mordanschlägen auf iranische Atomphysiker zu sehen. Obwohl die Täter nicht eindeutig identifiziert werden konnten, wird vom offiziellen Iran der israelische Geheimdienst Mossad verdächtigt, Drahtzieher dieser Operationen gewesen zu sein. Ein 24-jähriger Mann, der nach Überzeugung des Gerichts ein Agent des Mossad war und im Jahr 2010 einen iranischen Atomwissenschaftler mit einer Bombe tötete, wurde gehängt⁵⁹. Umgekehrt gab es im Februar 2012 in Georgien, Thailand, Aserbaidschan und Indien Anschläge auf israelische Diplomaten. Die israelische Führung bezichtigt den Iran als Drahtzieher hinter den Attentaten zu stehen⁶⁰. Anscheinend warf der Trojaner Stuxnet, ein Computervirus, der das Leitsystem mehrerer iranischer Nuklearanlagen infizierte, das Atomprogramm mehrere Monate zurück⁶¹. Der jüngste Cyber-Angriff gegen Server der staatlichen iranischen Ölgesellschaft NIOC fand im April 2012 statt, wobei laut offiziellen Angaben alle Probleme behoben wurden⁶².

Eine Einschätzung, inwieweit die Sanktionen den Iran dazu bringen können, vom Atomprogramm Abstand zu nehmen, bleibt schwierig. Zu beachten ist auch, dass das Atomprogramm, verbunden mit den internationalen Sanktionen ein großes Thema der iranischen Innenpolitik ist. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass sich die Bevölkerung hinter ihrer Führung versammelt und diese dadurch stärken könnte. Ob die gegenseitigen Drohungen zwischen dem Iran und Israel

nun als beiderseitiges „Säbelrasseln“ oder doch als reale Kriegsgefahr (mit ungeahnten Ausmaßen) qualifiziert werden können, ist unter Expert/innen eine viel diskutierte Frage.

6.4 Konfessionelle Situation

Der Islam ist keine einheitliche Religion, sondern beinhaltet unterschiedliche Strömungen. Die beiden Hauptkonfessionen sind die Schia und die Sunna. Die Spaltung dieser beiden Richtungen erfolgte nach dem Tod Mohammeds im Jahr 632 n. Chr. Der Grund war ein Streit um die Nachfolge Mohammeds, da er zu Lebzeiten keinen Nachfolger bestimmte. Während die Schiit/innen ein Familienmitglied Mohammeds als Nachfolger forderten, nämlich den Schwiegersohn und Neffen⁶³ Mohammeds namens Ali, forderten die Sunnit/innen „nur“ einen fähigen Heerführer aus dem Stamm Mohammeds. Durchgesetzt haben sich die Sunnit/innen mit Abu Bakr als direkten Nachfolger Mohammeds, danach Umar und Uthman. Ali konnte erst im Jahr 656 n. Chr. das vierte Kalifat erringen. Nachdem Kalif Ali ermordet worden war versuchten die Anhänger/innen Alis mit den Enkeln von Mohammed al-Hasan und al-Hussein noch einmal die Führerschaft zu beanspruchen, jedoch verzichtete erster auf das Kalifat und zweiter wurde in der berühmten Schlacht von Kerbela getötet.⁶⁴

„Nun besaßen die Schiiten keine Möglichkeit mehr, ihren Anspruch auf eine weltliche Führerschaft der muslimischen Gemeinschaft durchzusetzen. Sie entwickelten nun ein Konzept geistlicher Herrschaft durch einen Imam als spirituellen Gemeindeleiter, der ab 941 n. Chr. aus der ‚großen Verborgenheit‘ heraus die Gemeinde leitet und allein die ‚verborgene(n) Bedeutung(en)‘ des Korans kennt. Die Hoffnung auf sichtbare Herrschaft verlagerte die schiitische Gemeinschaft auf die Endzeit, in der der Imam als Mahdi (der ‚Rechtgeleitete‘) sichtbar aus der Verborgenheit wiederkommen und ein Friedensreich aufrichten werde.“⁶⁵

⁵⁸ Çandar, Cengiz: „Türkiye, Suriye’de Savaş’a mı Gidiyor? 8.2.2012 (Is Turkey going to War in Syria?)“ in: FMSO – Foreign Military Studies Office (2012): Operational Environment Watch, Volume 2, Issue 2 / Die Presse: Israel-Iran: Die Szenarien eines Angriffs, Galerie; http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/734339/IsraelIran_Die-Szenarien-eines-Angriffs?gal=734339&index=16&direct=733412&_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/733412/index.do&popup= Zugriff 13.3.2012

⁵⁹ BBC News: Iran hangs ‚Israel spy‘ over nuclear scientist killing, 16.5.2012; <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18068820> Zugriff 21.5.2012

⁶⁰ Tagesanzeiger: Anschlagkomplott gegen Israel? 15.2.2012; <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/asien-und-ozeanien/Iranische-Attentaeter-hatten-israelische-Diplomaten-im-Visier/story/25509364> Zugriff 13.3.2012 / Welt Online: Anschläge in Aserbaidschan vereitelt, 15.3.2012; http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article13923027/Anschlaege-in-Aserbaidschan-vereitelt.html Zugriff 29.3.2012

⁶¹ Spiegel Online: Berlin fürchtet die Iran-Falle, 3.2.2012; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,813150,00.html> Zugriff 7.2.2012

⁶² Der Standard: Cyber-Angriff auf Ölsektor gestoppt, 24.4.2012; <http://derstandard.at/1334796117989/Cyber-Angriff-auf-Oelsektor-gestoppt> Zugriff 30.4.2012

⁶³ Manchmal auch als Cousin bezeichnet: Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 3. Auflage, 2004, Simon Fraser University

⁶⁴ Schirmacher, Christine: Schiiten und Sunniten – Unterschiede islamischer „Konfessionen“, 2009; <http://www.islaminstitut.de/uploads/media/Schiiten.pdf> Zugriff 13.4.2012

⁶⁵ Schirmacher, Christine: Schiiten und Sunniten – Unterschiede islamischer „Konfessionen“, 2009; <http://www.islaminstitut.de/uploads/media/Schiiten.pdf> Zugriff 13.4.2012

Dieser Streit der ersten muslimischen Gemeinde prägt noch heute das Verhältnis der beiden Richtungen und führt zu Spannungen unter deren Anhänger/innen.

Die Zwölferschiit/innen, auch Imamiten oder Dschafariten genannt, erkennen zwölf Imame an, wobei sie glauben, dass der zwölfte Imam Muhammad al-Qaim 874 n. Chr. der Welt entrückt ist und als Messias (der oben erwähnte Mahdi) zurückkehren wird⁶⁶. In der Islamischen Republik sind folglich die religiösen Staatsoberhäupter lediglich Stellvertreter des Imams bis zu seiner Rückkehr auf Erden. Im Iran ist der zwölferschiitische Islam seit dem 16. Jahrhundert Staatsreligion.⁶⁷ Von den über 75 Millionen Einwohner/innen Irans bekennen sich ca. 90% zu dieser konfessionellen Richtung. Daneben gibt es noch etwa 8% Sunnit/innen, die restlichen 2% der Bevölkerung teilen sich auf Christ/innen, Zoroastrier/innen, Baha'i und Juden/Jüdinnen auf.⁶⁸ Während Christ/innen, Juden/Jüdinnen und Zoroastrier/innen als Anhänger/innen einer Buchreligion verfassungsrechtlich als religiöse Minderheiten anerkannt sind, wird dieses Recht den Baha'i verweigert. Die anerkannten Religionsgemeinschaften können ihren Glauben in der Regel relativ frei ausleben, solange sie nicht missionieren. Die Konversion eines/r Muslims/in zu einer nicht-moslemischen Religion kann mit der Todesstrafe bestraft werden. Eine teilweise Diskriminierung erleiden jedoch auch die anerkannten Religionsgemeinschaften, vor allem in den Bereichen Eigentumsrecht, Bildung, Beschäftigung im öffentlichen Dienst und beim Militär.⁶⁹

⁶⁶ Ende, Werner; Steinbach, Udo; Krüger, Gundula (alle Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart: Entwicklung und Ausbreitung, Kultur und Religion. Staat, Politik und Recht, 5. Auflage November 2005; <http://www.amazon.de/Der-Islam-Gegenwart-Entwicklung-Ausbreitung/dp/3406534473> Zugriff 13.4.2012; S 70f

⁶⁷ Kurka, Rainer: Religionen im Iran, ohne Datum; <http://www.muz-online.de/asien/iran1.html#fuenf> Zugriff 13.4.2012

⁶⁸ CIA: The World Factbook Iran – People and Society; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ir.html> Zugriff 8.2.2012 und 13.4.2012 / AA – Auswärtiges Amt: Übersicht, April 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Iran_node.html Zugriff 13.4.2012

⁶⁹ FH – Freedom House: Freedom in the World 2011 Iran, Mai 2011, <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8057> Zugriff 20.10.2011 und 13.4.2012 / Cleveland, William L.: A History of the Modern Middle East, 3. Auflage, 2004, Simon Fraser University; S 14

6.5 Lage der afghanischen Flüchtlinge

Der Iran beherbergt eine der größten Flüchtlingsgemeinschaften der Welt. Diese stammen hauptsächlich aus Afghanistan und leben teilweise seit 30 Jahren in der Islamischen Republik. Die meisten von ihnen kamen schon in den 1980er Jahren.⁷⁰ Der Grund für die Migration von Afghan/innen liegt hauptsächlich in der Unsicherheit des krisengeschüttelten Afghanistans, jedoch gab es schon vorher eine traditionelle Arbeitsmigration von Afghanistan in den Iran.⁷¹

Momentan dürften laut neuesten Zahlen von UNHCR knapp 900.000 registrierte afghanische Flüchtlinge im Iran leben.⁷² Zusätzlich sollen sich ca. 2 Millionen Afghan/innen illegal im Iran aufhalten.⁷³ 2007 wurden 22 von 30 iranische Provinzen zu *No-Go Areas* für afghanische Flüchtlinge erklärt. Afghan/innen, die in solchen Provinzen lebten wurden angewiesen, sich in anderen Provinzen niederzulassen oder heimzukehren.⁷⁴ Die meisten der Flüchtlinge, 97%, leben in urbanen Gebieten und nur 3% wohnen in Flüchtlingssiedlungen im ländlichen Raum. 57% der afghanischen

⁷⁰ UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: 2012 UNHCR country operations profile – Islamic Republic of Iran; <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e486f96> Zugriff 15.5.2012 / UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: International Conference on the Solutions Strategy for Afghan Refugees to Support Voluntary Repatriation, Sustainable Reintegration and Assistance to Host Countries, 2.-3. Mai, Genf, Schweiz, Mai 2012; <http://www.unhcr.org/afghanistan/solutions-strategy.pdf> Zugriff 15.5.2012 / BAA – Bundesasylamt: Afghans in Iran and Pakistan – a joint report by experts from Austria and Belgium, 12.7.2010

⁷¹ Middle East Institute: The Situation of Afghans in the Islamic Republic of Iran Nine Years After the Overthrow of the Taliban Regime in Afghanistan, 4.2.2011; http://www.refugeecooperation.org/publications/Afghanistan/03_koepke.php Zugriff 15.5.2012

⁷² UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: International Conference on the Solutions Strategy for Afghan Refugees to Support Voluntary Repatriation, Sustainable Reintegration and Assistance to Host Countries, 2.-3. Mai, Genf, Schweiz, Mai 2012; <http://www.unhcr.org/afghanistan/solutions-strategy.pdf> Zugriff 15.5.2012

⁷³ Organization for Defending Victims of Violence: Written statement submitted by the Organization for Defending Victims of Violence, a non-governmental organization in special consultative status; Iran [A/HRC/18/NGO/41], 9.10.2011; http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1318271067_g1115774.pdf Zugriff 15.5.2012 / Middle East Institute: The Situation of Afghans in the Islamic Republic of Iran Nine Years After the Overthrow of the Taliban Regime in Afghanistan, 4.2.2011; http://www.refugeecooperation.org/publications/Afghanistan/03_koepke.php Zugriff 15.5.2012 / AA – Auswärtiges Amt: Außenpolitik, Februar 2012; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Aussenpolitik_node.html Zugriff 16.5.2012

⁷⁴ Middle East Institute: The Situation of Afghans in the Islamic Republic of Iran Nine Years After the Overthrow of the Taliban Regime in Afghanistan, 4.2.2011; http://www.refugeecooperation.org/publications/Afghanistan/03_koepke.php Zugriff 15.5.2012 / USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2010, Iran, 8.4.2011; <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/nea/154461.htm> Zugriff 15.5.2012

Flüchtlinge leben in den Provinzen Teheran, Khoarasan Razavi und Esfahan. Ungefähr die Hälfte der registrierten Afghan/innen ist unter 18 Jahre alt.⁷⁵

Irans Flüchtlingspolitik setzte seit 2002 hauptsächlich auf freiwillige Rückkehr, die durch ein Dreierabkommen mit UNHCR und Afghanistan organisiert wurde. Seit 2008 gingen die Zahlen von rückkehrwilligen Afghan/innen zurück, was Massenrückführungen bis ins Jahr 2010 zur Folge hatte.⁷⁶ Zwangsweise Rückführungen von zahlreichen Afghan/innen ins Heimatland gehen täglich von statten, während gleichzeitig eben so viele versuchen, illegal in den Iran einzureisen.⁷⁷ Diese Rückführungen sind Berichten zufolge auch politisch motiviert, da Flüchtlingsbewegungen vom Iran nach Afghanistan die Aufnahmekapazitäten der afghanischen Einrichtungen weit übersteigen würden. Somit sind Abschiebungen auch ein Druckmittel, um eine Iran-freundliche Politik der afghanischen Regierung zu erhalten und die US-amerikanischen Anstrengungen zu untergraben, das Land am Hindukusch zu stabilisieren.⁷⁸

“(...) Afghan officials expressed outrage after Iran’s newly appointed ambassador to Kabul reportedly demanded Afghan lawmakers reject the U.S.-Afghan agreement, which has to be ratified by the Afghan Senate and parliament before it can go into effect.

The diplomat, Abul Fazal Zahrawand, also reportedly threatened to expel all Afghan refugees (...) from Iran if Afghan officials failed to heed his demands. Afghan lawmakers responded by publicly accusing Tehran of meddling in Afghanistan’s domestic affairs.”⁷⁹

⁷⁵ UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: International Conference on the Solutions Strategy for Afghan Refugees to Support Voluntary Repatriation, Sustainable Reintegration and Assistance to Host Countries, 2.-3. Mai, Genf, Schweiz, Mai 2012; <http://www.unhcr.org/afghanistan/solutions-strategy.pdf> Zugriff 15.5.2012

⁷⁶ Middle East Institute: The Situation of Afghans in the Islamic Republic of Iran Nine Years After the Overthrow of the Taliban Regime in Afghanistan, 4.2.2011; http://www.refugeecooperation.org/publications/Afghanistan/03_koepke.php Zugriff 15.5.2012 / USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2010, Iran, 8.4.2011; <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/nea/154461.htm> Zugriff 15.5.2012

⁷⁷ IRIN – Integrated Regional Information Network: Mehdi, „My hands were hurting because the handcuffs were too tight, 27.2.2012; http://www.ecoi.net/local_link/210953/331119_de.html Zugriff 16.5.2012 / Middle East Institute: The Situation of Afghans in the Islamic Republic of Iran Nine Years After the Overthrow of the Taliban Regime in Afghanistan, 4.2.2011; http://www.refugeecooperation.org/publications/Afghanistan/03_koepke.php Zugriff 15.5.2012

⁷⁸ IRIN – Integrated Regional Information Network: Mehdi, „My hands were hurting because the handcuffs were too tight, 27.2.2012; http://www.ecoi.net/local_link/210953/331119_de.html Zugriff 16.5.2012 / AEI – American Enterprise Institute: Iranian Influence in Afghanistan, 8.11.2010; <http://www.aei.org/outlook/foreign-and-defense-policy/regional/india-pakistan-afghanistan/iranian-influence-in-afghanistan-outlook-1/> Zugriff 21.5.2012

⁷⁹ RFE/RL – Radio Free Europe/Radio Liberty: Tensions Simmer Between Tehran, Kabul, 22.5.2012; http://www.rferl.org/content/iran_afghanistan_tensions_rise/24581508.html Zugriff 22.5.2012

Registrierte Flüchtlinge besitzen Identitätsdokumente, die so genannten „Amayesh-Aufenthaltsbewilligungen“, die ihnen den Zugang zu den Sozialsystemen und gegebenenfalls zu Bildungseinrichtungen ermöglichen.⁸⁰ Es gibt auch viele afghanische Arbeitsmigrant/innen, die zum Teil illegal in den Iran einreisen. Seit den späten 1980er Jahren konnten Afghan/innen in jenen Sektoren des iranischen Arbeitsmarktes unterkommen, die nicht leicht mit Iraner/innen besetzt werden konnten. Hierzu gehören das Baugewerbe, Landwirtschaft und Handarbeit. In vielen afghanischen Provinzen ist es seit langen Jahren Tradition, junge Dorfbewohner/innen in das Nachbarland zum Arbeiten zu schicken. Noch heute reisen viele junge Afghan/innen aus abgelegenen Gebieten während der strengen Wintermonate in den Iran, um als Saisonarbeiter/innen tätig zu sein.⁸¹

Die Akzeptanz der Afghan/innen in der iranischen Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Aufgrund der Kürzung der staatlichen Subventionen könnte sich die Situation der afghanischen Flüchtlinge verschärfen und wegen der schlechten Aussichten am iranischen Arbeitsmarkt – nicht zuletzt in Folge der internationalen Sanktionen – könnte es auch zu einem Verdrängungseffekt afghanischer Arbeitsmigrant/innen kommen.⁸²

6.6 Ausblick

Nach den Demonstrationen im Jahr 2009 – die wohl die größten dieser Art seit der Islamischen Revolution waren – gingen die Parlamentswahlen 2012 bedeutend ruhiger und weitgehend gewaltfrei vonstatten. Dass sie weder besonders frei noch fair waren liegt vor allem an der willkürlichen Zulassung der Kandidaten⁸³.

⁸⁰ UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: 2012 UNHCR country operations profile - Islamic Republic of Iran; <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e486f96> Zugriff 15.5.2012

⁸¹ Middle East Institute: The Situation of Afghans in the Islamic Republic of Iran Nine Years After the Overthrow of the Taliban Regime in Afghanistan, 4.2.2011; http://www.refugeecooperation.org/publications/Afghanistan/03_koepke.php Zugriff 15.5.2012

⁸² BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Deutschland): Afghanistan - Die Situation afghanischer Flüchtlinge in Pakistan und Iran, Oktober 2011

⁸³ Posch, Walter: Alle gegen Ahmadinedschad in: Nachrichten T-Online; 10.3.2012; http://nachrichten.t-online.de/irans-praesident-ist-geschwaecht-alle-gegen-ahmadinedschad/id_54693096/index Zugriff 22.5.2012

Nach der Eskalation vor drei Jahren und dem brutalen Einschreiten unterschiedlicher Gruppen, vor allem der *Hezbollahi*, ist das Regime an einem Machtausgleich der politischen Flügel interessiert. Da die Reformbewegung so gut wie zum Stillstand gekommen ist, können die übrig gebliebenen Mitglieder geschwächt in das politische System reintegriert werden. Chamenei hat in seinen Bemühungen um Ausgleich alle Beteiligten deutlich in ihre Schranken gewiesen. Mahmud Ahmadeschad, der schon seit längerem gegen den Revolutionsführer „rebelliert“, hat in den Parlamentswahlen zusätzlich noch stark verloren. Ob er sich bis zur Präsidentschaftswahl 2013 im Amt halten kann, wird sich weisen. Jedenfalls hat er es geschafft, Leute aus seinem persönlichen Netzwerk in viele hochrangige Positionen zu bringen.⁸⁴

In Bezug auf das iranische Atomprogramm sollte nicht vergessen werden, dass dieses Thema auch innenpolitisch von zentraler Bedeutung ist. Warum sich der Iran so heftig wehrt, Inspektor/innen freien Zugang zu den Atomanlagen zu gewähren, könnte daran liegen, dass durch eine transparente Untersuchung herauskommen könnte, dass das Programm noch gar nicht so weit ist, wie es zu sein scheint. Dies würde sowohl innen- als auch regionalpolitisch zu einem Prestigeverlust führen. Sollte das Programm jedoch weiter sein, als bisher angenommen, könnte die Konfrontation zwischen Israel und Iran die USA – die sich bis jetzt für eine diplomatische und gegen eine militärische Lösung ausgesprochen haben – auf den Plan rufen. Wie sich so eine Situation auf die komplette Golfregion auswirken würde bleibt dahin gestellt. Aufgrund der Wiederaufnahme der seit über einem Jahr ausgesetzten Atomgespräche in Istanbul, Wien und Bagdad in den Frühlingsmonaten 2012 ist es derzeit jedoch denkbar, dass eine Lösung gefunden wird, die beide Seiten vor einem Gesichtverlust bewahrt. Sollte ein für alle Beteiligten zufriedenstellendes Ergebnis im Atomstreit erzielt werden, könnte sich der Iran nicht zuletzt durch Beendigung der internationalen Sanktionen, wieder mehr der heimischen Wirtschaft und den dringenden sozialen Problemen in Bezug auf Inflation, Arbeitslosigkeit und Brain Drain widmen.

⁸⁴ Vgl. Posch, Walter: Ahmadineschad und die Prinzipalisten, in: SWP-Studie Dezember 2011, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf Zugriff 30.4.2012